



55

Franz Dumont

# DIE MAINZER REPUBLIK 1792/93

Französischer Revolutionsexport  
und deutscher Demokratieversuch

Bearbeitet von  
Stefan Dumont und Ferdinand Scherf

Heft 55

der Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz

ISSN 1610-3432

ISBN 978-3-9811001-3-6

#### IMPRESSUM

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz  
Verantwortlich: Hans-Peter Hexemer  
Leiter der Öffentlichkeitsarbeit  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz  
Bearbeiter: Stefan Dumont  
Ferdinand Scherf  
Gestaltung: Petra Louis, Mainz  
Titelbild: Tanz um den Freiheitsbaum,  
unbekannter Künstler Deutschland,  
um 1792 bis 1795, Öl auf Holz,  
Quelle: Bundesarchiv – Gedenkstätte für die  
Freiheitsbewegungen in der deutschen  
Geschichte, Rastatt  
Copyright: Landtag Rheinland-Pfalz 2013  
Druck: Druckzentrum Lang GmbH & Co KG,  
Mainz-Hechtsheim

Der Landtag im Internet: [www.Landtag.Rheinland-Pfalz.de](http://www.Landtag.Rheinland-Pfalz.de)

**Franz Dumont**

## DIE MAINZER REPUBLIK 1792/93

Französischer Revolutionsexport  
und deutscher Demokratieversuch

Bearbeitet von  
Stefan Dumont und Ferdinand Scherf

## INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT DES LANDTAGSPRÄSIDENTEN Joachim Mertes	7
GELEITWORT DES BUNDESTAGSPRÄSIDENTEN Prof. Dr. Norbert Lammert	11
ZUR EINFÜHRUNG Stefan Dumont, Ferdinand Scherf	15
DIE MAINZER REPUBLIK 1792/93 Franz Dumont	19
ZEITTADEL ZUR MAINZER REPUBLIK 1792/93 Franz Dumont	63
FÜHRENDE JAKOBINER Franz Dumont	67
„SEIN LEBEN DEM WAHREN WIDMEN“ DAS KURZE LEBEN DES JAKOBINERS ADAM LUX Nach Franz Dumont	79
„DIE MUNTEREN BÄUME DER FREIHEIT“ DEMOKRATISCHE FESTKULTUR IM FRANZÖSISCHEN MAINZ Franz Dumont	83
EINE „REVOLUTION“ NACH DER REVOLUTION – DIE FRANZOSENZEIT AUF DEM LINKEN RHEINUFER (1798–1814) Franz Dumont	87

EINE ZEIT VOLLER WIDERSPRÜCHE Franz Dumont	93
NEUN THESEN ZUR MAINZER REPUBLIK FRANZÖSISCHER REVOLUTIONSEXPORT UND DEUTSCHER DEMOKRATIEVERSUCH Franz Dumont	97
DIE MAINZER REPUBLIK IN DER JÜNGEREN GESCHICHTSKULTUR Dominik Kasper	99
DIE MAINZER REPUBLIK, DER LANDTAG RHEINLAND-PFALZ UND EIN ERINNERUNGORT FÜR DIE ANFÄNGE DER MODERNEN DEMOKRATIE Hans-Peter Hexemer	115
DR. FRANZ DUMONT: EIN FORSCHERLEBEN FÜR DIE MAINZER REPUBLIK Ferdinand Scherf	123
ZUM WEITERLESEN AUSGEWÄHLTE LITERATUR ZUR MAINZER REPUBLIK 1792/93	130
DIE BEARBEITER UND AUTOREN DES HEFTES	134



## VORWORT

### LANDTAGSPRÄSIDENT JOACHIM MERTES

Wer in Deutschland nach den Anfängen der modernen Demokratie sucht, den wird der Weg zum Mainzer Deutschhaus führen, denn dort tagte 1793 das erste nach allgemeinem Wahlrecht gewählte Parlament auf deutschem Boden: der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent. Seine Mitglieder traten am 17. März 1793 durchaus in dem Anspruch zusammen, für die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland zu sprechen.

Die Mainzer Republik war zwar von kurzer Dauer und lange Zeit trübten die deutsch-französische „Erbfeindschaft“ und der lange Schatten zweier Weltkriege das Bild dieses ersten Versuchs einer Herrschaft des freien Volkes. Doch spätestens mit der 200-Jahrfeier 1993 wurde jenseits früherer Kontroversen die Bedeutung der Mainzer Republik als Wurzel der modernen deutschen

Demokratie hervorgehoben und auch der Beitrag unserer französischen Nachbarn gewürdigt.

Von der Mainzer Republik, so ZEIT-Autor Andreas Molitor, gehe auch 220 Jahre nach ihrem „jähren Blühen und Verblühen ein faszinierendes Leuchten aus“, das es für ihn unbegreiflich macht, dass sich „in Mainz keine Gedenkstätte, kein Ort findet, der an sie erinnert“. Mit dem 18. März 2013 – dem 220. Jahrestag – wird sich dies ändern. Von diesem Tag an wird der Bereich vor dem Deutschhaus den Namen „Platz der Mainzer Republik“ tragen. Darüber freue ich mich, danke dem Mainzer Stadtrat für seine Entscheidung und stimme dem Mainzer Historiker Franz Dumont zu, wenn er sagt: „Es stehen uns die Jakobiner von 1792/93 mit ihrem Ziel einer repräsentativen Demokratie näher als alle Kurfürsten, Kaiser, Großherzöge und Generäle, die je das Deutschhaus bewohnten.“ Und: „Deshalb ist auch ein ‚Platz der Mainzer Republik‘ ein Akt historischer Gerechtigkeit.“

Im Geist der Freiheit gründete sich schon kurz nach dem Eintreffen französischer Revolutionstruppen in Mainz im Oktober 1792 der Jakobinerklub als „Gesellschaft der Freunde der Freiheit und Gleichheit“, der die Ideale der französischen Revolution aufnahm und zur Handlungsmaxime erhob. Sein Ziel: eine grundsätzliche politische Neuordnung, die jegliche Art der Fürstenherrschaft ausschloss. Nicht als Vertretung der Stände, sondern als gewählte Abgeordnete kamen am 17. März 1793 dessen Mitglieder erstmals zum „Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent“ im Mainzer Deutschhaus zusammen. Die Deputierten schworen „dem Volke und den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit treu zu sein und die Pflichten eines Stellvertreters des freien Volkes gewissenhaft zu erfüllen.“ Am 18. März riefen sie vom Balkon des Deutschhauses einen Staat aus, der den modernen demokratischen Prinzipien folgen sollte. Doch bereits kurz nach der Staatsklärung war ein Anschluss an Frankreich unumgänglich. Während der Pariser Konvent dem Anschluss zustimmte, belagerten und beschossen die Reichstruppen bereits die Stadt Mainz. Nach

der französischen Kapitulation und Rückeroberung der Stadt durch die preußisch-österreichischen Truppen war die Zeit für die Mainzer Republik nach neun Monaten abgelaufen. Die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Demokratie aber lebten fort.

Der noch unvollkommene Versuch einer demokratischen Verfassungsordnung bleibt jedoch der erste bedeutende revolutionäre Anlauf, das Ancien Régime zu überwinden und in eine neue Herrschaft eines freien Volkes aufzubrechen, formuliert zutreffend Professor Michael Kißener. Georg Forsters Aussage: „Nur freie Menschen haben ein Vaterland“ bleibt bis heute richtig. Trotz ihrer Unfertigkeit besitzt die Mainzer Republik auch deshalb das Potential, den Ausgangspunkt einer gefestigten Erinnerungskultur zu bilden, die mit dem Deutschhaus, dem heutigen Sitz des Landtags Rheinland-Pfalz, untrennbar verknüpft ist.

Wie kein Zweiter hat sich der Mainzer Historiker Franz Dumont mit der Zeit der Mainzer Republik befasst. Im November vergangenen Jahres ist er überraschend verstorben. Den Plan, seine grundlegenden Schriften zum Thema neu aufzulegen, konnte er nicht mehr realisieren. Auf seine Vorarbeiten bauen die Bearbeiter dieses Heftes, sein Sohn Stefan Dumont und sein Freund Ferdinand Scherf, beide ebenfalls Historiker, auf. Ich freue mich, dass diese Publikation im Rahmen der Schriftenreihe des Landtags realisiert wird und damit die Chance hat, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Dem Landtag ist es seit längerem ein Anliegen, über diese Wurzel der Demokratie in Deutschland aufzuklären. Bei aller kritischen Würdigung stellt Franz Dumont zu Recht fest: „Eigentlich kann Mainz auf ‚seiner‘ Republik stolz sein.“ Die Rheinland-Pfälzer und die Deutschen können es auch.

Die Mainzer Republik war, wie mein Vorgänger Christoph Grimm zur 200-Jahrfeier zutreffend formulierte, „eine der Keimzellen der demokratischen Entwicklung“ in Deutschland. Der Weg zur modernen Demokratie in Deutschland führte von Mainz nach Hambach, von der Frankfurter Paulskirche nach Weimar und wie-

der zurück nach Mainz. Der Bogen spannt sich vom Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent zum Landtag Rheinland-Pfalz im Deutschhaus. Ich freue mich deshalb sehr, dass künftig vor unserem Landtagsgebäude durch den „Platz der Mainzer Republik“ im öffentlichen Raum angemessen und würdig an das erste demokratische Modell erinnert und auch diese Schrift die Erinnerung wach halten wird.



## GELEITWORT

BUNDESTAGSPRÄSIDENT PROF. DR. NORBERT LAMMERT

Der 18. März gehört wohl nicht zu den populären, aber doch zu den bedeutenden Daten der deutschen Geschichte. Die Umbenennung des Platzes vor dem Landtagsgebäude von Rheinland-Pfalz in „Platz der Mainzer Republik“ lenkt den Blick auf den 18. März des Jahres 1793. Und in Berlin trägt der Platz vor dem Brandenburger Tor, in Sichtweite des Reichstagsgebäudes sowie mit Verweis auf die Jahre 1848 und 1990, dieses Datum bereits im Namen. Dafür gibt es gute Gründe: Denn der 18. März zählt zu den deutschen Schicksalstagen, an denen – ähnlich dem 9. November – immer wieder deutsche Geschichte geschrieben wurde und sich bemerkenswerte Traditionslinien ziehen lassen.

Die Proklamation der Mainzer Republik war unter dem Eindruck und unter dem Einfluss der Französischen Revolution der radi-

kaldemokratische Versuch deutscher Jakobiner, eine Republik zu gründen. 55 Jahre später, am 18. März 1848, begann die deutsche Märzrevolution im Barrikadenkampf – ein gewaltiger, auch gewalttätiger Schritt auf dem Weg zur Demokratie in Deutschland. Und am 18. März 1990 schließlich erfüllte sich mit den ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR eine der zentralen Forderungen nach Freiheit, für die zuvor in Ostdeutschland Hunderttausende auf die Straßen gegangen waren. Erst diese friedliche Revolution führte das Jahrhunderte andauernde Ringen der Deutschen um Einigkeit und Recht und Freiheit zu einem glücklichen Ende. Der 18. März steht also für eine wechselvolle deutsche Freiheits- und Demokratiegeschichte, an deren Glanz und Elend wir immer wieder zu erinnern haben.

Ein würdiges und zugleich angemessen differenziertes Gedenken an die deutschen Revolutions- und Freiheitstraditionen ist nicht nur für einen ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar, sondern auch konstitutiv für das Selbstverständnis der Nation und ihre demokratische Traditionsbildung. Das nationale Gedächtnis lässt sich in einer pluralistisch verfassten Gesellschaft natürlich weder amtlich formulieren noch durch eine Behörde regeln. Der Staat kann aber Zeichen setzen – und genau dies geschieht mit der Umbenennung des traditionellen Deutschhausplatzes. Die demonstrative Benennung eines Platzes oder einer Straße ist – im wahrsten Sinne des Wortes und im besten Falle – ein Denkmal, ein Anstoß dafür, sich mit den eigenen historischen Wurzeln zu befassen.

Die Ereignisse, die sich mit dem 18. März verbinden, machen eindrucksvoll deutlich, dass die Deutschen ihre Geschichte nie für sich alleine hatten. Von mehr Nachbarn als jedes andere Land in Europa umgeben, waren die Deutschen immer auch von den Entwicklungen in den Nachbarländern und diese von Ereignissen in Deutschland direkt und indirekt betroffen. Herausragende Bedeutung kam über Jahrhunderte hinweg dem großen Nachbarn links des Rheins zu. Die umwälzenden Ereignisse in Mainz 1792/93

und im Deutschen Bund 1848 sind untrennbar mit der Revolutionsgeschichte Frankreichs verbunden. Und auch der Wandel von 1989/90 als glücklichster Moment der deutschen Nachkriegsgeschichte bliebe undenkbar, wenn die westlichen Nachbarn nicht den ehemaligen Kriegsgegner nach zwei Weltkriegen in die zivilisierte Staatengesellschaft wieder aufgenommen hätten.

Das Deutschland, in dem wir heute leben, hat keine Ähnlichkeiten mehr mit dem Flickenteppich von feudalen Territorialstaaten in der Dämmerung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Die revolutionäre Mainzer Republik liegt quer zum Bild des reformistisch-aufklärerischen Deutschlands. Unumstritten ist die historische Bedeutung der kleinen Gruppe deutscher Jakobiner um so faszinierende Persönlichkeiten wie Georg Forster nicht, im Gegenteil: Ihre Würdigung hat in Mainz nicht nur Zustimmung gefunden, sondern auch Widerspruch herausgefordert. Das hat sicher auch mit ihrer ideologischen Vereinnahmung in den Jahren der deutschen Teilung zu tun. Die neuere Forschung betont zurecht das „Doppelgesicht“ der Mainzer Republik, die nur kurze Zeit bestand, bevor sie – weil ohne breiten Rückhalt in der Bevölkerung und allein nicht lebensfähig – den Anschluss an die junge französische Republik verkündete. Sie war kein demokratischer Volksaufstand, sondern ein französischer Revolutionsexport, zeittypisch geprägt von einer Mischung aus idealistischem Befreiungsimpetus und realpolitischem Eroberungsdrang mit Besatzung, Plünderungen und Vertreibungen. Darunter litten die proklamierten demokratischen Grundsätze der Jakobiner am Rhein, die in Theorie und Praxis geprägt waren von der inneren Widersprüchlichkeit des jakobinischen Revolutionszeitalters, die im Errichten der Guillotine neben dem Freiheitsbaum ihren ambivalenten Ausdruck gefunden hat. Dennoch: Die nachhaltige Bedeutung der Zäsur der Revolution von 1789, dieses „Orkans“, wie Forster befand, der jahrzehntelange Schockwellen über den ganzen Kontinent trieb, kann für die weltweite Entwicklung von Freiheit und Demokratie gar nicht überschätzt werden – trotz der entsetzlichen Verirrungen der „Terreur“. Im Urteil über die radi-

kalen Spätaufklärer unsere heutigen Wertmaßstäbe anzusetzen, wäre unhistorisch, ihre Verherrlichung zur Begründung einer frühen deutschen Demokratietradition voreilig. Deutlich wird vielmehr: Der Weg zu unserer parlamentarischen Demokratie und dem freiheitlichen Rechtsstaat war in Deutschland noch weniger als irgendwo sonst auf der Welt ein gerader, direkter Weg, sondern er war von Kontinuitäten und Brüchen begleitet, er kannte zahlreiche Anläufe, sah Irrwege und nahm Umwege. Das vermittelt der 18. März in der deutschen Geschichte mehr als andere historische Daten, an die wir uns erinnern sollten.

Unser Wissen über die Mainzer Republik verdankt sich in großem Maße den Recherchen des erst unlängst verstorbenen Historikers Franz Dumont, dem Ertrag eines langen Forscherlebens, das mit diesem Buch eine verdiente und schöne Würdigung erfährt. Allen, die zum Gelingen beigetragen haben, danke ich für ihr Engagement. Den Lesern wiederum wünsche ich eine spannende und interessante Zeitreise in die verworrenen Anfänge deutscher Demokratiegeschichte.



## ZUR EINFÜHRUNG

### STEFAN DUMONT UND FERDINAND SCHERF

Die „Mainzer Republik“ ließ ihn nicht los: Dr. Franz Dumont hatte im Verlauf seines wissenschaftlichen Schaffens seit Anfang der 70er Jahre den Bogen von der Aufklärung über sein damaliges Schwerpunktthema „Mainzer Republik“ hinaus bis weit ins 20. Jahrhundert gespannt; in den letzten beiden Jahren beschäftigte er sich indes wieder häufiger mit dem viel diskutierten Themenkomplex von 1792/93. So in seinem Aufsatz „Von Mainz nach London. Eine unbekannte Reisebeschreibung von Samuel Thomas Soemmerring“ (Mainzer Zeitschrift 2011/2012). Die in der Mainzer Presse ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten in Zusammenhang mit der geplanten Umbenennung eines Teils des Platzes vor dem Landtagsgebäude in „Platz der Mainzer Republik“ veranlassten ihn am 26. Juni 2012 zu einer ausführlichen Stellungnahme in der Allgemeinen Zeitung Mainz (s. S. 93). Als

Dumont diesen Text verfasste, beschloss er zugleich, eine neue, seinem bisherigen Kenntnisstand entsprechende Gesamtdarstellung der Mainzer Republik in einer gestrafften Form zu verfassen, die sich an ein breites Publikum richten sollte. Er gewann uns als Mitarbeiter für dieses Projekt, dessen Gliederung und Einleitung bereits vorlagen; das Buch sollte zur geplanten Umbenennung am 18. März 2013 erscheinen. Der unerwartete Tod von Franz Dumont am 3. November 2012 verhinderte die Fortsetzung dieser Arbeit – nur er hätte sie vollenden können.

Auf vielfachen Wunsch entschlossen wir uns, wichtige, z. T. nicht mehr zugängliche, aber immer noch dem Stand der Wissenschaft entsprechende Beiträge von Franz Dumont zur Mainzer Republik zusammenzustellen und so den „ersten Demokratieversuch auf deutschem Boden“ in seinem Sinne einer breiten Leserschaft zu vermitteln.

Unser besonderer Dank gilt an dieser Stelle dem Präsidenten des Landtags von Rheinland-Pfalz, Herrn Joachim Mertes, der es ermöglichte, dass diese Publikation in der Schriftenreihe des Landtags veröffentlicht wird. Ebenso danken wir dem Leiter der Öffentlichkeitsarbeit beim Landtag, Herrn Hans-Peter Hexemer, der die Redaktionsarbeit konstruktiv begleitete.

Den Kern dieser Schrift bildet das Manuskript zum umfangreichen Beitrag „Mayence. Das französische Mainz (1792/98–1814)“, der in dem schon länger vergriffenen Werk „Mainz. Die Geschichte der Stadt“ von 1998 (2. A. 1999, S. 319–346), erschien. Für dieses Heft wurde der erste Teil des Manuskripts übernommen, der sich mit den Jahren 1792/93 beschäftigt. Darüber hinaus haben wir weitere Texte Franz Dumonts ausgewählt, die verschiedene Aspekte der Mainzer Republik beleuchten und den Lesern zur Vertiefung des Themas dienen sollen:

- ▶ Kurzbiographien führender Jakobiner (ausgenommen die ausführlichere von Adam Lux) aus der Dissertation Dumonts „Die

Mainzer Republik von 1792/93. Studien zur Revolutionierung in Rheinhessen und der Pfalz“, Alzey, 2. Auflage 1993, S. 130ff.

- ▶ „Die munteren Bäume der Freiheit“ – Demokratische Festkultur im französischen Mainz. In: Dumont, Franz; Scherf, Ferdinand (Hg.): Mainz. Menschen, Bauten, Ereignisse. Eine Stadtgeschichte. Verlag Philipp von Zabern 2010, S. 130–131.
- ▶ Eine „Revolution“ nach der Revolution – die Franzosenzeit auf dem linken Rheinufer (1798–1914). In: Dumont, Franz; Klapheck, Helmut (Hg.): Als die Revolution an den Rhein kam, Die Mainzer Republik 1792/93. Beiträge und Materialien für den Unterricht. Mainz 1994, S. 141–143.

Franz Dumont bemühte sich in den verschiedenen Phasen seines Wirkens, die komplizierten Zusammenhänge, die er als „französischen Revolutionsexport und deutschen Demokratieversuch“ bezeichnete, in Thesen zusammenzufassen. Wir drucken seine „Thesen letzter Hand“ ab (s. S. 97).

Die Bearbeitung der hier veröffentlichten Arbeiten folgte dem Prinzip, den Text möglichst unverändert zu lassen. So wurden höchstens geringfügige Änderungen oder Kürzungen vorgenommen sowie die Orthografie an die letzte Rechtschreibreform angepasst.

Ergänzt werden die Texte Dumonts durch zwei Beiträge von Dominik Kasper und Hans-Peter Hexemer, die die Rezeptionsgeschichte der Mainzer Republik bzw. die Aufarbeitung des Themas im Landtag von Rheinland-Pfalz in den Blick nehmen und dadurch den Bogen vom historischen Ereignis zur Ereignisgeschichte spannen. Eine Liste ausgewählter Literatur lädt zum Weiterlesen ein.

Mit einer Vita, die das Lebenswerk des Verstorbenen würdigt, wird der Band beschlossen.

Mainz/Berlin, im Februar 2013



## DIE MAINZER REPUBLIK 1792/93

VON FRANZ DUMONT

Schön war das Wetter nicht, bei jenem Fürstenkongress in der Favorite, auf dem deutsche Monarchen die Niederschlagung der Französischen Revolution beschlossen. Als nämlich die Majestäten und Hoheiten am 19. Juli 1792 in Mainz einzogen, „regnete es so, als hätten alle Demokraten ihre Nachttöpfe ausgeleert“. War der Spott des Zeitgenossen schon Vorzeichen dafür, dass die „Campagne in Frankreich“ im Regen, im Schlamm der Champagne stecken bleiben würde? Ahnte er, dass wenige Wochen später nicht deutsche Truppen in Paris, sondern französische in Mainz stehen, dass ausgerechnet diese Stadt zum „berceau de la liberté germanique“, zur Wiege deutscher Freiheit werden würde? Dieser Umschwung kam plötzlich, aber nicht von ungefähr, denn seit ihrem Ausbruch hatte die Französische Revolution in Mainz große Resonanz gefunden.

## Im Sog der Revolution

Das war bei den traditionell engen Beziehungen zu Frankreich nur normal, wurde aber noch begünstigt durch die Existenz einer aufgeklärten Elite aus Adligen, Hofräten und Professoren, die besonders seit 1784 enormen Einfluss hatte. Da wundert es nicht, wenn Johannes von Müller, die „rechte Hand“ des Kurfürsten, den 14. Juli 1789 als den „glücklichsten Tag der Weltgeschichte“ pries. Wenn Georg Forster – als weltgereister Universitätsbibliothekar Vorzeigefigur kurmainzer Kulturpolitik – erfreut darüber war, dass mit den Pariser Ereignissen seit Mai 1789 die aufklärerische Philosophie in politische Praxis umgeschlagen sei. Schließlich, wenn die „Privilegierte Mainzer Zeitung“ recht früh, eingehend und objektiv über den Bastillesturm berichtete und die erste deutsche Übersetzung der Menschenrechtserklärung vom 26. August 1789 brachte. Große Breitenwirkung zeigte die Französische Revolution auch dadurch, dass beim „Knotenaufstand“ 1790 die konservativ eingestellten Handwerker durch eindeutig revolutionäre Symbole (blau-weiß-rote Fahnen und Kokarden sowie das Losungswort „Patriot“) ihren Protest gegen die Zunftpolitik des Kurfürsten zum Ausdruck brachten. Die Studenten wiederum diskutierten trotz eines kurfürstlichen Verbots eifrig die von Westen herüberdringenden Ideen der persönlichen Freiheit und der Gleichheit vor dem Gesetz. In den aufgeklärten Zirkeln – etwa um Forster und den kurfürstlichen Leibarzt Professor Wedekind – las man den Pariser „Moniteur“, in den Buchhandlungen gab es Revolutionsschriften, und auf dem Markt kursierte Propagandamaterial, das die „Franken“ (wie sich die Franzosen jetzt nannten) über Straßburg oder Landau eingeschleust hatten. Welche Wirkung es entfaltete, lässt der Plan von Staatskanzler Albini erahnen, solchen „Brochüren und Charteken“ mit einem eigens fürs Volk konzipierten „Roten Blatt“ entgegenzutreten. Auch die Spaltung der Lesegesellschaft im Sommer 1791 war ein solches Symptom. Denn mit dem Verlangen, alle revolutionsfreundlichen Schriften aus dem Lesezimmer zu verbannen, scheiterte der konservative Flügel unter dem Juraprofessor Hartleben. Dagegen



triumphierten Bewunderer der „französischen Staatsumwälzung“, meist ehemalige Illuminaten um den Mathematikprofessor Mathias Metternich, die nun zur Offensive übergingen und in der Lesegesellschaft „ungescheut demokratische Grundsätze predigten“.

**Errichtung eines Freiheitsbaumes in Zweibrücken am 11. Februar 1793 durch französische Revolutionstruppen.**

Schon vorher, im Frühjahr 1790, hatten dieselben Kreise offen ihre Genugtuung darüber kundgetan, dass die Teilnahme von kurmainzer Truppen an der Niederschlagung der Lütticher Revolution (bei der Bürgerliche den Fürstbischof verjagt hatten) in einem Desaster endete: Die „Pfaffensoldaten“ hatten vor den Aufständischen Reißaus genommen. Diese „Lütticher Affaire“ war der erste Fehlschlag der zunehmend riskanten Außenpolitik von Kurfürst Erthal, der sich angesichts des „Freiheitsschwindels“ als Vorkämpfer der Gegenrevolution profilieren wollte. Ermunert wurde er darin durch die adligen Emigranten, die seit Sommer 1789 in großer Zahl aus dem revolutionären Frankreich an den Rhein strömten. Neben der kurtrierischen Residenz Koblenz war Mainz ihr Ziel. Dies deshalb, weil Erthal mit ihrer Idee einer militärischen Intervention in Frankreich sympathisierte. Umso mehr schmeichelten die Emigranten dem „Abbé de Mayence“, nann-

ten ihn ihren „chér oncle“. Erthal seinerseits gab recht gern einem Prince de Condé oder dem Grafen von Artois rauschende Feste (Pfingsten 1791). Immer mehr französische „Prinzen von Geblüt“ drängten sich im Schloss, immer öfter wurden in Mainzer Wirtshäusern Soldaten für einen Feldzug gegen die Revolution angeworben. Diese eigenmächtige Aufstellung von Truppen durch die Emigranten rief die vorsichtigen Fürsten auf den Plan, voran Kaiser Joseph II. (und dessen Nachfolger Leopold II.), die Erthal bis Frühjahr 1792 mehrfach vor einer Kumpanei mit den angriffslustigen Flüchtlingen warnten. Der Kurfürst steckte zwar zurück und komplimentierte die Emigranten nach Worms und Bingen, unterstützte aber weiter ihr Projekt einer Gegenrevolution. Damit entfremdete er sich jedoch nicht nur der Wiener Politik, sondern selbst seinen Untertanen, denn auch die Mainzer waren von diesen Gästen nicht gerade angetan: Sie trieben nur die Preise hoch, verachteten die deutschen „Schwarzbrotfresser“ und belästigten viele Frauen. Kein Wunder, wenn beim „großen Haufen“ der Stadt das Verständnis dafür wuchs, dass die Franzosen ihren Adel entmachtet hatten. So gewann die Revolution gerade durch die Emigranten neue Anhänger.

Gleichwohl wurde Mainz im Sommer 1792 dann doch zum Ausgangspunkt der militärischen Gegenrevolution. Denn die Pariser Kriegserklärung vom 20. April 1792 an den Habsburger Kaiser Franz (II.) entsprach nicht nur der Kriegsbereitschaft vieler Revolutionäre, sondern führte auch zu einer Solidarisierung der beiden deutschen Großmächte untereinander sowie mit den Emigranten. Jetzt brauchte Erthal keine Rücksicht mehr zu nehmen, zumal der neue Kaiser auf eine Einmischung in Frankreich drängte. Am Mainzer Hof bestimmten nun kriegsfreudige Emigranten sowie Diplomaten und Militärs aus Wien und Berlin die Linie. Der französische Botschafter Villars musste Mainz eigens vor dem Fürstenkongress vom Juli 1792 verlassen, auf dem dann jenes Manifest entworfen wurde, das den Franzosen für jeden Angriff auf ihre Königsfamilie ein exemplarisches Strafgericht androhte. Damit erreichte man das genaue Gegenteil, denn das Schicksal

des Königs war besiegelt, und es kam zum Sturz der Monarchie am 10. August 1792. Sechs Tage vor dieser „Zweiten Revolution“ war Erthal dem österreichisch-preußischen Bündnis beigetreten und hatte 2 000 Soldaten für den Feldzug in Aussicht gestellt, was umgehend die französische Kriegserklärung nach sich zog. Während sich der Kurfürst ganz bewusst in monarchischer Solidarität übte, waren die Mainzer selbst wenig vom Krieg begeistert, und die aufgeklärte Elite kritisierte offen den „Kreuzzug gegen die Franken“. Als Goethe dann – um an der „Campagne in Frankreich“ teilzunehmen – Ende August 1792 in Mainz Forster und Soemmerring besuchte, meinte er dort eine „große republikanische Spannung der Gemüter“ feststellen zu können. Sie hatte jedoch schon weitere Kreise erfasst, die bald triumphieren konnten: Die monarchische Invasion kam am 20. September 1792 bei Valmy zum Stehen, in Paris wurde die Republik ausgerufen, die Deutschen waren auf verlustreichem Rückzug, und Revolutionstruppen starteten eine Gegenoffensive.

### **Okkupation und Revolution.**

#### **Die Anfänge der „Mainzer Republik“**

Mit dem Angriff der „Armée des Vosges et du Rhin“ unter dem Kommando des altgedienten Generals Adam Philippe (de) Custine beginnt die Mainzer Republik, die heute am besten erforschte, aber wohl auch umstrittenste Episode der Stadtgeschichte.

Am 29./30. September 1792 stießen die „Neufranken“ von Landau durch die Kurpfalz (die sich für neutral erklärt hatte) auf Speyer vor, wo sie eine schwache Stellung von Kaiserlichen und Kurmainzern überrannten. Vier Tage später hielten sie schon Worms besetzt, was in Mainz Panik auslöste: Der Kurfürst, scheinbar mutig aus Aschaffenburg herbeigeeilt, reiste nachts Hals über Kopf ab, ließ die Waisenkasse mitgehen und am Wagen sein Wappen abkratzen. Die Domherren flohen nach Würzburg, Bonn oder Frankfurt, der übrige Adel machte sich ebenso davon

**Adam Philippe de Custine (1740–1793). Ohne den wagemutigen französischen General und seine liberale Besatzungspolitik wäre die Mainzer Republik nie entstanden. Als „Gemäßigter“ wurde Custine im Sommer 1793 guillotiniert. Zeitgenössischer Kupferstich.**

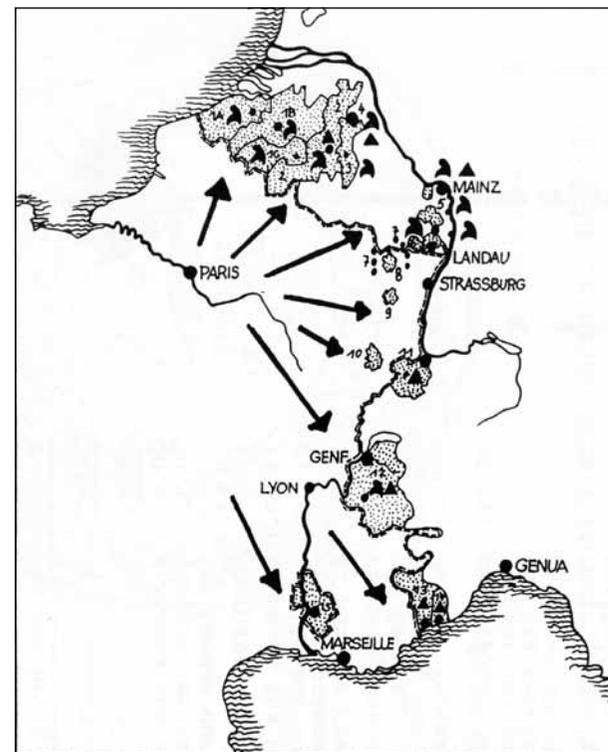


wie die meisten seiner Bedienten. Auf mehrere Tausend Einwohner – ein Viertel bis ein Drittel der 25 000 Mainzer – hat man diesen Exodus geschätzt. Die Stimmung beruhigte sich auch nicht, als die Franzosen kurzfristig Worms räumten, denn am 15. standen sie wieder in der Reichsstadt. Inzwischen hatte man in Mainz aber erste Vorkehrungen getroffen: Spontan erklärten sich Bürger bereit, die äußerst schwache Garnison zu verstärken, denn es lagen hier nur 3 000 Mann bunt zusammengewürfelter Truppen, ein Fünftel dessen, was zur Verteidigung der riesigen Festung mindestens erforderlich gewesen wäre. Etwa 2 000 Mainzer taten nun auf den allerdings ziemlich ramponierten Wällen Dienst. Darunter auch eine „Akademische Legion“ von 150 Studenten, die jedoch „alle Abend den sehr gefährlichen Posten in dem Bierhaus zu den 3 Mohren“ am Neutor bezog. Auch war das Echo auf einen am 7. Oktober ergangenen Durchhalteappell des Statthalters Fechenbach ziemlich verhalten, und in der Lesegesellschaft jubelten viele über den Vormarsch der Franzosen, was die Regierung zu einem ebenso scharfen wie wirkungslosen Verweis veranlasste. Indes wurden auf der Schustergasse schon blau-weiß-rote Kokarden verkauft. So war man in Mainz durchaus darauf

gefasst, dass die „Neufranken“ kommen würden. Am 18. Oktober erschien die Vorhut der Franzosen von Alzey und Nierstein vor Mainz, am 19. schlossen sie die Stadt im weiten Halbkreis von Mombach bis Weisenau ein, es gab kleinere Geplänkel im Vorfeld der Festung und martialische Drohungen des „Général en chef“ Custine. Am 20. beschloss der Kriegsrat unter Graf Gymnich in Panik, vor der Übermacht von (angeblich) 13 000 Belagern zu kapitulieren, und am 21. wurde Mainz übergeben. Während die Kurmainzer und Reichstruppen über die Schiffsbrücke ausrückten, zogen „Neufranken“ durch das Münstertor und die Große Bleiche in die Stadt ein, von der Bevölkerung abwartend empfangen. Kampflös war die Residenz des ranghöchsten deutschen Fürsten, eine der größten Festungen des Reiches, in die Hände der Revolutionsarmee gefallen. Das macht diesen 21. Oktober 1792 für die Mainzer Geschichte, ja, für die der deutsch-französischen Beziehungen zu einem entscheidenden Datum.

Für die Mainzer hieß das zuallererst: Es begann eine der vielen Besetzungen ihrer Stadt und aus dem normalen Alltag wurde ein Besatzungsalltag. Denn die Bedürfnisse der Franzosen waren es, die den Lebensrhythmus der Bürger, ihre wirtschaftliche Lage, die Versorgung und Entsorgung der Stadt bestimmten. So mussten seit November durchweg 20 000 Soldaten (mehr als die in der Stadt verbliebenen Einwohner) ernährt und untergebracht werden. Schwer zu bewerkstelligen, denn die wenigen Kasernen und oft feuchten Kasematten waren schnell belegt, und bald mussten Bürgerhäuser für die Einquartierung herhalten. Deren Aufteilung vollzog sich natürlich in zähen Verhandlungen mit dem „Billetesamt“, oft in hitzigen Rangeleien der Bürger untereinander. Von Anfang an waren natürlich Adelshöfe und Klöster, aber auch Universität und Professorenhäuser belegt worden. Ein weiteres Problem war die Hygiene in der Stadt, die schnell umzukippen drohte, zumal die Franzosen anfangs wenig Wert darauf legten. Die „Reinlichkeit der Straßen“ und die Wegschaffung des „Kummers“ hatten letztlich sogar eine politische Dimension. Dies erkannten die Franzosen freilich erst

Anfang 1793 und ordneten umgehende Säuberungen an. Nicht zuletzt, weil die gegenrevolutionäre Propaganda Mainz gerade als „das Scheißhaus Deutschlands“ bezeichnet hatte. Natürlich erforderten mehr Menschen auch mehr Lebensmittel, weshalb die Stadtverwaltung ständig auf der Suche nach Getreide, Mehl und Fleisch war und seit November 1792 auf die Anlegung eines „Fruchtmagazins“ drängte, zu dem alle Stände und Zünfte ihren Beitrag leisten sollten. Im relativ strengen Winter 1792/93 kam die Sorge um die „Beholzigung“ hinzu. Das im waldarmen Mainz so rare Brennholz lagerte am Bruchweg und weckte auch jetzt wieder die Begehrlichkeit der Mombacher und Gonsenheimer. Der Brot- und Fleischpreis ging in die Höhe, während der Wochenmarkt weiter gut beschickt wurde; auch das Marktschiff nach Frankfurt konnte bald wieder verkehren. Allenthalben kursierten jetzt noch mehr Währungen, denn zu den bislang üblichen Gulden, Dukaten, Talern, Kreuzern und Pfennigen kamen (ohne klare Wechselkurse!) die Assignaten hinzu, das papierne französische Revolutionsgeld, bei den Mainzern Kaufleuten jedoch nicht gern gesehen. Sie waren überhaupt nicht gut auf die Franzosen zu sprechen, denn der Revolutionskrieg behinderte den Import und Export erheblich, zumal ins rechtsrheinische Deutschland. Das ganz auf eine Residenz zugeschnittene Handwerk hatte durch die Flucht von Hof, Adel und (hohem) Klerus schwere Einbußen. Hinzu kam die Konkurrenz französischer Militärhandwerker, über die sich zum Beispiel die Schneider beklagten. Die „Posamentierer“ waren cleverer und boten jetzt statt goldner Litzen und Borten blau-weiß-rote „Nationalbänder“ an. Wieder andere profitierten regelrecht von der Besetzung, wie die Schuster, die Tausende von Schuhen für die Armee liefern sollten. Den Buchhändlern verschaffte die Flut von Flugschriften der Jakobiner (und ihrer Gegner!) gute Einnahmen. Geradezu Hochkonjunktur hatten die Wirte, denn die Gasthäuser waren mehr denn je besucht, und die französischen Soldaten zahlten anfangs sehr korrekt. Die zahlreichen Anträge auf einen „Wein- und Bierzapf“ sprechen ebenso dafür wie der Plan eines Jakobiners, auf dem „Thiermarkt“ (dem heutigen Schillerplatz) ein Café zu eröffnen.



Die Expansion des revolutionären Frankreichs 1792/93 nach Osten mit ihren Institutionen (Jakobinerklubs und Konvente).

-  frz. Grenze bis 1790
-  1792/93 „reunierte“ Gebiete
- 1 Österreichische Niederlande (Belgien)
  - a) Flandern
  - b) Brabant
  - c) Hennegau
- 2 Fürstbistum Lüttich
- 3 Abtei Stavelot-Malmedy
- 4 Reichsstadt Aachen
- 5 Rhein.-Dt. Freistaat
- 6 Oberamt Bergzabern
- 7 Deutsche Enklave in Lothringen
- 8 Gft. Saarwerden
- 9 Gft. Salm
- 10 Gft. Mömpelgard
- 11 Fürstbistum Basel
- 12 Hzm. Savoyen
- 13 Gft. Nizza
- 14 Fürstentum Monaco
- 15 Gft. Venaissin (Avignon), 1791 reuniert
-  Jakobinerclub im besetzten Gebiet
-  Parlament im besetzten Gebiet

So war die französische Besetzung durchaus nicht nur Belastung. Dies zumindest im Oktober/November 1792, weil die Franzosen sich als Befreier in der Kriegsführung von den „Despoten“ abheben wollten: Die „gute Mannszucht“ der in Mainz stationierten „Neufranken“ mussten selbst österreichische und preußische Diplomaten, die noch immer ihre Horchposten in der Stadt hatten, bestätigen. Entgegen den von der Obrigkeit geschürten Ängsten vor angeblich „zügellosten Horden von Ohnehosen“

(wie man böswillig-wörtlich den Begriff „Sansculottes“ übersetzt hatte) vollzog sich der Mainzer Besatzungsalltag 1792 durchaus in gewohnten Bahnen. So, wenn alle Korporationen und Institutionen, von der Universität bis zum erzbischöflichen Generalvikariat, gleich nach der Kapitulation dem Eroberer ihre Aufwartung machten, um Beibehaltung ihrer Gerechtsame und um die Erlaubnis baten, weiter arbeiten zu dürfen. Custine gewährte ihnen dies großzügig, stellte zudem noch manchen Schutzbrief („Sauvegarde“) aus, der etwa die Universität von Besatzungslasten befreite. Er war in Siegerlaune, der „Hauptgeneral der fränkischen Armeen“, denn seine Truppen hatten inzwischen ganz Rheinhessen und die Pfalz sowie Frankfurt, den Rheingau und den Maintaunus besetzt. Von Vorstößen an die Lahn und in die Wetterau brachten sie reiche Beute mit. Kein Wunder, wenn der von der Pariser Presse umjubelte General im Schloss regelrecht Hof hielt und dort das kurfürstliche Prunkbett bezog – um es mit einer Mätresse, der Frau eines Mainzer Wundarztes, zu teilen.



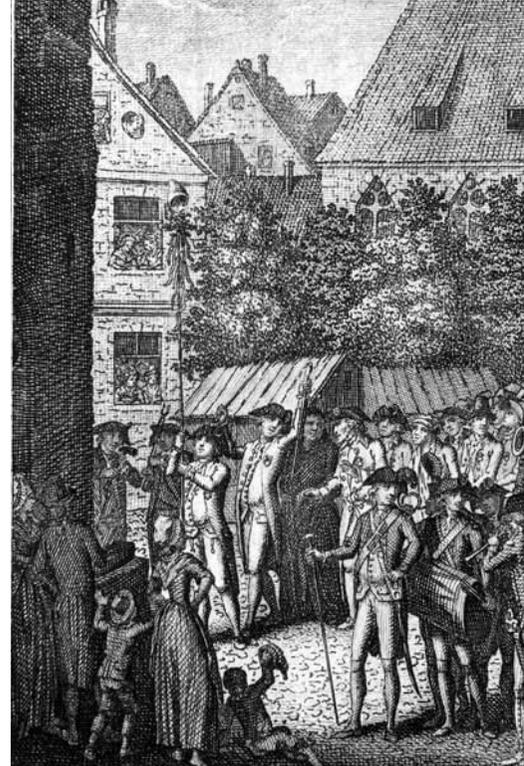
**Solche „Sansculottes“ machten einen großen Teil der französischen Armee aus. Zeitgenössischer kolorierter Kupferstich.**

## Die Mainzer Jakobiner

Doch nicht die Gemächer des Generals, sondern der Akademiesaal machte das Schloss 1792 zum historischen Ort: Denn hier, im schönsten Raum der Residenz, wurde am 23. Oktober 1792 die „Gesellschaft der Freunde der Freiheit und Gleichheit“, kurz: der Jakobinerklub, gegründet, die erste demokratische Bewegung Deutschlands. Schon am Tag nach dem Einmarsch der Franzosen war dieser Schritt von der nun nicht mehr „Privilegiernten“ Mainzer Zeitung angekündigt worden. Deren neuer Redakteur Georg Wilhelm Böhmer – Professor am Wormser Gymnasium und seit zwei Wochen Sekretär Custines – organisierte auch die Gründungsversammlung. In ihr schlossen sich zwanzig Mainzer mit dem Schwur „Frei leben oder sterben!“ zu einer „Volks-gesellschaft“ zusammen, die Mainz (und anfangs ganz Deutschland) nach den Grundsätzen Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte in eine Republik umwandeln wollte. Zunächst jeden Abend, dann viermal wöchentlich wurden im Akademiesaal – seit Anfang Dezember im „Comödienhaus“, weil das Schloss als Lazarett diente – unter großem Publikumsandrang die Prinzipien der Demokratie erklärt und propagiert. Zugleich attackierten die Jakobiner scharf Kurfürst, Adel und Kirche, forderten die Mainzer zu einer (gewaltlosen) Revolution auf und versprachen ihnen eine glänzende Zukunft, wenn sie sich Frankreich anschließen. Diese Klubreden wurden rasch gedruckt und als Flugschriften verkauft, manchmal auch verschenkt. Sie gingen von Hand zu Hand, wurden in Wirtshäusern vorgelesen. Daher verbreitete sich das demokratische Gedankengut sehr rasch, nicht zuletzt durch die sieben revolutionären Blätter, die es 1792/93 in Mainz gab; selbst das „Intelligenz-“ bzw. Wochenblatt wurde zu einem Instrument der Revolutionierung. So gab es in der Mainzer Republik erstmals für Deutschland eine echte „Meinungspresse“. Zu den über 100 Flugblättern und -schriften sowie zur revolutionären Presse kamen Propagandaaktionen, die Gefühle und Gebräuche des „souveränen Volks“ ansprachen. Vor allem die Pflanzung von Freiheitsbäumen, sozusagen „politisierte“ Mai-

oder Kerbebäume, blau-weiß-rot gestrichen und mit einer roten Jakobinermütze als Zeichen der Volkssouveränität geschmückt. Schon am 3. November 1792 pflanzten die Mainzer Jakobiner dieses Revolutionssymbol vor dem Stadtgericht am Höfchen. Vom Schloss zum Höfchen ging ein Festzug, der die Gleichheit der Stände demonstrierte – und zugleich die neue Freiheit. Denn mit der Zerstörung des 1462 von Adolf von Nassau auf dem Höfchen gesetzten Gerichtssteins machten die Jakobiner die Unterwerfung der Stadt in der Stiftsfehde symbolisch rückgängig. Der Erfolg dieser Aktion veranlasste den Klub Mitte November, in den Dörfern rund um Mainz zusammen mit einheimischen Landjakobinern Freiheitsbäume zu pflanzen. Der Freiheitsbaum auf dem Höfchen wurde jedoch Ende 1792 umgehauen und deshalb am 13. Januar 1793 durch einen zweiten, wesentlich größeren auf dem Markt (wo heute die Heunensäule steht) ersetzt. Dazu gab es ein großartig inszeniertes „Freiheitsfest“ mit flammenden Reden, einem revolutionären Tedeum und der Verbrennung von Symbolen des Ancien Régime, wie Krone, Szepter und Wappen. Erfolg hatte zunächst auch die am 7. November beschlossene Auslegung eines „Roten Buches“. In dieses, nach biblischen bzw. freimaurerischen Vorbildern gestaltete „Buch des Lebens“ konnte sich jeder Mainzer eintragen, der für die Demokratie war; Andersdenkende sollten im „Schwarzen Buch“ der Sklaverei unterschreiben. Natürlich war dieser (hier übrigens erstmals politisch verwendete) Gegensatz zwischen „Rot“ und „Schwarz“ keine echte Alternative. Es überrascht aber doch, dass über 1000 Mainzer die Präambel des „Roten Buches“ unterzeichneten. Freilich geschah das oft mehr aus Anpassung als aus Überzeugung, etwa bei den Zünften, die nur unterzeichneten, weil das „Rote Buch“ ausdrücklich ihre Beibehaltung garantierte.

Zuverlässig kann die Stärke der demokratischen Bewegung in Mainz deshalb nur an der des Jakobinerklubs abgelesen werden. Schien sich der Kreis der „Klubisten“ anfangs auf Professoren, höhere Beamte und Studenten, mithin auf Akademiker, zu beschränken, so änderte sich das Mitte November durch den Ein-



Zug zur Errichtung des ersten Mainzer Freiheitsbaums am 3. November 1792. Zeitgenössischer Kupferstich.

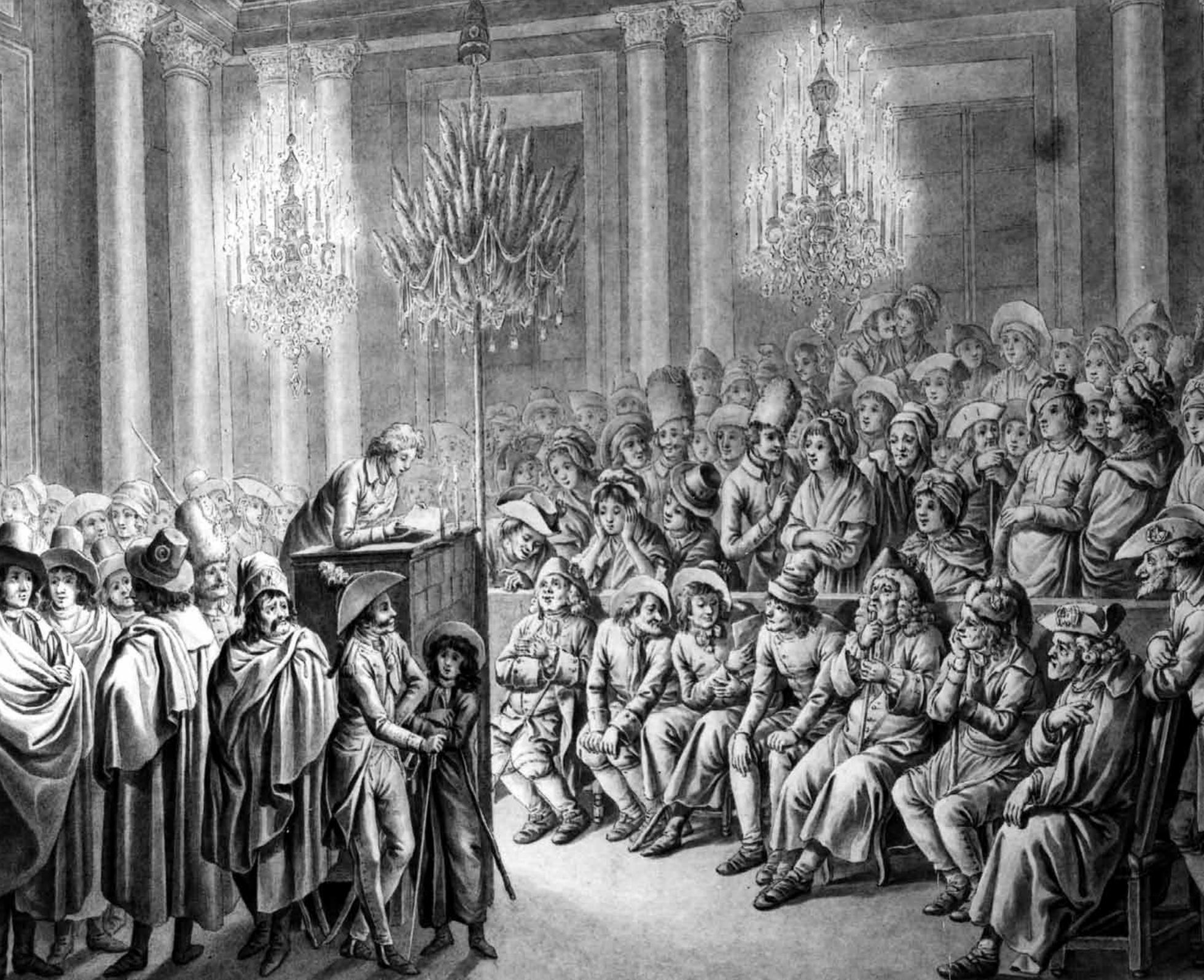
tritt vieler Handwerker, kleiner Kaufleute und Beamten erheblich. Wenig später erreichte die Mitgliederzahl mit knapp 400 ihren Höhepunkt. Bis Februar 1793 fiel sie dann auf 150 ab, eine Folge von Niederlagen der Franzosen und interner Streitereien an der Jahreswende 1792/93. Insgesamt traten 492 Männer dem (ersten) Klub bis zu seiner Auflösung im März 1793 bei; der kurzlebige zweite erlangte ohnehin keine Bedeutung mehr. Etwa 450 der 492 Klubmitglieder lebten in Mainz. Eine Zahl, die man nicht an der Einwohnerzahl von ca. 23 000 – 25 000 Personen, sondern an jener der ca. 7 000 zum Eintritt berechtigten Mainzer messen sollte: Dies waren erstens nur Männer (Frauen durften wie in Frankreich nur zuschauen), und zweitens gab es ein Mindestalter (zunächst 18, dann 24 Jahre). Der „Grad politischer Organisation“ betrug demnach gut sechs Prozent – ein Wert, den französische „Konstitutionsgesellschaften“ oft nicht erreichten, und der sogar heute in Mainz von den Mitgliedern aller Parteien nur unwesentlich übertroffen wird. Der Mainzer Jakobinerklub von 1792/93 war also als für seine Zeit erstaunlich groß.

Ebenso bemerkenswert aber war seine soziale Zusammensetzung: Die zahlenmäßig größte Gruppe stellten mit 45 % Handwerker, kleine Kaufleute und niedere Beamte; ihnen folgten die Intellektuellen (Geistliche, Professoren, Lehrer, Ärzte, Juristen und Studenten) mit 21 %, dann die höheren Beamten mit 11 %. Fast ebenso hoch lag der Anteil der Franzosen (meist aus der Besatzungsarmee) und von Mitgliedern, die sozial nicht einzuordnen sind. Die kleinste (Stadt-)Mainzer Gruppe stellten mit 3 % die Großkaufleute, nur noch die Bauern waren mit 2 % geringer vertreten. Doch die Vorrangstellung des Kleinbürgertums in der Mitgliederstruktur fand sich in der Entscheidungsstruktur nicht wieder: Vielmehr wurde sie bei den leitenden Posten, den Publikationen und Ausschüssen des Klubs auf den Kopf gestellt, denn hier lagen ganz eindeutig die Intellektuellen in Führung. Programm und Politik der Mainzer Jakobiner wurden fast ausnahmslos von Professoren, Studenten, Publizisten und einigen Hofräten gemacht, während die Handwerker unter den ca. 125 „aktiven“ Klubisten eher untergeordnete Rollen spielten. Für die Breitenwirkung der „Revolutionierung“ waren sie sicher sehr wichtig, doch entsprach ihr Einfluss im Klub nicht ihrem Anteil an der Mitgliederschaft. In ihrem eigenen sozialen Milieu, der Zunftbürgerschaft, stellten die rund 200 jakobinischen Handwerker ohnehin nur eine Minderheit von etwa 10 % dar.

Wer waren nun diese Intellektuellen und Beamten, die den Klub wirklich prägten und lenkten? Zu den „Jakobinern der ersten Stunde“ gehörten die Professoren Mathias Metternich und Georg Wedekind. Beide waren von der Mainzer Aufklärung politisch und vom Kurfürst persönlich enttäuscht und arbeiteten nun an der völligen Überwindung des „Despotismus“ – als Klubpräsident, in Reden und Broschüren sowie als Redakteur einer Zeitschrift wie der „Bürgerfreund“ (Metternich) oder der „Patriot“ (Wedekind). Zum kompromisslosen Jakobiner war auch Hofgerichtsrat Kaspar Hartmann geworden, der im „Fränkischen Republikaner“ scharf mit Erthal und dem Mainzer Ancien Régime abrechnete. Der (Ex-)Theologe Dorsch, als Anhänger Kants 1790 von der Universität

verwiesen und nach Straßburg geflohen, kam Mitte November von dort zurück, organisierte den Mainzer Klub und wurde Präsident der neuen Zivilverwaltung. Sein Kollege Felix Anton Blau, ein Kritiker von Hierarchie und Unfehlbarkeit, war schon im Oktober dem Klub beigetreten. Desgleichen Karl Adam Boost, hoher kurfürstlicher Beamter der seine Verwaltungserfahrung jetzt ganz in den Dienst der „Mainzer Revolution“ stellte. Der Eintritt des beliebten „Polizeikommissars“ Franz Konrad Macké, der schließlich als „Gemeindeprokurator“ bzw. (gewählter) „Maire“ Stadtoberhaupt von Mainz wurde, führte etliche Zunftbürger in den Klub und war schon deshalb nicht zu unterschätzen. Dagegen wird der nach längerem Zögern am 7. November eingetretene Georg Forster in seiner Bedeutung für die „Konstitutionsgesellschaft“ oft überschätzt. Als Präsident, Redner und Redakteur („Neue Mainzer Zeitung“) hatte er zwar großen Einfluss im Klub, doch wirkte er noch viel stärker als Dorschs Stellvertreter in der Zivilverwaltung und im Nationalkonvent.

Im Klub war es dagegen zunächst vor allem Georg Wedekind, der mit Reden und Schriften auf eine „Mainzer Revolution“ drängte. Denn anders als die übergroße Mehrheit der deutschen (und auch der Mainzer) Aufklärer waren die Jakobiner überzeugt, dass nicht Reformen, sondern nur eine völlige „Staatsumwälzung“ wie in Frankreich die Menschen aus Unmündigkeit und Abhängigkeit befreien könnte. Statt der konstitutionellen Monarchie wie in England oder der frühen Französischen Revolution wollten sie eine Republik, organisiert als *repräsentative* Demokratie. Grundlage sollten die Freiheit des einzelnen und die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz sein, basierend auf den Menschenrechten. Sie forderten ein allgemeines (Männer-)Wahlrecht, allerdings nicht für Knechte und Diensthofen, außerdem Abgeordnete und Parlament, ebenso Glaubens-, Presse-, Meinungs- und Gewerbebefreiheit sowie die Trennung der Gewalten: in etwa das, was noch heute zu den Wesensmerkmalen einer Demokratie gehört. Auch ökonomisch dachten die Mainzer Jakobiner sehr modern und strebten eine möglichst freie Marktwirtschaft, getragen von



**Sitzung des Mainzer Jakobinerklubs im Akademiesaal des Schlosses, Abbildung auf den Seiten 34 und 35. Am Rednerpult vermutlich Georg Forster. Innerhalb der (von der Mitte nach rechts sichtbaren) „Schranken“ die eigentlichen Klubmitglieder, vielfach mit „National“-Kokarden auf den Hüten. Hinter den Schranken die oft skeptisch wirkenden Mainzer Zuschauer. Feder- und Pinselzeichnung von Johann Jacob Hoch.**

vielen Kleinproduzenten, an. Die der Gewerbefreiheit entsprechende Aufhebung der Zünfte stellten sie aber aus taktischen Gründen zurück. Soziale Gleichheit lehnten sie ausdrücklich ab, ebenso jedoch übergroßen Reichtum, der nur zur „Aristokratie des Geldes“ führe, die nicht weniger schlimm sei als der Geburtsadel. Die „Aristokraten“ wollten die Jakobiner natürlich vor allem bekämpfen. Dergleichen die „Pfaffen“ als tragende Kräfte des Ancien Régime; im traditionellen Katholizismus sahen sie eine Fehlentwicklung der Religion. Diese sollte aber nicht vom Staat getrennt, sondern für seine Zwecke dienstbar gemacht werden: Ein „Revolutionschristentum“ war das Ziel. So zogen die Mainzer Jakobiner vielfach (radikale) Konsequenzen aus ihrer aufklärerischen Vorprägung, übernahmen aber programmatisch das meiste von ihrem Vorbild Frankreich, dessen „Zweite Revolution“ (Sturz der Monarchie am 10. August 1792) sie ausdrücklich billigten. Ihre Ziele konnten (und wollten!) sie dann auch nicht mehr in dem feudal-aristokratischen „Heiligen Römischen Reich“ verwirklichen. Vielmehr galt ihnen die junge Französische Republik als politische Heimat, und so war es nur konsequent, wenn sie in revolutionärem Patriotismus den Anschluss von Mainz (wie den des ganzen linken Rheinufer) an das „Land der Freiheit“ befürworteten.

Es störte die Mainzer „Patrioten“ nicht, dass sie damit auch eindeutig französischen Interessen dienten. Denn schon im Feldzug von 1792 wollte die Republik ja nicht nur befreien, sondern auch erobern. So entsprach die Stoßrichtung der „Revolutions“-Generäle durchaus traditionellen, schon in der Monarchie verfolgten Zielen: Während Custine Mainz eroberte, besetzte Dumouriez die österreichischen Niederlande, Montesquiou Savoyen und Miranda die Grafschaft Nizza. Fast überall entstanden Ja-



**Das Siegel des (2.) Mainzer Jakobinerklubs zeigt die phrygische Mütze und das Eichenlaub als Symbole der Volksherrschaft, die Umschrift als Freunde Frankreichs.**

kobinerklubs, später auch Parlamente, die zur „Réunion“ des betreffenden Gebietes mit Frankreich führten. Diese „expansion révolutionnaire“ von 1792 vollzog sich nicht zufällig innerhalb der angeblich „natürlichen“ Grenzen Frankreichs: Meer, Alpen und Rhein, die im Januar 1793 sogar zum offiziellen Kriegsziel erhoben wurden. Im Rahmen dieser Ausdehnungspolitik des revolutionären Frankreichs war die Mainzer Republik also der „Normalfall“. Deshalb ist sie auch stets im Zusammenhang mit den anderen französisch besetzten Gebieten zu sehen. Das gilt besonders für den Auftakt der „Befreiung“, wie ihn Custine am 25. Oktober formulierte: Denn wie seine Kollegen in Belgien und den Alpen ging er noch ganz von dem durch die Revolution formulierten Selbstbestimmungsrecht der Völker aus: Natürlich bot er den Mainzern die neue, die französische Freiheit an, doch sollten sie sich frei, ohne Druck von außen, ihre künftige Verfassung und Staatszugehörigkeit wählen: „Euer eigener, ungezwungener Wille soll Euer Schicksal entscheiden. Selbst dann, wenn ihr die Sklaverei den Wohlthaten vorziehen würdet, mit welchen die Freyheit Euch winkt, bleibt es Euch überlassen, zu bestimmen, welcher Despot Euch Eure Fessel zurückgeben soll“. Dieses Versprechen bestimmte bis Anfang 1793 die Haltung der französischen „Befreier“ gegenüber den „Befreiten“. Zugleich übte Custine (wie seine Kollegen) eine Besatzungsherrschaft aus, bei der sich traditionelle mit revolutionären Elementen vermischten: Ließ er zunächst die Mainzer (Rumpf-)Regierung weiterarbeiten,

so setzte er sie ab, als klar wurde, dass mit den Hofräten keine auch noch so sehr gelenkte „Revolution“ zu machen war. Seit 19. November fungierte im „Löwenhof“ auf der Großen Bleiche dann die von Custine ernannte „Allgemeine Administration“, geleitet von Dorsch und Forster; im Stadthaus amtierte seitdem eine „Munizipalität“ unter dem Juristen Franz Joseph Ratzen als „Maire“ und dem Gemeindeprokurator Macké als Stellvertreter. Während sie für die sechs „Sektionen“ der Stadt und den Brückenkopf Kastel zuständig war, verwaltete die Administration das gesamte Besatzungsgebiet. Genauer gesagt: alle „befreiten“ bzw. französisch besetzten Orte zwischen Nahe und Queich, soweit sie nicht kurpfälzisch oder zweibrückisch waren. Denn peinlich genau nahm Custine die Territorien des Hauses Wittelsbach – das sich für neutral erklärt hatte und deshalb in Paris weiterhin als „bon allié de la France“ galt – von der „Befreiung“ aus. So machte zumindest die offizielle Revolutionspropaganda an der kurpfälzischen Grenze Halt, was angesichts der territorialen Zersplitterung Rheinhessens und der Pfalz oft groteske Folgen hatte: Mainzer Jakobiner mussten ihre Agitation hinter Finthen einstellen, weil Wackernheim (wie der ganze Ingelheimer Grund) kurpfälzisch war, konnten aber im kurmainzischen Gau-Algesheim wieder ungestört wirken. Dieses Arrangement mit Kurpfalz (die in aufgeklärten Kreisen Deutschlands als eine der schlimmsten „Despotien“ galt) wurde von den Mainzer Jakobinern durchaus kritisiert – jedoch vergeblich, wie so manch anderer Widerspruch in der französischen Besatzungsherrschaft. Etwa, wenn die Allgemeine Administration einerseits revolutionäre Propaganda über die Pfarrer und Bürgermeister unters Volk zu bringen suchte, andererseits aber die (Land-)Jakobiner bremste, die „eigenmächtig“ Adels- bzw. Kirchengut einziehen, Beamte absetzen und neue Vertreter wählen wollten. Die Mainzer Munizipalität wiederum, von zwei gemäßigten Jakobinern geleitet, war vor allem an einer Minderung der Besatzungslasten interessiert, was zu Konflikten mit den Franzosen führen musste. Denn auch in Mainz führten sich die „Apostel der Freiheit“ (wie sie sich selbst gerne nannten) zunehmend als ganz normale Besatzer auf. Sie sprachen

zwar laut von der „Souveränität“ der Völker, missachteten aber die der Mainzer sträflich, als sie Weine und Möbel des Kurfürsten zugunsten der französischen Armeekasse versteigern wollten. Dagegen protestierte die Munizipalität heftig, aber vergeblich. Sie sah sich düpiert, was sie aber nicht hinderte, ihre Mitbürger weiter zur Annahme der „fränkischen Constitution“ zu drängen.

### Widerstände gegen die Revolutionierung

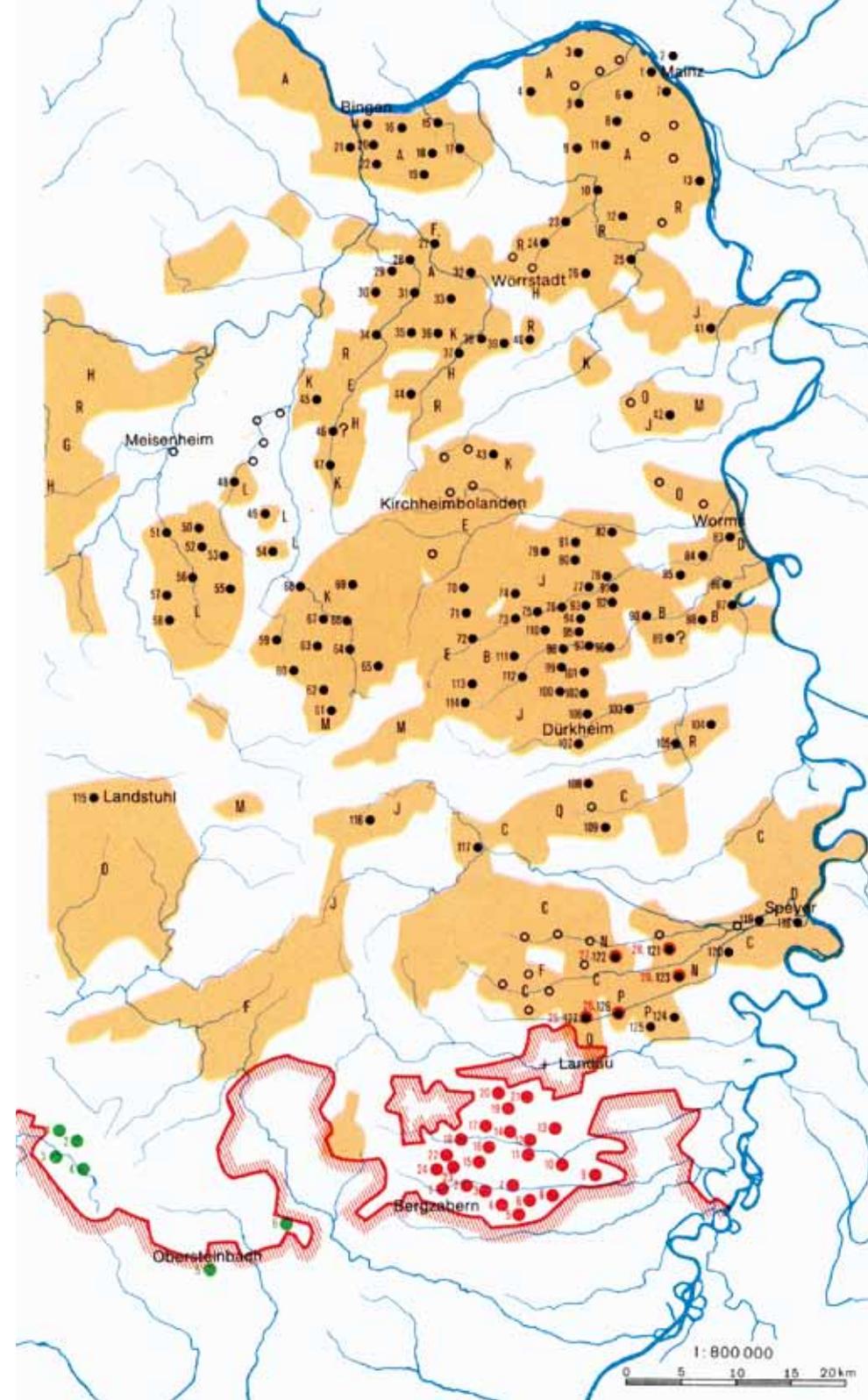
Dass dies weder ihr noch Custine oder gar dem Klub gelang, hing vor allem am hartnäckigen Widerstand der Zünfte, die den Kern der Mainzer Bürgerschaft ausmachten. Sie betonten zwar seit Oktober 1792 immer wieder ihre Loyalität gegenüber der Besatzungsmacht, doch ansonsten hatten sie nur das Ziel, „bei ihren dermalen bestehenden Zunftgerechtsamen geschützt und gehandhabt“ zu werden.

Von einer „gänzlichen Umänderung der Verfassung“, wie sie Klub, Administration und Munizipalität immer wieder anregten, hielten sie überhaupt nichts: Daran konnte selbst Macké nichts ändern, als er die Zünfte Ende November und dann nochmals Mitte Dezember befragte. Denn während eine von der Administration organisierte Verfassungsabstimmung auf etlichen Dörfern recht guten Erfolg hatte, erklärten die Mainzer Zünfte, sie blieben neutral und man möge sie „mit dergleichen Einladungen gütigst verschonen“. Damit waren die Zünfte jener Linie treu geblieben, die sich schon im Oktober bei der ersten Antwort auf Custines Befreiungsangebot abgezeichnet hatte: Damals hatte es die Maurer- und Bauzunft als ihren Hauptwunsch bezeichnete, „dass sowohl die Zunftverfassungen als auch die übrigen Verfassungen, welche zu dem gemeinen Wohle nützlich sind, beibehalten werden“. Die Mainzer Zünfte dachten eben noch ganz in Kategorien der Ständegesellschaft; sie verstanden unter „Freiheit“ die Rechte der eigenen Korporation, nicht die des Individuums; und die von den Jakobinern letztlich doch angestrebte

## Wahlen und Reunionen 1793

Am 24. Februar 1793 sollten in allen Orten „zwischen Landau und Bingen“ Ortsvorsteher und ihre Beigeordneten („Munizipalen“) sowie die Abgeordnete zum „Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent“ gewählt werden. Die „Munizipalisierung“ eines Ortes bezeichnet dabei die erfolgreiche Wahl der Ortsbeamten und der Abgeordneten. Zunächst waren es 65, nach einer Woche 90, insgesamt etwa 130 Deputierte, die im Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent 125 Orte in Rheinhessen und der Pfalz vertraten. Bereits am zweiten Sitzungstag, dem 18.3.1793, wurde vom Konvent der „Rheinisch-Deutsche Freistaat“ ausgerufen und wenige Tage später die Vereinigung („Réunion“) mit Frankreich beschlossen. Einige Wochen zuvor waren bereits einige südpfälzische Orte reuniert worden.

- vollständig munizipalisierte Orte
  - unvollständig oder in Auswahl munizipalisierte Orte
  - am 15.3.1793 reunierte südpfälzische Orte
  - am 14.2.1793 reunierte südpfälzische Orte
  - ▨ Nordgrenze der französischen Oberhoheit in der Südpfalz
  - Gebiet des am 18.3.1793 ausgerufenen „Rheinisch-Deutschen Freistaats“. Nicht zum Rheinisch-Deutschen Freistaat gehörten die Territorien der Kurpfalz und des Fürstentums Pfalz-Zweibrücken. In der Karte bezeichnen die Buchstaben A bis R die ehemalige territoriale Zugehörigkeit des jeweiligen Gebiets:
- A = Kurfürstentum Mainz (einschließlich Domkapitel und Propst von St. Alban)
  - B = Fürstbistum Worms
  - C = Fürstbistum Speyer
  - D = Reichsstädte Worms und Speyer
  - E = Fürstentum Nassau-Weilburg
  - F = Markgrafschaft Baden
  - G = Fürstentum Salm-Kyrburg
  - H = Wild- und Rheingrafschaft
  - I = Fürstentum (Gft.) Leiningen (-Westerburg, -Dagsburg, -Guntersblum, -Heidesheim)
  - K = Grafschaft Falkenstein
  - L = Grafschaft Löwenhaupt-Manderscheid
  - M = Grafschaft Wartenberg
  - N = Grafschaft Degenfeld
  - O = Grafschaft Sickingen
  - P = Johanniterorden
  - Q = Herrschaft Dalberg
  - R = übrige Reichsritterschaft





**Philipp Scherer bringt in dieser Darstellung des ersten Mainzer Freiheitsbaumes das Grundproblem der Mainzer Republik auf den Punkt. Die Unterschrift lautet: „Die Franzosen erobern Mainz. Es formiert sich ein Klub. Man bietet den Bürgern die Freiheit an, und die Bürger wollen sie nicht.“**

Gewerbefreiheit war das genaue Gegenteil von dem, was sich die Zunftbürger ökonomisch wünschen bzw. vorstellen konnten. Das Mainzer Ancien Régime sahen sie durchaus kritisch – aber nicht deshalb, weil es veraltet, sondern weil es zu offen, zu „modern“ gewesen war und z.B. die Autonomie der Zünfte bedroht hatte. Manchmal konnte das sogar Sympathien für die Revolution wecken, z. B. wenn ein Mainzer Schreinermeister klagte: „Die Regierung habe soviel Neuerungen eingeführt, da sei es gut, dass die Franzosen kämen“. Doch das blieb die Ausnahme, denn die Masse der Handwerksmeister (und auch der Gesellen) hielt sich vom Klub fern und wurde zum Kern des bürgerlichen Widerstandes, an dem die Mainzer Republik in ihrem Zentrum schließlich scheiterte.

Dies hing freilich auch damit zusammen, dass die von den Franzosen selbst ausgelöste allgemeine Politisierung der Mainzer zunächst auch andere Richtungen als die Demokraten zu Wort kommen ließ. Denn in keiner anderen deutschen Stadt gab es damals eine so breite (und kontroverse!) öffentliche Diskussion über Staat und Gesellschaft. Da priesen die „Aristokraten“ die Vorzüge des alten Mainz, seine tolerante Atmosphäre und den

Wohlstand, den Kurfürst, Hof und Adel der Stadt brachten: Das alles aufzugeben, erschien ihnen widersinnig. Doch gab es auch Zwischentöne, etwa die „Constitutionsvorschläge“ der großbürgerlichen Kaufleute, die ihr Sprecher Daniel Dumont Anfang November vorlegte. Eilig zusammengestellt und deshalb nicht immer stimmig, hatten sie trotzdem einen gemeinsamen Nenner, nämlich die Orientierung an der ersten Phase der Französischen Revolution (1789–92). Mit den Forderungen nach Volkssouveränität und einer Nationalversammlung, zusammengesetzt aus der „Bürgerschaft und den Vornehmen des Landes“ sowie nach Abschaffung der Privilegien von Adel und Klerus nahm Dumont revolutionäres Gedankengut auf. Dagegen blieb er mit der Bevorzugung von Einheimischen, der Beibehaltung der (konstitutionellen) Monarchie sowie der Zugehörigkeit zum Deutschen Reich traditionellem Denken verhaftet. Ein Hauch von Liberalismus weht hier schon, und für viele Mainzer wären diese Vorschläge sicher ein gangbarer „dritter Weg“ zwischen dem Demokratismus der Jakobiner und dem kurfürstlichen Ancien Régime gewesen. Kein Wunder, dass sich Dumont damit beim Kurfürst ebenso verhasst machte wie beim Klub.

Ähnlich erging es Johann Valentin Schumann, Kanonikus in St. Stephan und Sprecher der bürgerlichen Geistlichkeit. In ihrem Namen legte er Mitte November eine Denkschrift vor, die ebenfalls den Kompromiss suchte. Denn der Klerus war der festen Überzeugung, dass es zwischen der Demokratie und „einer sogenannten Sklavenregierung noch unendlich viele mittlere Verfassungen“ gebe, von denen eine sicher auf Mainz passe. Zugleich betonte er seine Neutralität gegenüber allen Gesellschaftsordnungen, denn die „reine katholische Religion“ vertrage sich mit jeder „legal verfertigten Verfassung“. Damit hatte sich Schumann weit vorgewagt, kritisierte er doch indirekt nicht nur das von den Jakobinern verfochtene „Revolutionschristentum“, sondern letztlich auch die bestehende aristokratische Reichskirche. Beim Kurfürst fiel Schumann deswegen prompt in Ungnade, doch hatte er mit seinen vermittelnden Positionen zunächst den Jakobinern geschadet.

Dass all dies eine – natürlich ungewollte – Folge des Selbstbestimmungsrechts war, erkannten die Franzosen zuerst in Belgien, wo diese Linie nämlich nicht den revolutionären, sondern den konservativen Kräften Aufschwung gegeben hatte. Der Pariser Konvent beschloss deshalb am 15. Dezember 1792, in allen französisch besetzten Gebieten den „Feudalismus“ zu vernichten und nur noch revolutionäre Regime zu dulden. Enttäuscht von den „Befreiten“ ging der „Befreier“ Frankreich zu einem „Despotismus der Freiheit“ über. Hinzu kam Frankreichs nationales Interesse – denn der „Revolution“ im Besatzungsgebiet sollte dessen Vereinigung („Réunion“) mit der Republik folgen. Vom „eigenen, ungewungenen Willen“ der Mainzer war keine Rede mehr. Für die Jakobiner war das kein Widerspruch, denn am 8. Dezember 1792 stellte Forster frustriert fest, dass „die Mainzer ohne gnädigsten Befehl des Herrn Generals nicht frei sein wollen“.

Freilich hatte ihre anhaltende Weigerung viel mit der völlig veränderten Kriegslage zu tun: Am 2. Dezember 1792 eroberten die Deutschen Frankfurt zurück, 14 Tage später mussten die Franzosen den Rheingau räumen und bald standen die Preußen in Hochheim. Verständlich, dass immer mehr Mainzer jedes politische, erst recht jedes revolutionäre Engagement scheuten. Zudem hatte die Revolutionsarmee den Nimbus der Unbesiegbarkeit verloren, und es kursierten Gerüchte über eine bevorstehende Belagerung, worauf Custine mit Drohungen reagierte. Ohnehin hatte das Image der „Neufranken“ gelitten, weil sie mittlerweile doch eine ganz normale Besatzungsherrschaft praktizierten, mit allen Lasten für die Zivilbevölkerung: Einquartierungen, Versorgungsengpässe und zunehmende Disziplinlosigkeit machten die „Apostel der Freiheit“ zunehmend unbeliebt.

In diese Stimmung hinein verkündete General Custine am Jahresende 1792 die neue französische „Befreiungs“-Politik. Um sie durchzuführen, trafen an Neujahr 1793 drei Mitglieder des Pariser Konvents, Merlin de Thionville, Reubell und Haussmann in Mainz ein; am 1. Februar kamen die Regierungskommissare

Simon und Grégoire hinzu. Energisch nahmen sie das Heft in die Hand und erließen am 10. Februar eine von Forster entworfene Ordnung für die „Volkswahlen“, die schon 14 Tage später stattfinden sollten. Wahlberechtigt waren dabei alle selbständigen Männer über 21 Jahren, ausgenommen Dienstboten und Knechte. Wählen konnte aber nur, wer vor der Stimmabgabe auf „Freiheit und Gleichheit“ geschworen hatte. Gerade um diesen, von Custine am 16. Februar noch verschärften Eidzwang ging es dann auch in Mainz. Heftig wehrte sich die Bürgerschaft dagegen, mit einem Schwur auf ein völlig neues, noch dazu *revolutionäres* System festgelegt zu werden. Ebenso starker Widerstand kam von der Geistlichkeit, und so versuchten beide Gruppen, zumindest eine Verschiebung der Wahlen zu erreichen. Ihre Wortführer, voran Daniel Dumont vom Handelsstand und Valentin Schumann vom Stephansstift, nutzten die kurzfristige Abwesenheit der Konventskommissare aus, um von den gemäßigeren Regierungskommissaren Aufschub zu erreichen. Umsonst, denn als Merlin und seine Kollegen zurückkehrten, wurden alle Zugeständnisse zurückgenommen und die Mainzer ultimativ zu Schwur und Wahl aufgefordert. Um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, ließen die Franzosen die Kanonen der Zitadelle auf die Stadt richten ...

### **Volkswahlen und Rheinisch-Deutscher Nationalkonvent**

So begann der 24. Februar 1793, ein Sonntag, den die Jakobiner herbeisehnten, den ihre Gegner aber als „schreckbaren Tag“ fürchteten. Er hätte eine Sternstunde in der Geschichte der deutschen Demokratie werden können, denn erstmals kam hier das allgemeine (Männer-)Wahlrecht zur Anwendung. Doch die Demokratie wurde auf undemokratische Weise durchgesetzt, die „Volksherrschaft“ von der großen Mehrheit des Volkes abgelehnt, und so endete die Wahl – obwohl um zwei Tage verlängert – mit einem Fiasko für die Franzosen und ihre Anhänger. Denn nur 372 Mainzer, 8 % der 4 626 Wahlberechtigten, hatten gewählt. Dies war keineswegs eine Folge von Desinteresse,

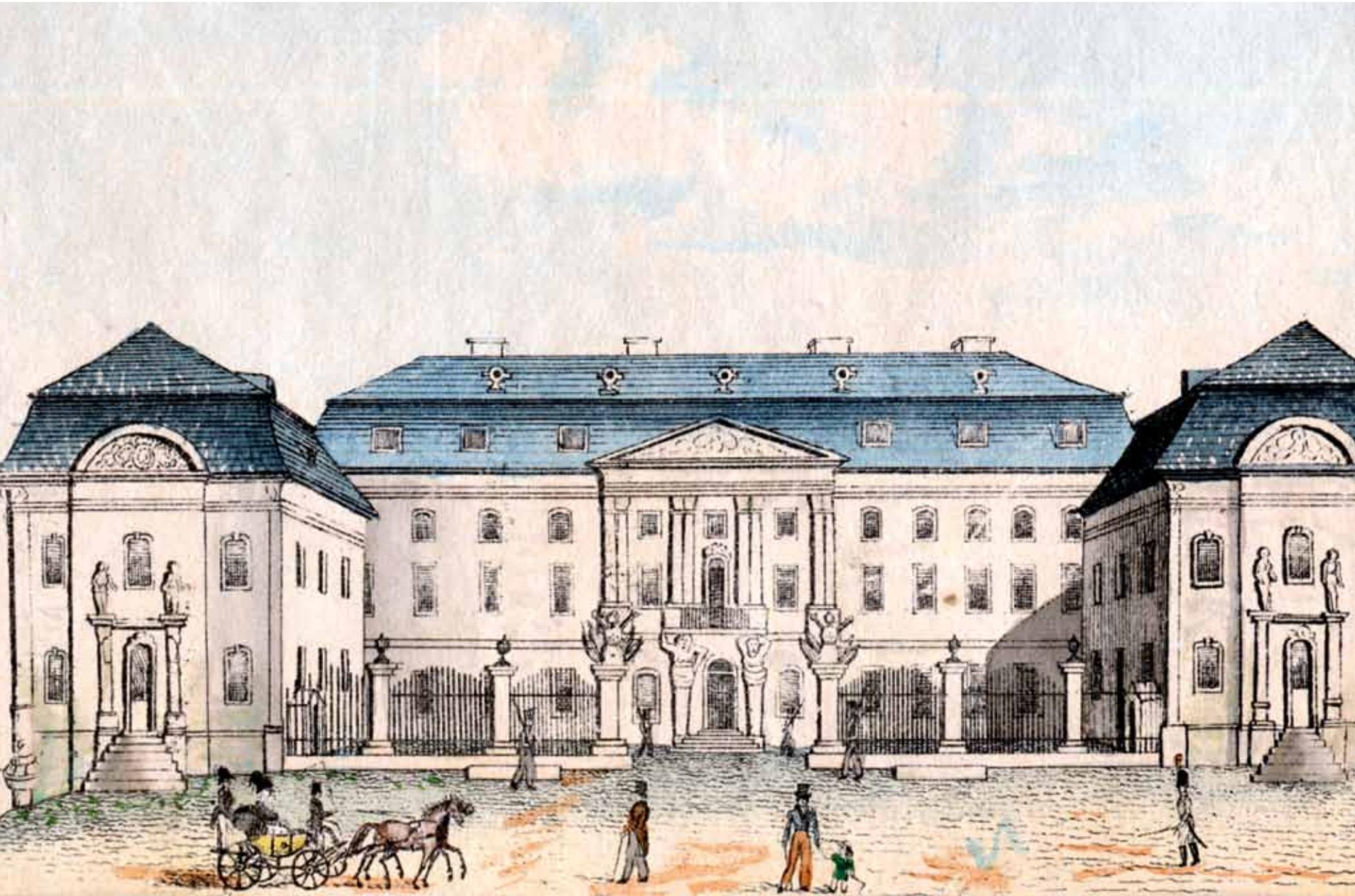
sondern Konsequenz eines Boykotts, den besonders die Zünfte verabredet hatten: Da die „Urversammlungen“ in sechs Kirchen (Ignaz, Stephan, Peter, Quintin, Liebfrauen und Emmeran) stattfanden, blieben selbst die frömmsten Mainzer der Sonntagsmesse fern, nur die wenigen noch aktiven Jakobiner (nicht einmal die Hälfte des Klubs) erschienen. Sie legten nach der Messe am „Bureau“ vor dem Altar den Eid ab und wählten einen Maire und dessen Stellvertreter, den Gemeindeprokurator sowie die Mitglieder der Munizipalität, schließlich einen der Abgeordneten zum „Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent“, wie das Parlament heißen sollte. Entsprechend der Zahl seiner Sektionen stellte Mainz sechs, Kastel einen Deputierten. Zum Maire von Mainz wurde Franz Konrad Macké gewählt, zu seinem Stellvertreter Amtsakzessist Wassmann; auch im Gemeinderat dominierten eingeseßene Kaufleute und Beamten. In den Konvent entsandten die Mainzer Wähler dagegen vier Intellektuelle – Forster sowie die Professoren Hofmann, Metternich und Westhofen – den bisherigen Maire Ratzen und den 81-jährigen Zinngießer Eckel. Als „Aufführung des großen Tempels der Volkssouveränität“ verkündete die Munizipalität am 27. Februar pathetisch das Wahlergebnis. Wollte sie sich damit vielleicht selbst darüber hinwegtäuschen, dass die Wahl ganz und gar nicht den Volkswillen der Mainzer wiedergab, dass sie zudem nur unter Zwang zustande gekommen war? Dass in der Mainzer Bürgerschaft eine tiefe Kluft entstanden war, zwischen einer immer kleineren Minderheit von entschlossenen Jakobinern und einer breiten Mehrheit, die sich – aus welchen Gründen auch immer – politisch nicht festlegen wollte? Zur tiefen Spaltung der Bürgerschaft trug auch die Tatsache bei, dass die französische Besatzungsmacht rigoros durchgriff: Noch vor den Wahlen deportierte sie Dumont, Schumann und das ganze Vikariat als „Rädelsführer“ ins Rechtsrheinische, noch während der Abstimmung verbot sie kurzerhand die Zünfte, und Ende Februar wies sie alle ungeschworenen Geistlichen aus der Stadt. Am 1. März forderten die Konventskommissare die Mainzer ultimativ auf, binnen fünf Tagen zu schwören – oder ausgewiesen und enteignet



zu werden. Mehrere hundert Bürger beugten sich dem, mindestens ebenso viele verließen aber die Stadt.

In dieser Atmosphäre politischer Konfrontation und Repression trat am 3. März die neue Munizipalität ihr Amt an. Zwei Wochen später kam der „Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent“ im Deutschhaus zusammen. Er war (wenn auch letztlich ohne ausreichende Akzeptanz) das erste moderne Parlament in Deutschland – freilich kein gesamtdeutsches, sondern nur das einer kleinen Region. Selbst sie war aber nur lückenhaft repräsentiert: Zunächst waren es 65, schließlich 130 Deputierte, die nur 125 von insgesamt 700 Gemeinden Rhein Hessens und der Pfalz vertraten. Dies hauptsächlich deshalb, weil auch von den Wahlen alle kurpfälzischen und zweibrückischen Gebiete ausgenommen worden waren. Doch selbst von den übrigen, rund 250 „befreiten“ Orten war nur die Hälfte vertreten: Ein Hinweis darauf, dass Eidleistung und Wahlen auch außerhalb von Mainz auf Widerstand stießen, dass selbst viele der im Deutschhaus vertretenen Gemeinden erst auf militärischem Druck hin geschworen und einen Abgeordneten geschickt hatten.

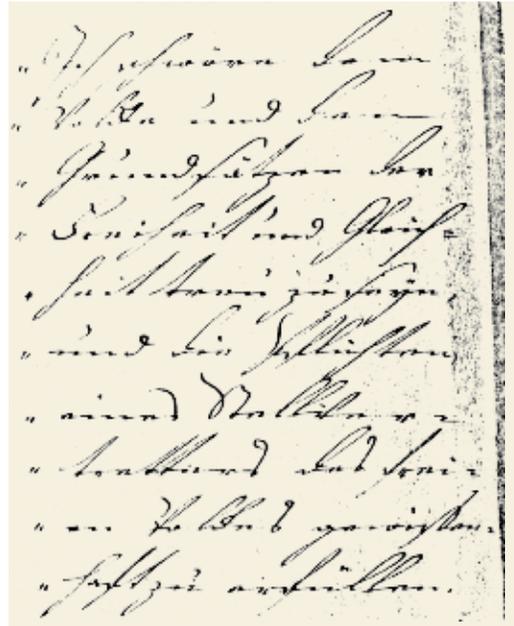
**Bekanntmachung der konstituierenden Sitzung des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents am 17. März 1793 durch Georg Forster, den Vizepräsidenten der „allgemeinen Administration“.**



Das Deutschhaus – Tagungsort des Parlaments der Mainzer Republik,  
Kupferstich um 1835, unbekannter Künstler.



Einband des Protokollbuches  
des Rheinisch-Deutschen  
Nationalkonventes von 1793.



Originalseite aus dem  
Konventsprotokoll vom 17. März  
1793 (vormittags), geschrieben,  
von Johann Friedrich Gerhardt  
(geb. 1768, gest. um 1832).  
Formel des Abgeordneteneides.

Nach einer Messe in St. Peter konstituierte sich am Morgen des 17. März der „Nationalkonvent der freien Teutschen“ im Rittersaal des Deutschhauses. Alterspräsident wurde Zinngießler Eckel aus Mainz, Präsident der Mainzer Philosophieprofessor Hofmann, sein Stellvertreter Georg Forster, schließlich die wichtigste Persönlichkeit dieses Parlaments: Forster verfasste das entscheidende Dekret vom 18. März, wonach sich das Land „zwischen Landau und Bingen“ von Deutschland trennte und einen „einzigsten, freien und unabhängigen Staat“ ausmachte. Diese „Rheinisch-Deutsche Republik“, so wurde in den folgenden Sitzungen immer wieder betont, könne jedoch nicht allein existieren. Deshalb schloss sie sich am 21. März Frankreich an, wiederum auf Antrag Forsters. Er war es auch, der eine pathetisch-unterwürfige Reunionsbitte formulierte, die Mainz den Franzosen als „Schlüssel



sel des Deutschen Reiches“ anbot. Zusammen mit dem Kaufmann Patocki und dem Bauern-Philosophen Lux aus Kostheim reiste Forster am 25. März nach Paris, wo er den Konvent am 30. um die Reunion der neuen Republik bat, was natürlich einhellig und begeistert bewilligt wurde. Unterdessen hatte man sich im Deutschhaus hauptsächlich mit den „inneren Feinden“ befasst und scharfe Dekrete gegen alle erlassen, die nicht schwören wollten. Am Ostersonntag, dem 31. März, setzte der Mainzer Nationalkonvent noch schnell eine neue Administration unter dem radikalen Andreas Joseph Hofmann ein. Dann vertagte er sich auf unbestimmte Zeit – ohne zu wissen, ob seine Reunionsbitte angenommen worden war. Denn der Pariser Beschluss vom Vortag gelangte gar nicht mehr nach Mainz, weil seit Mitte März deutsche Truppen Rheinhessen und die Pfalz zurückeroberten. Während sich im Umland wieder das Ancien Régime zu etablieren suchte und alle, die nur irgendwie „französischer Anhänglichkeit“ verdächtig

Unabhängigkeits-  
erklärung der Rheinisch-Deutschen  
Republik vom  
18. März 1793.

**DECRET**  
DE LA  
**CONVENTION NATIONALE**  
RHÉNO-GERMANIQUE, ASSEMBLÉE  
À MAYENCE,  
du 21. Mars 1793.

La Convention nationale Rhéno-Germanique réunissant, que ce soit que la république française et à ses armées victorieuses, que l'état menant du pays, situé sur la rive gauche du Rhin, entre Landau et Bingen, soit son indépendance décrétée le 15. Mars 1793, que les lieux de l'unité, de la reconnaissance et des avantages nécessaires invitent les deux Nations à une réunion fraternelle et indissoluble, décrète à l'unanimité.

Que le peuple Rhéno-Germanique libre veut l'incorporation à la république française, et la lui demande, qu'il envoie une Députation, prise dans le sein de la Convention, au nom du Rhéno-Germanique, à l'effet de manifester ce vœu à la Convention nationale de France.

A. J. HOFMANN, Président.

FRANK, SCHLEMMER, Secrétaire.

Au nom du Peuple Souverain réunis aux Municipalités, Anoyes dans leurs Régions se présente Député, de la faire publier et afficher, à Mayence le 22. Mars 1793.

A. J. HOFMANN, Président.

Frank, Schlemmer, Secrétaire.

**Französische Fassung des Konventionsdekretes vom 21. März 1793 zum Anschluss des Freistaats an Frankreich.**



**Das Siegel des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents zeigt die Allegorie der Republik mit Liktorenbündel (Staatsgewalt), Pike (Wehrhaftigkeit) und phrygischer Mütze (Volkssouveränität).**

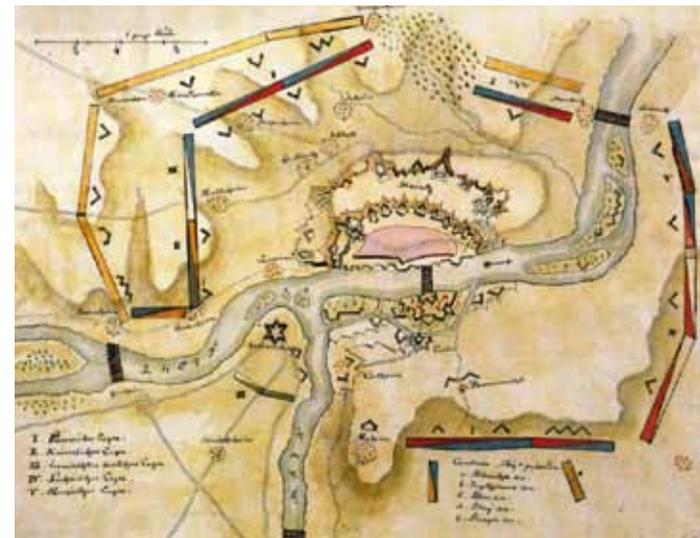
waren, verfolgte, schloss sich der Ring der Preußen, Österreicher, Hessen und Sachsen immer enger um Mainz und die viermonatige Belagerung der Stadt begann. Damit endete die Mainzer Republik im Grunde auch in ihrem Zentrum, denn die neugeschaffenen „rheinisch-deutschen“ Autoritäten traten ganz hinter dem französischen Militär zurück, und das Kriegsgeschehen überlagerte das wenige, was in der belagerten Stadt noch an Politik stattfand.

### Die Belagerung von 1793

Am 30. März 1793 überschritten preußische Truppen unter König Friedrich Wilhelm II. bei Oppenheim den Rhein, stießen zusammen mit Hessen und Sachsen nach Norden vor, kamen am 10. April nach Laubenheim und schlossen von dort über Hechtsheim, Marienborn, Finthen und Mombach einen Ring um Mainz. Rechtsrheinisch waren die Preußen von dem Anfang 1793 eroberten Hochheim sowie von Biebrich an Kastel herangerückt,

das Custine bis Ende 1792 zur Festung hatte ausbauen lassen. Auf beiden Seiten standen die Belagerer aber noch immer etwa vier Kilometer vor der Festung, etwa in Höhe des heutigen Autobahnringes. Zwischen den Fronten hielten die Franzosen wichtige Punkte besetzt: die Mainmündung, Kostheim, Weisenau, die Petersaue, Zahlbach und das Kloster Dalheim. Als die Stadt am 14. April eingeschlossen war, standen 23 000 Franzosen 32 000 Deutsche gegenüber. Dies war angesichts der jetzt ausreichend besetzten und bestückten Festung relativ wenig. Erst im Mai kamen 11 000 Österreicher hinzu, so dass die Belagerer nun doppelt so stark waren wie die Belagerten. Dennoch dauerte es noch vier Wochen, bis die Beschießung begann. Die Preußen versuchten nämlich zunächst, Mainz durch Verhandlungen zu erhalten. Dazu trafen sie sich mehrfach mit französischen Offizieren und Kommissaren, etwa in Hechtsheim am 18. April oder zum „französischen Frühstück“ bei Zahlbach am 17. Mai. Gleichzeitig versuchte man durch Drohbriefe an prominente Jakobiner und an die Pariser Kommissare die Belagerten zu verunsichern. Vergeblich, zumal konkrete Vorbereitungen zu einer wirklichen Belagerung weiter ausblieben: Der preußische König wollte seine Truppen schonen, interessierte sich mehr für die Teilung Polens – und die Frankfurter Bankiers-tochter Bethmann, die ihn in Bodenheim besuch-

**Plan der Belagerung von Mainz 1793. Schematisch eingezeichnet sind die deutschen Truppen, die Mainz eingekreist hatten.**



te. Im preußischen Hauptquartier, dem Marienborner Pfarrhaus, kam es ständig zu Reibereien zwischen dem Befehlshaber links des Rheins, Graf Kalckreuth, und seinem Kollegen Schönfeldt auf der rechten Rheinseite. Zudem gab es ein Hin und Her um die richtige Strategie: So befahl der König Ende Mai erst den Angriff im Gartenfeld, dann aber – als die dazu notwendigen Kanonenboote ausblieben – den von Süden. Dazu musste das Belagerungsgeschütz von Mombach nach Hechtsheim transportiert werden. Vom 16. auf den 17. Juni wurden zwischen Weisenau und Hechtsheim endlich die ersten Gräben („Parallelen“) ausgehoben. In der nächsten Nacht begann die Beschießung, die vor allem das Stadtzentrum traf, das Schlossviertel aber nicht erreichte und den militärisch wichtigen Stephansturm verschonte. Von weither strömten Zuschauer zu diesem „Kriegstheater“, das durch Bilder, Pläne und Schriften geradezu ein Medienereignis wurde. Goethes „Belagerung von Mainz“ ist sicher der literarisch bedeutsamste Bericht, doch lohnen auch andere – wie der des Magister Laukhard – die Lektüre. Gerade er macht deutlich, dass der Kampf um Mainz auch ritterlich geführt wurde, dass es oft Gesten der Menschlichkeit gab.

**Beschießung von Mainz 1793. Kupferstich von Johann Martin Will.**

Freilich: Das schloss erbitterten Nahkampf ebenso wenig aus wie taktische Täuschungsmanöver. Dazu gehörten die Überraschungsausfälle, mit



denen die Franzosen vor allem im April/Mai den Belagerten zusetzten. Neben der Verunsicherung des Gegners war die Beschaffung von Lebens- und Futtermitteln sowie die Erhaltung der eigenen Kampfkraft das Hauptziel. Der spektakulärste Ausfall war jener vom 30./31. Mai gegen das Hauptquartier in Marienborn, der freilich fehlschlug. Seit diesem Misserfolg verlegten sich die Belagerten auf eine defensive Strategie. Dies umso mehr, als deutsche Angriffe, vor allem aber das seit dem 18. Juni immer massiver werdende Bombardement, ihre Situation rasch verschlechterte.

**Beschießung von Mainz und Brand des Domes in der Nacht vom 28./29. Juni 1793. Zeichnung von Johann Georg Schütz.**

Zudem war die Stimmung in der belagerten Stadt äußerst gespannt. Schon deshalb, weil sich hier noch immer 15 000 Zivilisten mit 23 000 Soldaten arrangieren mussten. Vor allem aber hatten die im Februar/März gewählten Zivilgewalten keinerlei Einfluss auf Gang und Dauer der Verteidigung. Darüber entschied einzig und allein der am 2. April gebildete Kriegsrat, dem nur Franzosen angehörten: der noch von Custine als Kommandant eingesetzte altgediente General Ignace d'Oyré, sieben Generäle sowie die Pariser Kommissare. Für sie alle war Mayence eine eroberte



**Abbruch des Freiheitsbaumes in Worms. Nach dem Einmarsch der Preußen mussten die „Klubisten“ (soweit noch in Worms) den Bischofshof, in dem sie getagt hatten, säubern und den davor errichteten Freiheitsbaum selbst umhauen.**

Stadt, deren Bewohnern man kein Mitspracherecht schuldete. Hinzu kamen starke Spannungen zwischen den Institutionen, die von der Mainzer Republik noch übrig geblieben waren: der Administration unter Hofmann und der Munizipalität unter Macké. Während die aus gemäßigten Jakobinern bestehende Stadtverwaltung auf ein rasches Ende der Kampfhandlungen drängte, war die nun auch auf die Stadt beschränkte Administration radikaler, vor allem auf die Ausschaltung jeder Opposition aus. Dem dienten die „Exportationen“, die massenhafte Ausweisung (und Enteignung!), aber auch freiwillige Auswanderung jener Mainzer, die den Eid nicht geleistet hatten. Besonders spektakulär war die von der Administration betriebene Deportation der gesamten Judengemeinde, ausgerechnet am Pessach-Fest. Ebenso die Exportation vom 24. Juni, als 1 500 Mainzer Auswanderer vor Kastel zwischen die Fronten gerieten und erst nach 24 Stunden von den Franzosen wieder eingelassen wurden. Zunehmend gab es Kompetenzstreitigkeiten zwischen Munizipalität und Administration, die schließlich zum Rücktritt Mackés bzw. zur Absetzung der Stadtverwaltung führten.

Und dies just zu einem für die Belagerten sehr kritischen Zeitpunkt: Der aus dem Elsass erwartete Entsatz war ausgeblieben, die Zahl der Toten und Verwundeten nahm sprunghaft zu, die



Lebens- und Futtermittelvorräte schrumpften schnell. Vor allem aber hatten die Deutschen das Bombardement Ende Juni und dann noch einmal Mitte Juli verstärkt. Der Kriegsrat nahm deshalb am 17. Juli Verhandlungen mit den Preußen auf, die schließlich zur Kapitulation vom 23. Juli 1793 führten: Die noch 18 000 Mann starke Garnison erhielt binnen drei Tagen freien Abzug, geriet also nicht in Gefangenschaft; die Verwundeten konnten bzw. mussten noch in Mainz bleiben. Für die von ihrer Armee 1792/93 gemachten Schulden (u. a. die Anleihen für das Belagerungsgeld) mussten d'Oyré und mehrere Offiziere als Geiseln zurückbleiben. Das alles war bitter, doch die Franzosen sahen sich nicht als Verlierer, sondern zogen selbstbewusst ab: Kommissar Merlin mit einem trotzigem „Wir kommen wieder“, und die Soldaten – manche mit einer Mainzerin am Arm – fast triumphierend ihr „revolutionäres Tedeum“, wie Goethe die Marseillaise nannte, singend.

Verzweifelt war dagegen die Lage der 150 deutschen Jakobiner, die im belagerten Mainz ausgehalten und zum Teil die Festung mit verteidigt hatten, z.B. an der „Klubistenschanze“ oberhalb von Zahlbach. Stets hatten die Franzosen beteuert, sie als „fränkische Bürger“ nicht im Stich zu lassen, doch jetzt hing ihr Schick-

**Abzug der Franzosen aus Mainz im Juli 1793. Links unten im Bild: Lynchjustiz an den „Klubisten“. Kupferstich Martin Will.**

sal von einer vagen Geheimabsprache mit den Preußen ab: Alle auswanderungswilligen Jakobiner (ca. 80 an der Zahl) sollten nach Oppenheim gebracht und dort gegen die Ende März von den Franzosen deportierten Mainzer ausgetauscht werden. Doch dazu kam es nicht, weil französische Hardliner es hintertrieben, und einige Jakobiner versuchten, auf eigene Faust mit den Franzosen zu entfliehen. Dies misslang meist, weil gleich nach der Kapitulation jene Mainzer, die 1792/93 „exportiert“ worden waren, an den Ausfallstraßen lagerten um an den „Erzklubisten“ Rache zu nehmen. So kam es am 24./25. Juli vor dem Gau- und dem Münstertor zu schweren Misshandlungen nicht nur der „matadors“ des Klubs, sondern auch weniger bekannten Demokraten. In der noch nicht offiziell übergebenen Stadt wurden bereits „Klubistenhäuser“ geplündert, ihre Bewohner auf die Wache getrieben und von dort auf den Holz-, Fisch- oder Eisenturm gebracht. Es herrschte eine Pogromstimmung, denn jeder, der nur entfernt mit dem Klub in Verbindung gebracht wurde, konnte seines Lebens und seines Eigentums nicht mehr sicher sein. Erst eine scharfe Warnung des preußischen Stadtkommandanten von Wollramsdorf machte der Selbstjustiz ein Ende. Ohnehin war die Bilanz traurig genug: Die Kampfhandlungen forderten insgesamt 5 000 Tote, davon waren 3 000 deutsche, 2 000 französische Soldaten. Unter der Zivilbevölkerung gab es erstaunlich wenig Tote (höchstens 17); die heute oft genannte Zahl von 8 000 gehört ins Reich der Legende. Die Beschießung hatte schwere Zerstörungen angerichtet, vor allem zwischen Höfchen und Thiermarkt; der Dom war bis auf den Westchor schwer beschädigt. Neben den vielen, kaum ersetzbaren Sachwerten gingen Stätten großer Kunst zugrunde, wie die Favorite, die Liebfrauen- und Jesuitenkirche, die Domprobstei sowie etliche Adelshöfe und Bürgerhäuser. Auf Jahrzehnte hinaus waren die Spuren der Beschießung vom Juni/Juli 1793 im Stadtbild zu erkennen.

Schon äußerlich markierten also die Ereignisse von 1792/93 eine Wende in der Stadtgeschichte, ähnlich wie jene von 1462 und 1945. Denn sie hatten zwei gravierende Folgen: Die tausend-



**Freiheitsbaum an der französischen Grenze. Im Hintergrund die Mosel mit Schengen. Die Inschrift auf der Tafel lautet übersetzt: „Vorübergehende, dieses Land ist frei“. Aquarell von Johann Wolfgang von Goethe.**

jährige Herrschaft der Erzbischöfe bzw. Kurfürsten ging sichtlich ihrem Untergang entgegen, und die Stadt verlor ihre bislang prägende Funktion als Residenz. Mainzer Republik und Belagerung von 1793 waren daher der Anfang vom Ende des Alten Mainz. Doch zugleich errang Mainz 1792/1793 wieder nationale Bedeutung, weil es zum Zentrum des ersten und einzigen deutschen Demokratieversuchs während der Französischen Revolution wurde. Wenn auch widersprüchlich, bisweilen nicht gerade „demokratisch“ und letztlich ohne ausreichende Akzeptanz, so war die Mainzer Republik doch ein Vorgang von historischem Rang: zunächst, weil sie am Anfang des schwierigen deutschen Weges zur Demokratie steht und die Mainzer Jakobiner als die erste demokratische Bewegung in Deutschland anzusehen sind. Für das Reich ebenso außerordentlich war jedoch die breite Politisierung der Bürgerschaft, die hier erstmals zur Ausbildung ideologischer Fronten im modernen Sinne führte. In beidem hatte Mainz 1792/93 eine *Vorreiterrolle*. Einen „Normalfall“ stellt die Mainzer Republik dagegen im Rahmen des revolutionären Frankreich dar, das statt selbstloser Befreiung mehr und mehr das eigene nationale Interesse im Auge hatte. Für die Franzosen war die Wiedereroberung von Mainz deshalb nicht nur eine Prestigefrage. Vielmehr legten es schon strategische Gründe nahe, den Rhein zur „natürlichen“ Grenze der Republik und Mayence

zu einer französischen Stadt zu machen. Dieses Ziel rückte freilich nach der Kapitulation von Mainz zunächst in weite Ferne. Die Republik, nun von radikalen Jakobinern unter Robespierre regiert, verzichtete auf Eroberung oder gar Befreiung und widmete sich umso mehr ihren „inneren Feinden“. Die „Schreckensherrschaft“ begann, zu deren ersten Opfern Custine gehörte, der am 28. August 1793 in Paris guillotiniert wurde. Angeblich, weil er Mainz verraten habe, in Wirklichkeit, weil man einen Schuldigen für das militärische Desaster des Sommers 1793 brauchte.

### Nach dem Ende der „Mainzer Republik“

Um Abrechnung mit dem politischen Gegner ging es auch in Mainz. Noch während die Franzosen abzogen, wurden ihre Anhänger – um die sie sich demonstrativ wenig kümmerten – verhaftet. Etwa hundert aktive „Klubisten“ wurden als Geiseln auf die Festungen Königstein und Ehrenbreitstein gebracht; von dort kamen schließlich 39 „matadors“ auf den Petersberg in Erfurt. Ihre Haftbedingungen waren miserabel, obwohl man sie nicht strafrechtlich verfolgte und – nach vielen Verhören – Anfang 1795 nach Frankreich auswandern ließ, um den 1793 deportierten Mainzern die Rückkehr zu ermöglichen. Noch schlechter erging es jenen Mainzer (und auswärtigen) Jakobinern, die am 25. Juli ins Zuchthaus, auf den Holz-, Eisen- oder Fischturm gesteckt worden waren. Dort waren die Verhältnisse so unerträglich, dass es mehrfach zu Meutereien kam und einige starben. Ihre Verhöre waren ebenso willkürlich wie die Strafen, die von Geldbußen über Suspendierung bis zur Ausweisung aus dem Kurstaat reichten. Gerade gemäßigte Jakobiner – wie Macké – traf die Wut der „Aristokraten“ desgleichen jene, die 1792/93 hatten vermitteln wollen. Der Sprecher des Sekundarklerus, Schumann, ist dafür ein Beispiel, der „Gefällverweser“ Lennig, der gleich anfangs den Jakobinern widersprochen hatte, ein anderes. Handwerker, die dem Klub beigetreten waren, wurden auf Betreiben von Kollegen aus ihrer Zunft ausgeschlossen, wodurch sie praktisch ar-

beits- und mittellos waren. Die Regierung musste einschreiten, um wenigstens die unbelasteten bzw. freigelassenen Handwerker zu schützen, was wiederum die Wut der „Treugebliebenen“ hervorrief, die mit solchen „Auswürflingen“ nicht mehr zusammenarbeiten wollten. So grassierten in vielen Gruppen der Mainzer Bevölkerung seit Sommer 1793 Feindschaft, Hass und Verdächtigung.

Das Gefühl der „Befreiung“, das wohl die meisten Mainzer direkt nach dem 23. Juli gehabt hatten, verflog schnell. Auch das Lob auf den preußischen König, der sich auf Münzen und in Lobgedichten als „Befreier“ von Mainz feiern ließ. Ohnehin kam es bald zu Spannungen zwischen den Bürgern und der am 27. Juli zurückgekehrter Regierung unter Albini einerseits und der preußischen Garnison andererseits. Denn wie schon während der Belagerung nahmen die Preußen keine Rücksicht auf die Kurmainzer, sondern behandelten die Stadt wie eine eroberte feindliche Festung. Die Klagen über das „mißfällige Betragen“ ihrer großen Garnison (mit 19 000 Mann immerhin fast so stark wie die wieder angewachsene Bürgerschaft) nahmen kein Ende. Schadenfroh stellte ein kaiserlicher Diplomat Ende 1793 fest, die Preußen seien bei den Mainzern noch unbeliebter als die Franzosen – was bei der „wankelmütigen Denkart der rheinströmischen Völker“ auch gefährlich werden könne. Die Preußen ihrerseits sahen in fast jedem Mainzer einen potentiellen Jakobiner.

Doch von einer Revolution hatte die Masse der Mainzer genug. Sie sehnte sich zurück nach den Zeiten vor 1792 – und sie sehnte ihren Landesherrn herbei. Doch Erthal ließ sich Zeit, in seine ohnehin schwer zerstörte und möglicherweise aufmüpfige Residenz zurückzukehren. Untertänig, ja unterwürfig hatten die Mainzer ihn schon im August darum gebeten, doch erst am 9. September kehrte der Kurfürst „unter unaufhörlichem Vivatjauchzen“ der Bürger nach Mainz zurück. Dabei spannten zwölf Meister der – wie ihr Verhalten 1792/93 bewiesen hatte – ohnehin recht regimetreuen Metzgerzunft die Pferde von Erthals Karosse aus

und zogen den Wagen selbst in die Stadt. Sehr zur Freude der Bürgerschaft, während die Jakobiner darüber spotteten, wie der auf dem Eisernen Turm inhaftierte Kanonikus Falciola: „Jesus zog nach Salem ein, ein Esel durft' ihn tragen / Sein Diener kam nach Mainz herein, zwölf Esel zogen seinen Wagen“. Freilich: Die Satire verhalte im allgemeinen Jubel, mit dem sich die Erwartung verband, Mainz werde nun wieder Residenzstadt, mit all dem Glanz, mit all dem Wohlstand, den es bis 1792 gehabt hatte. Doch die Hoffnung trog: Erthal reiste bereits fünf Tage später wieder ab und kehrte nie mehr zurück. Seine letzten acht Regierungs- und Lebensjahre verbrachte er in der Sommerresidenz Aschaffenburg, das nun die eigentliche Hauptstadt von Kurmainz wurde. Auch der Stiftsadel blieb Mainz fern und überließ seine Mainzer Palais treuen Hausverwaltern, die freilich nicht verhindern konnten, dass sich die preußische Garnison zunehmend ihrer bemächtigte. Deren oft rohe Sitten, vor allem aber die übermäßigen Einquartierungen ließen manche Adelshöfe recht schnell herunterkommen. Daran änderte sich auch nichts, als die Preußen im Frühjahr 1794 Mainz verließen, übrigens ein frühes Vorzeichen für ihr Ausscheiden aus der gegenrevolutionären Koalition, das schließlich im Frieden von Basel (5. April 1795) öffentlich besiegelt wurde. Denn auch die kaiserlichen Truppen, die hier in großer Zahl (zwischen 17 000 und 25 000 Mann) seit Mitte 1794 lagen, gaben der Stadt ein unverkennbar militärisches Gepräge. Dahin waren der Glanz und die kulturelle Blüte einer barocken Haupt- und Residenzstadt, und vielen Zeitgenossen kam es so vor, als sei Mainz jetzt nur noch „eine einzige, große Kaserne“. Diesen Eindruck nahm der hannoversche Gesandte von Hinüber von einem Besuch bei Soemmerring mit, und der Anatom seinerseits ließ Frau und Kinder in Frankfurt, weil er sie in Mainz nicht unter das „Gesindel“ von Militärs lassen wollte. So kam auch das gesellschaftliche Leben, erst recht die kulturelle Kommunikation durch den rapiden Verlust der Residenzfunktion und die enorme Aufwertung als Festung fast zum Erliegen.

## ZEITTADEL ZUR MAINZER REPUBLIK 1792/1793

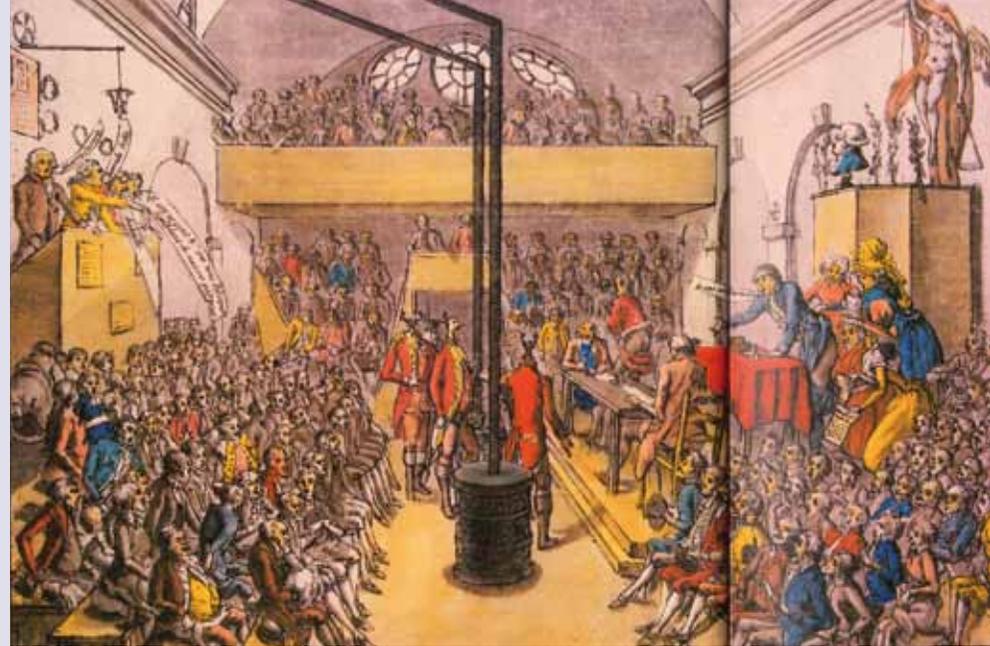
### 1792

- |                  |   |
|------------------|---|
| 20. September    | Kanonade von Valmy, Scheitern der monarchischen Intervention in Frankreich  |
| 30. September    | Überraschungsangriff der Franzosen unter General Adam-Philippe de Custine auf Speyer  |
| 4. Oktober       | Flucht des Mainzer Kurfürsten Friedrich Karl Joseph von Erthal  |
| 21. Oktober      | Besetzung von Mainz durch Revolutions-truppen unter General Adam-Philippe de Custine und Übergabe der Stadt an die Franzosen  |
| 22. Oktober      | Besetzung Frankfurts durch französische Truppen   |
| 23. Oktober      | Gründung des Mainzer Jakobinerklubs   |
| 25. Oktober      | Adam-Philippe de Custine verkündet un- eingeschränktes Selbstbestimmungsrecht, freie Wahl der Regierungsform und Res- pektierung des Mehrheitswillens durch die Franzosen |
| 3. November      | 1. Mainzer Freiheitsbaum auf dem Höfchen  |
| 5. November      | Eintritt Georg Forsters in den Jakobinerklub  |
| 12./13. November | Gründung von Jakobinerklubs in Worms und Speyer   |

18./25. November	Freiheitsbäume in mehreren Mainzer Vororten	10. Februar	Erlass einer Wahlordnung: Wahlrecht nur unter Eidleistung und Privilegienverzicht
19. November	Beschluss des Pariser Konvents, alle ausländischen Revolutionäre zu unterstützen	24. Februar	Wahlen zum Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent; Boycott in Mainz: 8 % Wahlbeteiligung
19./20. November	Einsetzung einer Zivilverwaltung für das besetzte Gebiet und neuer Stadtverwaltungen für Mainz, Worms und Speyer	17. März	Eröffnung des „Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents“ im Mainzer Deutschhaus, der als seinen Präsidenten Andreas Joseph Hofmann und als Vizepräsidenten Georg Forster wählt (ab 25. März Mathias Metternich)
2. Dezember	Rückeroberung Frankfurts durch die Deutschen	18. März	Unabhängigkeitserklärung des „Rheinisch-Deutschen Freistaats“ vom Balkon des Deutschhauses
13. Dezember	Verkündigung des Kriegszustands in Mainz wegen der Nähe der Preußen	21. März	Antrag der Mainzer Deputierten zur Vereinigung mit Frankreich im Pariser Konvent
15. Dezember	Beschluss des Pariser Konvents, in allen besetzten Gebieten die Demokratie, notfalls mit Gewalt, einzuführen. Abkehr vom Selbstbestimmungsrecht und Einführung der französischen Staatsform	30. März	Einstimmige Annahme des Antrags im Pariser Konvent Rückeroberung des linken Rheinufer durch Preußen und Österreicher
19./29. Dezember	Verfassungsumfrage in Mainz und 40 Dörfern: 10% der Mainzer Zunftbürger und 29 Dörfer stimmen für die „fränkische Konstitution“	31. März	Letzte Sitzung des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents in Mainz
<b>1793</b>		14. April	Einschließung von Mainz durch preußisch-österreichische Truppen und Beginn der Belagerung
1. Januar	Ankunft französischer Kommissare in Mainz zur Durchführung des Dekrets vom 15. Dezember	18. Juni	Beschießung der Stadt Mainz
13. Januar	2. Mainzer Freiheitsbaum auf dem Markt		
21. Januar	Hinrichtung des französischen Königs in Paris		

22. Juli Abschluss der Mainzer Kapitulation, die keinen freien Abzug der Jakobiner mit den Franzosen zulässt
23. Juli Kapitulation der Franzosen und Rückeroberung der Stadt durch die preußisch-österreichischen Truppen. Custine wird in Nordfrankreich abgesetzt und verhaftet
24. Juli Abzug der ersten französischen Truppen, Beginn der Klubistenverfolgung
25. Juli Zahlreiche „Klubisten“ werden in und vor Mainz Opfer der Lynchjustiz. 41 Jakobiner werden als Geiseln nach Ehrenbreitstein deportiert. Aufhebung aller revolutionären Behörden durch den Kurfürst
26. Juli Inhaftierte Jakobiner werden in den überfüllten Mainzer Gefängnissen oder auf Königstein verhört. Die Inhaftierten erhalten schwere Strafen
15. August Custine wird vor dem Pariser Revolutionstribunal angeklagt
28. August Hinrichtung Custines
31. August Das Mainzer Vikariat erklärt den Eid auf „Freiheit und Gleichheit“ zu einer schweren Sünde
9. September Rückkehr des Kurfürsten Friedrich Karl Joseph von Erthal nach Mainz

Aus: Dumont, Franz: Die Mainzer Republik von 1792/93. Alzey 21993 und [www.mainzer-republik.de/verlauf](http://www.mainzer-republik.de/verlauf)



## FÜHRENDE JAKOBINER

### FRANZ DUMONT

Als bewußt in Gang gesetzter Prozess wurde die Revolutionierung jedoch auch davon geprägt, wer sie in maßgeblicher Position leitete und durchführte. Die in diesem Sinne „führenden“ Jakobiner sollen hier kurz vorgestellt werden, wobei Wechselbeziehungen zwischen Amt und Person ebenso ins Blickfeld rücken wie gewisse Entscheidungsstrukturen innerhalb dieser Führungsgruppe.

Der wohl einflussreichste Mann zu Beginn der Mainzer Republik war **Georg Wilhelm Böhmer**. Seine große Autorität als Sekretär des französischen Oberbefehlshabers Custine wusste er gezielt für eine politisch verstandene „Aufklärung“ seiner Landsleute einzusetzen. Dieser philosophische Hintergrund des revolutionären Engagements und die konfessionelle Prägung Böhmers verliehen den Proklamationen, die er für Custine entwarf, einen



**Georg Wilhelm Böhmer**  
(1761–1839), Theologe und  
Sekretär Custines,  
Bild aus „Geschichte der  
Familie von Boehmer“.

S. 67: Sitzung eines Jakobiner-  
klubs, unbekannter Ort.

starken antiklerikalen Akzent. Hinzu kam – ebenso wie bei seinem Gönner – ein großer Optimismus hinsichtlich der befreienden Wirkung des Selbstbestimmungsrechts. Darüber hinaus war Böhmer bemüht, die eher rationale Argumentation für die Revolution durch emotionale Agitation zu ergänzen; er gehörte zu den ersten, die die Errichtung von Freiheitsbäumen auf dem Lande systematisch betrieben. Organisatorisches und propagandistisches Geschick bewies Böhmer bei der Errichtung der Klubs in Mainz, Worms und Speyer, die im Wesentlichen sein Werk waren. Im Mainzer Klub trat er vor allem durch den Versuch hervor, die Bürger recht früh durch die Vorlage des „Roten Buches“ zu einer Verfassungsänderung nach französischem Muster festzulegen. Wenn er dabei auch den Rückhalt der Besatzungs-

macht geschickt ausnutzte, so ging Böhmer doch davon aus, dass eine Übernahme der „Fränkischen Konstitution“ freiwillig erfolgen müsse. Das führte gelegentlich zu Meinungsverschiedenheiten mit anderen Jakobinern, vor allem aber mit der Administration, die ohnehin einen Teil der Aktivitäten an sich zog, die Böhmer bislang betrieben hatte. Je mehr Custine im Geschehen der Mainzer Republik in den Hintergrund trat, desto schwächer wurde auch die Position seines Sekretärs. So musste sich Böhmer Ende 1792 mit seiner Funktion als Redakteur der „Mainzer Nationalzeitung“ begnügen, zumal sein Nachrichtenmonopol mit Beginn des neuen Jahres durch Forsters Konkurrenz gebrochen wurde.

Nahm Böhmers Einfluss nach Abschluss der Klubgründungen ab, so gilt für zwei andere „Jakobiner der ersten Stunde“ das Gegenteil, waren sie doch für Stil und Inhalt jakobinischer Politik besonders prägend.



**Georg Wedekind**  
(1761–1831) als französischer  
Militärarzt. Kupferstich  
von Gerhard Reussing,  
1798/99.

Als führender theoretischer Kopf der demokratischen Bewegung von 1792/93 hat **Georg Christian Wedekind** zu gelten. Von ihm stammen allein elf der insgesamt 48 gedruckten Mainzer Klubreden; zudem redigierte er zusammen mit Forster das wichtigste Presseorgan der Mainzer Republik, den „Patriot“. Schon quantitativ war also Wedekinds Anteil an der Formulierung von Programm und Selbstverständnis der Jakobiner – und damit an den Zielvorstellungen für die Revolutionierung – recht hoch. Dies gilt besonders in qualitativer Beziehung. Denn Wedekinds Veröffentlichungen zeichneten sich bei typisch aufklärerischer Diktion durch ein außerordentlich hohes Niveau, vorwiegend sachliche Argumentation und große Verständlichkeit aus – Eigenschaften, die auf eine lange Reflektion und eine geradezu didaktische Intention schließen lassen. Wohl kaum ein anderer Deutscher vertrat damals so klar und eindeutig den Standpunkt der freiheitlichen und repräsentativen Demokratie wie Wedekind, wobei natürlich nicht übersehen werden darf, dass er selbst diese Prinzipien in der Praxis 1792/93, vor allem aber später nicht immer achtete. Jedenfalls verdankte die Mainzer Republik ihm das theoretische Gerüst, mit dem der Zustand nach dem angestrebten Umsturz doch ziemlich präzise umrissen werden konnte. Wedekind gehörte auch deshalb zu den führenden Persönlichkeiten, weil er auf dem Höhepunkt der Wirksamkeit des Klubs dessen Präsident und Mitglied der wichtigsten Ausschüsse war, ganz abgesehen davon, dass er die spektakuläre Errichtung des ersten Mainzer Freiheitsbaumes initiierte.

Vornehmlich aus dem Klub heraus wirkte auch der Mathematikprofessor **Mathias Metternich**. Dank seines frühen Engagements spielte er unter den Mainzer Jakobinern schon bald eine führen-

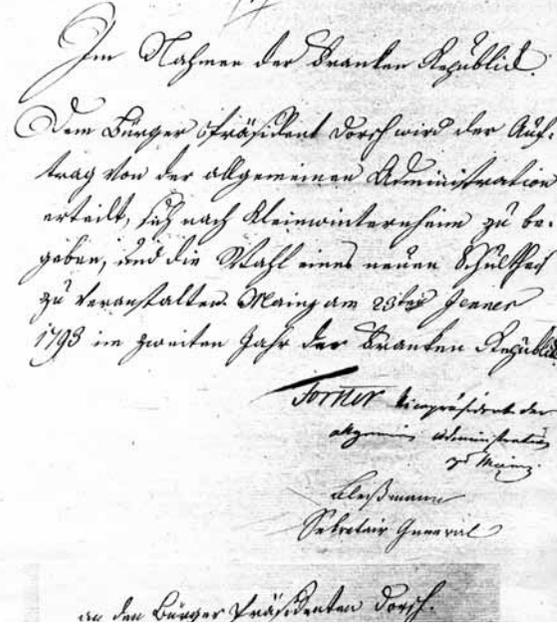


**Mathias Metternich**  
(1747–1825). Ölgemälde  
von Johann Caspar Schneider.

de Rolle: Er wurde erster Vizepräsident des Klubs und später zweimal dessen Präsident; außerdem gehörte er dem einflussreichen Korrespondenz- und Geschäftsordnungsausschuss an. Im Klub trat Metternich mit zahlreichen Wortmeldungen und Anträgen hervor; neben Wedekind lieferte er die meisten der gedruckten Reden. Darin setzte sich Metternich meist sehr scharf mit konservativen Kritikern auseinander und forderte zudem eine stärkere Revolutionierung der Bauern. Die Notwendigkeit solcher Maßnahmen unterstrich er durch persönlichen Einsatz auf dem Lande, so etwa bei der Errichtung von Freiheitsbäumen oder

der Absetzung „reaktionärer“ Beamter. In seiner Wochenschrift „Der Bürgerfreund“ schlug Metternich einen polemischen Ton an; dabei kam es ihm auf eine volksnahe Darstellung der demokratischen Ideologie ebenso an wie auf die Aktivierung bestehender Protestpotentiale. Metternich kann als typischer Agitator bezeichnet werden, der seine Mitbürger dazu drängte, sich rasch und eindeutig auf die Seite des Fortschritts zu stellen und alle Anhänger oder Reste des Ancien Régime rücksichtslos zu bekämpfen. Er gehörte zu den Jakobinern, die dem Mainzer Klub den Charakter einer Avantgarde verleihen, und die das Ziel einer vollständigen Übernahme der „Fränkischen Konstitution“ möglichst bald erreichen wollten; auf derselben Linie lag auch sein Bestreben, die kurpfälzischen Orte in die Revolutionierung einzubeziehen.

Hing die Führungsrolle Metternichs und Wedekinds mit ihrer Stellung im Klub zusammen, so war dies bei **Anton Joseph Dorsch** und Forster anders: Sie wirkten zunächst hauptsächlich von der Administration aus, deren Arbeit und Politik sie fast ausschließlich bestimmten. Allerdings hatte Dorsch's Aufstieg im Klub begonnen: Als Beauftragter der Straßburger „Schwes-



**Anweisung Forsters vom 23. Januar 1793 an Anton Joseph Dorsch, sich nach Klein-Winternheim zu begeben, um dort die Wahl eines neuen Schultheißen durchzuführen.**

tergesellschaft“ gab er der Organisation der Mainzer Jakobiner neue und bessere Formen. Unter seinem Einfluss wurden die Sitzungen in ihrem Verlauf gestrafft, Ausschüsse eingerichtet und die Affiliation mit Paris eingeleitet. Damit erhöhte Dorsch nicht wenig die Schlagkraft des Mainzer Klubs; einen ähnlichen Effekt dürfte auch seine Anwesenheit bei der Gründung der Wormser und Speyerer Gesellschaft gehabt haben. Bei den einheimischen Jakobinern genoss Dorsch zunächst großes Ansehen, brachte er doch praktische Ratschläge, vor allem aber seine Erfahrung als politischer Verfolgter eines Regimes mit, das man gerade stürzen wollte. Dies prägte auch seine wenigen (gedruckten) Reden, in denen er außerdem mit aufklärerischem Pathos die vollständige Abschaffung des Ancien Régime forderte.

Zu besonderer Bedeutung in der Mainzer Republik gelangte Dorsch jedoch erst durch seine Berufung zum Präsidenten der „Allgemeinen Administration“; bereits am Tag seiner Rückkehr nach Mainz hatte Custine ihn für diese Aufgabe gewonnen. Für mehr als vier Monate war Dorsch nun der höchste zivile Repräsentant des französischen Besatzungsgebietes – eine Position, die seinen Neigungen entgegenkam, ihn aber gerade deshalb manchmal überforderte. Seit seinem Amtsantritt am 19. No-



**Georg Forster (1754–1794),  
Vizepräsident  
des Rheinisch-Deutschen  
Nationalkonvents.**

vember 1792 schränkte Dorsch die Mitarbeit im Klub natürlich ein. Dafür gewann er aber direkteren Einfluss auf die praktische Ausgestaltung der Revolutionierung. Als Administrationspräsident erließ er eine Vielzahl von Verordnungen, die dazu dienten, alle amtierenden Behörden auf die demokratische Ideologie festzulegen, gegenrevolutionäre Einflüsse auszuschalten und die Ideen von Freiheit und Gleichheit mit administrativen Mitteln durchzusetzen. Erfolg hatten diese Maßnahmen insofern, als die Rezeption demokratischen Gedankenguts vor allem auf dem Lande seit Mitte November erheblich zunahm. In seiner Amtsführung zeichnete sich Dorsch durch das Bestreben aus, Beamter und Revolutionär in einem zu sein, ohne die dabei auftretenden Spannungen immer bewältigen zu können. Auch das Bemühen, den Franzosen als „Befreier“ Dankbarkeit zu erweisen und gleichzeitig ihre Übergriffe als Besatzungsmacht entschieden abzuwehren, musste zu Komplikationen führen. Als Kenner der Mainzer Verhältnisse konnte Dorsch sich zwar relativ leicht ein-

arbeiten, geriet aber gerade dadurch in unnötige Konflikte mit früheren Kollegen oder Vorgesetzten. Ein weiteres Handicap war das schlechte Image, das der Administrationspräsident als „abgefallener“ Priester besonders bei den Mainzern besaß. All dies verlieh Dorschs Bemühungen um eine „heilsame Revolution im Mainzer Staate“ eine stark persönliche sowie bürokratische und von daher gemäßigte Note.

Anders war die Stellung jenes Mannes, der zum Inbegriff des deutschen Jakobiners wurde: **Georg Forster**. Allerdings macht es die ebenso berühmte wie komplexe Persönlichkeit dieses Gelehrten nicht leicht, seine Rolle im Mainz von 1792/93 exakt zu bestimmen.

Um es vorweg zu nehmen: Forsters Bedeutung für die Mainzer Republik wird gemeinhin überschätzt. Denn er war zwar der bekannteste, nicht aber der von Anfang an führende oder aktivste, und schon gar kein typischer Mainzer Jakobiner. Trotz seiner durch Aufenthalte in Belgien und Frankreich geweckten Sympathien für eine radikale Beseitigung des Ancien Régime hatte Forster sich auch im Herbst 1792 noch keineswegs politisch festgelegt, geschweige denn exponiert. Selbst der Errichtung des Mainzer Jakobinerklubs stand er zunächst ablehnend gegenüber; wenig später glaubte er jedoch, seine Distanz aufgeben und als aufrechter Mann in Krisenzeiten Partei ergreifen zu müssen. Am 5. November 1792 trat Georg Forster deshalb dem Mainzer Klub bei.

Er engagierte sich jetzt – aus politischen und persönlichen Motiven – wie nie zuvor: Bereits zehn Tage nach seinem Eintritt in den Klub hielt er dort seine große Rede über das Verhältnis der Mainzer zu den Franzosen, das klassische Plädoyer für die Errichtung einer Demokratie auf dem linken Rheinufer und dessen Anschluss an Frankreich. Wenig später gewann Forster als Präsident des Korrespondenzausschusses maßgeblichen Einfluss auf die Außenbeziehungen des Klubs, vornehmlich nach Frankreich. Auch seine übrigen Veröffentlichungen in Wedekinds „Patriot“

oder in der von ihm selbst redigierten „Neuen Mainzer Zeitung“ zeichneten sich durch revolutionäres Pathos, große Verständlichkeit und bestechende Konsequenz aus. Ende 1792 wurde Forster zum Klubpräsidenten gewählt; den Vorsitz im zweiten Mainzer Jakobinerklub verdankte er allerdings mehr dem Vertrauen, das die Franzosen in ihn als einen bewährten und fähigen Anhänger setzten.

Die Wertschätzung der Besatzungsmacht hatte ihm auch das Amt eines Vizepräsidenten der Administration verschafft; frühe Kontakte mit Custine sowie sein literarischer Ruhm trugen außerdem dazu bei. Wenn Forster betonte, das Angebot des französischen Generals allein aus Rücksicht auf Eigentum und Wohlergehen seiner Mitbürger angenommen zu haben, so war das nur die eine Seite. Denn nun sah Forster die Chance gekommen, seine theoretischen Einsichten an leitender Stelle in politische Praxis umzusetzen und die einmal getroffene Entscheidung konsequent durchzuhalten „als Republikaner zu leben und zu sterben“.

Mit dieser Haltung ging er an die Arbeit als Stellvertreter Dorschs heran. Dabei bemühte sich Forster nicht bloß um ein reibungsloses Funktionieren der ihm unterstellten Behörden, sondern auch darum, den Wunsch nach Reunion mit Frankreich zu fördern und möglichst rasch zu erfüllen. Gerade dieses Ziel diente seinen persönlichen Ambitionen ebenso wie den – in seinen Augen – „objektiven“ Interessen des Volkes, selbst wenn dieses sie nicht erkannte. Hier wie in vielen anderen Fällen machte sich Forsters Schwanken zwischen absoluter Toleranz und einem gewissen Zwang zur Freiheit deutlich bemerkbar. Mit großem Optimismus erwartete er daher die Ergebnisse der wohl maßgeblich von ihm initiierten Verfassungsumfrage im Dezember, sprach aber gleichzeitig ein vernichtendes Urteil über die politische Unreife der „Befreiten“. In seinem Verhältnis zu den Franzosen befand Forster sich in einem ähnlichen Zwiespalt wie Dorsch: Das Bestreben, nationale Egoismen zugunsten ideologischer Gemeinsamkeiten zurückzustellen, hinderte ihn nicht daran, als Vizepräsident der Administration energisch auf eine Erleichterung der Besatzungs-

lasten zu drängen. Denn ganz zu Recht sah Forster in einem guten Verhältnis von „Occupants“ und „Occupés“ die Voraussetzung dafür, die Mainzer für eine Übernahme der „Fränkischen Konstitution“ zu gewinnen. Mit seinem erstaunlich hohen Einsatz in der Verwaltungsarbeit wollte Forster zudem demonstrieren, dass eine „Revolution“ nicht unbedingt „Anarchie“ heraufbeschwören müsse, sondern mehr als das bisherige System dem einzelnen Bürger diene.

Ebenso wie Dorsch nahm Forster erst seit Anfang November Einfluss auf das Mainzer Geschehen, wobei er in Klub und Verwaltung fast gleichermaßen aktiv war. In der „Allgemeinen Administration“ besaß er zunächst eine gleich starke Position wie der Präsident, konnte diese aber ausbauen, nachdem die Franzosen Anfang 1793 die Lenkung der Mainzer Republik übernommen hatten. Bei der „Munizipalisierung“, erst recht aber im „Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent“ wurde Forster dann zur maßgeblichen Persönlichkeit auf Seiten der einheimischen Jakobiner. Seine Bedeutung in den ersten Monaten der Mainzer Republik lag vor allem darin, dass er mit seinen literarischen und rhetorischen Fähigkeiten vielen Maßnahmen zur Revolutionierung eine weitere Perspektive verlieh als Dorsch dies konnte, wengleich Forster als Vizepräsident der Administration stets darauf bedacht war, der Umwälzung einen eher legalen als spontanen Charakter zu geben. Von nicht geringem Einfluss auf sein Handeln – im November/Dezember 1792 wie im Paris des Jahres 1793 – war die Tatsache, dass Forster in der Revolution einen gewissermaßen moralischen Prozess sah, der durch individuelle und gesellschaftliche „Aufklärung“ vorangetrieben werden musste.

Neben diesen, vor allem von Mainz aus wirkenden Persönlichkeiten sind jene Männer zu erwähnen, die Tempo und Stoßrichtung der Revolutionierung in den Reichsstädten Worms und Speyer sowie deren Umgebung entscheidend bestimmten. Für Worms war dabei das enge Zusammenwirken von Klub und Munizipalität charakteristisch. Beide Organe ergänzten und unterstützten sich

in dem Bemühen, die reichsstädtische durch die *revolutionäre* Demokratie abzulösen und die Bewohner des Fürstbistums von der „Priesterherrschaft“ zu befreien. **Christoph Heinrich Clausius**, früherer Ratsherr und Mitbegründer der „Konstitutionsgesellschaft“, initiierte die erste Verfassungsumfrage der Jakobiner und begleitete die Munizipalbeamten bei der Pflanzung von Freiheitsbäumen aufs Land. Ebenso der reformierte Pfarrer **Philipp Lorenz Endemann**, der bei der Installation der Munizipalitäten von Worms und Speyer demonstrativ die Unterstützung der Jakobiner angeboten hatte. Es verwundert daher nicht, dass der Wormser Maire gerade diesen Geistlichen für geeignet hielt, demokratisches Gedankengut auf dem Land zu verbreiten; und es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Taktik der Revolutionierung, wenn Winkelmann ihn zum Inspektor aller reformierten Pfarreien im Fürstbistum machen wollte mit dem Hinweis, „par cela le chemin lui serait frayé de prêcher la liberté dans tout le pays, ce qui serait son instruction secrète.“

Systemveränderung mit den Mitteln amtlicher Autorität zu betreiben – dies war auch die Absicht von Maire **Winkelmann** und Gemeindeprokurator **Lewer**. Bis zur Einsetzung der vollständigen Munizipalität suchten vor allem diese beiden Männer, den neuen Ideen Geltung zu verschaffen. Das hieß zunächst, sich gegen die Obstruktion des immer noch einflussreichen engeren und weiteren Rates durchzusetzen und das Vertrauen der Bürgerschaft zu gewinnen, die ihnen aus konfessionellen Motiven misstrauisch gegenüberstand. Hatte Winkelmann mit seiner Ernennung zum Maire die Chance erhalten, den ungeliebten Priesterberuf aufzugeben, so konnte Lewer in seiner Funktion als Prokurator seine langjährigen Berufserfahrungen verwerten; gemeinsam waren beiden negative Erlebnisse in der Welt der geistlichen Kleinstaaterei. Eine scharfe Frontstellung gegenüber dem Ancien Régime und eine stark juristische Ausrichtung prägten dann auch die Maßnahmen, die Winkelmann und Lewer als Beitrag zur Revolutionierung in Gang brachten; dabei ging es meist um den Abbau traditioneller Schranken, ganz gleich ob sie sozialer, territorialer

oder konfessioneller Art waren sowie um eine Verwaltungs- und Justizreform in der Reichsstadt und dem Fürstbistum. Sie handelten aber zugleich ganz bewusst als *Jakobiner*, sei es bei der Errichtung von Freiheitsbäumen in den fürstbischöflichen Dörfern, bei der Bekämpfung der „Dreizehner“ oder beim Auftreten in der „Konstitutionsgesellschaft“, zu deren bedingungsloser Unterstützung sie sich verpflichtet fühlten. Wenn Winkelmann bei solchen Aktionen bisweilen etwas maßvoller vorging als Lewer, dann war dies allenfalls ein Unterschied im Temperament, nicht aber in der Gesinnung.

In Speyer wurde die Revolutionierung Ende 1792 allein vom Maire und dem Gemeindeprokurator getragen. Beide waren in der Reichsstadt keine Unbekannten mehr, hatte doch **Karl Ludwig Petersen** hier bereits vierzehn Jahre als Ratskonsulent gewirkt. Schon früh verband dieser Mann juristische Fähigkeiten mit politischen Ambitionen, und im September 1792 gehörte er zu den ersten, die den Franzosen freudig entgegengingen. Sein Wirken in der Mainzer Republik beruhte auf der Überzeugung von der absoluten Richtigkeit und Notwendigkeit der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung sowie auf einer langen Verwaltungserfahrung. In seiner Antrittsrede vom 25. November hob er deshalb hervor, er werde wie gewohnt mit „Rechtschaffenheit, Gradheit und Menschenliebe“ handeln, zugleich jedoch alle „Feinde der Frankenrepublik oder mit anderen Worten: der Freiheit und Gleichheit“ mit einer „unerbittlichen Strenge“ bekämpfen. Er wollte nicht einfach Funktionär der Besatzungsmacht, sondern auch Revolutionär sein – allerdings in einer Position, die es erlaubte, Systemveränderung rasch und wirksam „von oben“ durchzusetzen. Die in und um Speyer durchgeführten Revolutionierungsmaßnahmen zeichneten sich daher durch manch harten Eingriff in bestehende Strukturen aus und erhielten einen stark administrativen Akzent. Durch Verordnungen und Verbote versuchte Petersen, die Ablösung des Ancien Régime in seinem Zuständigkeitsbereich voranzutreiben. Dabei wurde er von dem ebenfalls juristisch ausgebildeten und zunächst

als Beamten tätigen **Friedrich Reissinger** beraten und unterstützt. Man könnte noch viele Persönlichkeiten anführen, die Ende 1792 zur Ausbreitung der demokratischen Ideologie am Rhein beitrugen, oder auf jene wenig bekannten Jakobiner eingehen, deren „stille“ Arbeit der Aktivität der „matadors“ überhaupt erst Breitenwirkung verlieh. Hier ging es vielmehr um die enge *Führungsgruppe*, um jene Einheimischen, die in den ersten Monaten der Mainzer Republik den größten Einfluss besaßen. Obwohl oft schon früher miteinander bekannt und nun in engem Kontakt untereinander stehend, bildeten sie keine straff organisierte Gruppe, sondern wirkten meist selbständig, in einem nach Person und Funktion jeweils verschiedenen Grad an der Revolutionierung mit. Deren konkrete Ausgestaltung hing allerdings nicht wenig von der Zusammensetzung dieses Führungskreises ab. Er bestand fast nur aus Bürgerlichen, doch fehlten Vertreter des Großbürgertums ebenso wie Handwerker oder Bauern. Auffallend war der große Anteil von Männern, die bislang recht hohe Positionen in Staat, Kirche und Wissenschaft bekleidet hatten – ein Anzeichen dafür, dass das Ancien Régime sich auch am Rhein von innen aufzulösen begann. Dabei spielten zwei Berufsgruppen eine besondere Rolle: die Intellektuellen und die Beamten. In der Führungsgruppe dominierten Professoren und Geistliche, die in der systematisch betriebenen Umwälzung weniger einen sozialen oder politischen als einen geistigen Prozess sahen. Für sie war die angestrebte Revolution eine logische Konsequenz der Aufklärung, weshalb sie ihre Mitbürger gerade auf diesem Weg zur Annahme der „Fränkischen Konstitution“ bewegen wollten. Recht groß war auch der Anteil von Beamten aus dem Staats- oder Kirchendienst. Ihre Berufserfahrungen kamen vor allem der Arbeit der neuen Zivilverwaltungen zugute, ihre juristisch-bürokratische Denkweise stellte jedoch nicht selten ein Korrektiv gegenüber rein ideologisch motivierten oder spontanen Bewegungen dar. Die Revolutionierung erhielt somit einen moralisch-aufklärerischen Impetus und in vielen Fällen den Charakter administrativer Maßnahmen.

## „SEIN LEBEN DEM WAHREN WIDMEN“ DAS KURZE LEBEN DES JAKOBINERS ADAM LUX

NACH FRANZ DUMONT

*Franz Dumont widmete Adam Lux eine ausführliche Lebensbeschreibung in dem 2003 im LOGO Verlag, Obernburg a. M., erschienenen Buch „Stefan Zweig, Adam Lux“. Bei der Buchpräsentation hielt er einen vielbeachteten Vortrag über Adam Lux, der hier in stark gekürzter, möglichst am Original orientierter Form wiedergegeben wird. Wegen der Bedeutung des Revolutionärs in Dumonts letzten Arbeiten ist die Lux-Biographie in diesem Heft ausführlicher dargestellt als die anderer Jakobiner.*

**Adam Lux** wurde am 27.12.1765 als erstes Kind eines Bäckers im kurmainzischen Obernburg am Main geboren. Mit 12 Jahren kam er nach Aschaffenburg aufs Gymnasium, anschließend, nicht einmal 17-jährig, als „Landeskind“ an die Mainzer Universität. Hier wollte Kurfürst Karl Joseph von Erthal Mainz zu einer Hochburg der katholischen Aufklärung entwickeln.

So bekam der junge Lux die Philosophie Kants zu hören oder die von Jean-Jacques Rousseau. Er lernte dessen Kulturkritik und das Ideal eines naturnahen Lebens ebenso kennen wie den „Bürgervertrag“ mit dem provokanten Leitsatz „Der Mensch wird frei geboren, doch überall ist er in Ketten“. Lehrer war



**Adam Lux**

der Philosophieprofessor Johann Heinrich Vogt. Die Kernsätze von Lux' Dissertation 1784 lassen aufhorchen, besonders seine These, der politische Enthusiasmus sei die Quelle und der Urheber von Revolutionen.

Bald wird Lux, recht konventionell, Hauslehrer bei den Dumonts, einer der angesehensten Mainzer Familien. Seine Zöglinge verehrten ihn; die Schwester ihrer Mutter, Sabine Reuter, wurde am 7. Mai 1786 Lux' Ehefrau. Das Paar zog auf die östlich von Kostheim gelegene „Donnermühle“, wo drei Töchter geboren wurden.

Von der 1789 ausgebrochenen Französischen Revolution war Adam Lux besonders berührt, weil er viele Gedanken des verehrten Rousseau wiederfand, erst recht, als die Revolution 1792 auf die Konfrontation „Monarchie“ oder „Republik“ zusteuerte: „Ich glaube, dass die Fortsetzung des Krieges eher der französischen Demokratie als den Thronen nützlich sein werde“.

Als französische Truppen Mainz erobert hatten (ebenso auch Kastel und Kostheim), gründeten am 23. Oktober 1792 20 Mainzer den Jakobinerklub, Lux trat ihm wohl Anfang November bei; er war eher im Hintergrund als Mitglied des Korrespondenz Ausschusses tätig. Doch als Jünger Rousseaus kümmerte er sich um den einfachen Landmann, um ihn für eine „Revolution“ nach französischem Vorbild sowie zur „Réunion“ mit Frankreich zu bewegen. Seine revolutionären Aktionen erfolgten in Kostheim, wo auf sein Betreiben am 24.11.1792 ein Freiheitsbaum gepflanzt wurde, nachdem Lux die Kostheimer in die Thematik der Revolution eingeführt hatte. Das alles geschah in der Manier eines Volksfestes.

Adam Lux vereinigte in seiner Person eine seltsame Mischung aus revolutionärer Entschiedenheit und dem Streben nach Ausgleich, auch, als die Franzosen ihren „Despotismus der Freiheit“ praktizierten. Am „Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent“ im

Deutschhaus nahm Lux teil, hier stimmte er am 21. März 1793 für eine „Vereinigung des Rheinisch-Deutschen Freistaates mit der Frankenrepublik“. Adam Lux wurde zu einem der drei Abgeordneten gewählt, die den Réunionsantrag in Paris vorlegen sollten. Am 29. März trafen Forster, der Kaufmann Patocki und Lux in Paris ein, der Konvent nahm die Réunionsbitte an. Einen Tag später wurden Forster und Lux in den Pariser Jakobinerklub aufgenommen, wo sie ein weiteres Mal „Frei leben oder sterben“ schworen.



„Sein Leben dem Wahren widmen.“  
Vignette mit den Lebensdaten von Adam Lux (1765–1793).

Adam Lux sah sich am Ziel seiner Wünsche, doch seiner Begeisterung folgte bald die Ernüchterung: er geriet in die Diktatur der radikalen Jakobiner. Als die Revolution eines ihrer wichtigsten Prinzipien, das der Unverletzlichkeit der Abgeordneten, wegen der Gewalt der Straße verletzte, erwiesen sich seine Ideale von republikanischer Tugend als Illusion. Er sah sich von Grund auf getäuscht und kannte nur eine Konsequenz: Selbstmord.

Forster und führende Girondisten versuchten vergeblich, Lux von einem „Freitod für die Freiheit“ abzubringen. Seine bewusst gestreuten Flugschriften, die die herrschenden Montagnards attackierten, wurden ihm zum Verhängnis, zumal er die Mörderin Marats, Charlotte Corday – er sah sie auf der Guillotine sterben – „größer als Brutus“ einschätzte. Am 22. Juli wurde Lux verhaftet, vier Wochen später kam er vor das Revolutionstribunal. Freunde starteten Rettungsversuche, vergeblich: Lux betonte seine Bereitschaft, für die Freiheit zu sterben. Erst am 4. November verkündete das Revolutionstribunal die Todesstrafe. Um fünf Uhr wurde er zur Guillotine geführt. Forster vermerkte: „Auf das Schafott ist er gesprungen“.

So endete das nicht einmal 28-jährige Leben des Adam Lux. Sein Tod hat Zeitgenossen wie Nachgeborene beschäftigt. Lux maß – in radikaler Gesinnungsethik – seinen eigenen Idealen einen absoluten Geltungsanspruch bei, was im Falle des Scheiterns das Ende der eigenen Existenz nach sich ziehen musste.

Kein anderer Mainzer Jakobiner hat ein solches Schicksal erlitten.

## „DIE MUNTEREN BÄUME DER FREIHEIT“

### DEMOKRATISCHE FESTKULTUR IM FRANZÖSISCHEN MAINZ

#### FRANZ DUMONT

Goethe nannte sie „die munteren Bäume der Freiheit“, die Mainzer Jakobiner sprachen vom „Baum des Lebens“, ihre Gegner von der Wurzel- und Kopflosigkeit des Symbols. Der Freiheitsbaum war ein politisch umfunktionierter Mai- oder Kirchweihbaum, meist ein bis auf den Wipfel entlaubter Fichten-, Pappel- oder Eichenstamm, blau-weiß-rot gestrichen, mit einem Hut oder einer roten (Jakobiner-)Mütze auf der Spitze.

Schon in der Amerikanischen Revolution gab es „liberty trees“, seit 1789 stand in fast jedem französischen Dorf ein „arbre de la liberté“. In Deutschland errichteten Mannheimer Arbeiter am 7. Oktober 1792 den ersten Freiheitsbaum.

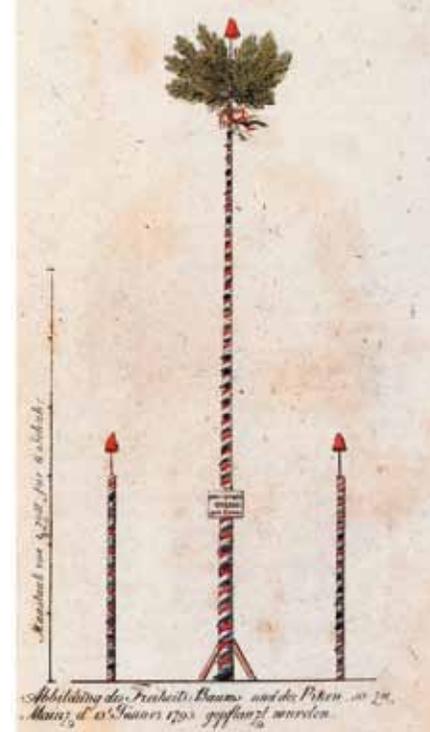
Zur gleichen Zeit stieß eine französische Revolutionsarmee auf Mainz vor, das am 21. Oktober kapitulierte. Zwei Tage später entstand ein Jakobinerklub; er entschloss sich schon bald, das publikumswirksame Symbol für Volksherrschaft, Freiheit und Gleichheit einzusetzen: Am 3. November 1792 brachte ein großer Festzug einen Freiheitsbaum zum Stadtgericht auf das Höfchen. Ganz bewusst mischten sich in den ersten Reihen Angehörige verschiedener Stände und Konfessionen, Mönche und Bürger. Am Höfchen angekommen, zerschlug der Klubpräsident zunächst den Gerichtsstein. Dann wurde der ca. 3 Meter hohe Freiheitsbaum unter den Klängen von Marseillaise und „Ça ira!“ aufgestellt. Nach zwei kurzen politischen Reden ging es wieder zurück ins Schloss, zum Tagungsort der Jakobiner.

Wenig später standen in vielen Dörfern ringsum Freiheitsbäume: in Weisenau, Nackenheim, Laubenheim, Kleinwinterenheim,

Ober- und Nieder-Olm, Finthen, Gonsenheim, Budenheim, Bretzenheim, Zahlbach, Kostheim und Kastel (dort sogar zwei!). Fast immer wurden sie während der Kerb gepflanzt, weshalb Volksfest und politische Aktion oft nicht zu trennen waren.

Ein großes „Freiheitsfest“ fand dann am 13. Januar 1793 auf dem Markt statt, nachdem der erste Baum Ende 1792 nachts geschändet worden war. Jetzt bot man das ganze Arsenal revolutionärer Festkultur auf: einen viel größeren, 21 Meter hohen Baum mit zwei Piken an den Seiten, Schilder mit Parolen wie „Krieg den Tyrannen, Friede den Völkern“, Reden von französischen Militärs und Kommissaren sowie von führenden Jakobinern, Befreiung eines als Sklave verkleideten Tagelöhners von seinen Ketten, schließlich Verbrennung von – aus Pappe angefertigten – „kindischen Unterscheidungszeichen“ von Aristokratie und Monarchie wie Krone, Szepter und Wappen. Mehrere Tausend Menschen sahen – teilweise von den Dächern aus – eine fast perfekte Inszenierung revolutionärer Ideale. Es wurde getanzt und gesungen; immer wieder ertönte die Marseillaise. Aber auch ein revolutionäres, eigens zu diesem Anlass komponiertes „Tedeum der Franken“, und abends war „Freiball“, zu dem jeder Zutritt hatte. Ein echtes Volksfest, so ganz anders als die exklusiven Feierlichkeiten Mitte Juli 1792 in der Favorite, bei dem der europäische Adel ganz unter sich geblieben war.

Mitte Februar 1793 war den Mainzern nicht mehr zum Feiern zumute, denn Franzosen und Jakobiner versuchten jetzt, ihre Ziele – „Revolution“ und Vereinigung mit Frankreich – durch eine „Zwangsbefreiung“ zu erreichen. Wer sich ihr widersetzte, musste Ausweisung und Enteignung befürchten. Der Freiheitsbaum auf dem Markt (und in annähernd 100 Gemeinden der Umgebung) wurde so zum Symbol einer aufgezwungenen Demokratie. Er stand auch nicht mehr lange, denn seit April belagerten die Deutschen Mainz. Am 23. Juli kapitulierten die Franzosen und die alte Ordnung kehrte zurück. Natürlich wollte sie gleich alles tilgen, was an die Demokratie erinnern konnte. Doch gelang es



Der zweite Mainzer Freiheitsbaum wurde auf dem Markt gegenüber dem Haupteingang des Domes errichtet. Bis 1975 markierte ein blau-weiß-roter Stern im Pflaster die genaue Stelle. Heute wird am Fuß der Heunensäule an den Freiheitsbaum erinnert.

der Regierung – die Unruhen befürchtete – nicht, den Freiheitsbaum publikumswirksam abbrechen zu lassen. Klammheimlich ließ sie ihn deshalb nachts wegschaffen.

Am 30. Dezember 1797 zogen die Franzosen wieder in Mainz ein. Jetzt entfaltete sich hier eine republikanische Festkultur: Schon am 7. Januar 1798 stand auf dem Markt ein neuer Freiheitsbaum, ein zweiter auf dem „Freiheits-“ bzw. Schlossplatz. Hier fanden auch die „Nationalfeste“ statt, mit denen sich die Republik selbst feierte: Erstes „Nationalfest“ war der 21. Januar 1798, der 5. Jahrestag der Hinrichtung Ludwigs XVI., zwei Monate später das „Fest der Volkssouveränität“, und am 29. Mai das „Fest der Dankbarkeit“, bei dem übrigens der goldene Kurhut vom Neubrunnen abgenommen wurde, denn jetzt herrschten Bürger, „Citoyens“, über ihresgleichen. Am „Altar des Vaterlandes“ überreichten weiß gekleidete Mädchen französischen Militärs und Kommissaren sowie hohen Beamten „Bürgerkronen“. Nach dem „Fest des Ackerbaues“ auf der 1793 zerstörten Favorite beging man den 14. Juli besonders aufwändig: Die

Peterskirche wurde als „Bastille“ von einem großen Trupp Soldaten „erobert“, am Altar schworen Bürger und Soldaten den Eid „Hass dem Königtum und der Anarchie“. Am 10. August galt dann das Schloss als Tuilerien-Palast und wurde – wie am 10. August 1792 – in einem sehr heftigen Angriff „erstürmt“.

In St. Peter wurde seit Mai 1798 der republikanische Staatskult zelebriert – an jedem „Dekadi“, den Ruhetag der durch den Revolutionskalender eingeführten Zehntageweche. Eine etwas steife Feier, bei der sämtliche in den letzten 10 Tagen erlassenen Gesetze und Verordnungen vorgelesen, radikale und pathetische Reden gehalten sowie „patriotische“ Lieder gesungen wurden. Beim „Dekadenkult“ ehrte man auch eine Allegorie der Republik, auf einem Altar dargestellt von einer „griechisch“ gekleideten Mainzerin: der historische Kern der (übrigens längst widerlegten!) Legende, in St. Peter sei damals die Göttin der Vernunft verehrt worden.

Die Mainzer „Nationalfeste“ von 1792/99 wurden früher belächelt, heute gelten sie als Anfänge einer demokratischen Festkultur in Deutschland. Die Grundlagen der Republik, Volkssouveränität, persönliche Freiheit und rechtliche Gleichstellung aller Bürger standen auch bei ihnen im Mittelpunkt.

Nach Napoleons Machtübernahme (9.11.1799) verschwand der demokratische Charakter der Nationalfeste allmählich; der Dekadenkult wurde Mitte 1801 eingestellt, der Freiheitsbaum verdorrte und der „Freiheitsplatz“ hieß nun „Paradeplatz“. Von den Nationalfesten blieb nur der 14. Juli übrig. Seit 1804 feierte man statt der Republik einen Kaiser, statt Freiheit und Gleichheit für alle Bürger Ruhm und Ehre für „Napoleon den Großen“. Freiheitsbäume gab es hierzulande erst wieder 1832 vor dem Hambacher Fest, doch symbolisierten sie dieselben demokratischen Werte wie die „munteren Bäume der Freiheit von 1792/93“.

## EINE „REVOLUTION“ NACH DER REVOLUTION – DIE FRANZOSENZEIT AUF DEM LINKEN RHEINUFER (1798–1814)

FRANZ DUMONT

Die „Mainzer Republik“ war viel zu kurz, um die Ziele der Franzosen und der deutschen Jakobiner zu realisieren. Dies gelang erst 1798 mit der Annektion des linken Rheinufer, das bis Anfang 1814 zu Frankreich gehörte. Während dieser „Franzosenzeit“ vollzog sich hier eine gründliche Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, wobei den beiden ersten Jahren (1798/99) eine besondere Bedeutung zukommt.

Wie sie bei ihrem Abzug aus Mainz im Juli 1793 geschworen hatten, kehrten die Franzosen schon bald wieder an den Rhein (als „natürliche Grenze“ inzwischen Kriegsziel der Republik) zurück: Seit Anfang 1794 waren die mittel- und niederrheinischen Gebiete fest in ihrer Hand, während um die Pfalz (die 1793/94 den berüchtigten „Plünderwinter“ erdulden musste) noch gekämpft wurde, bis Ende 1794 nur noch Mainz als deutscher Brückenkopf übrigblieb. Immer wieder von den Franzosen blockiert, blieb der Befreiungsschlag der Österreicher (Erstürmung der „Mainzer Linien“ am 29.10.1795) ungenutzt, zumal Preußen durch den Frieden von Basel (5.4.1795) aus der gegenrevolutionären Koalition ausgeschieden war. Aber auch Österreich musste gut zwei Jahre später, nach Siegen von Napoleon Bonaparte in Oberitalien, im Frieden von Campo Formio (17.10.1797) die Abtretung des linken Rheinufer an Frankreich zugestehen. Mit dem Einzug französischer Truppen in Mainz am 30.12.1797 wurde diese (Geheim-)Absprache umgesetzt.

Nun begann auf dem linken Rheinufer zwischen dem Elsass und Holland eine Zeit tiefgreifender Wandlungen in allen Lebensbereichen. Sie kann als „*Revolution*“ nach der Revolution bezeich-

net werden. Denn gemessen an der Chronologie der Ereignisse im Nachbarland, fanden diese Veränderungen am Rhein gegen Ende bzw. nach der Französischen Revolution statt. Zudem waren sie keine „echte“ Revolution im Sinne eines (gewaltsamen) Umsturzes „von unten“, sondern eher eine „Revolution von oben“, freilich mit gewaltiger Wirkung. Nicht der Weg, wohl aber die Wirkung war revolutionär. Und sie war fast ganz abgeschlossen, als Napoleon Ende 1799 die Macht übernahm.

Geleitet wurde diese „Revolution“ nach der Revolution zunächst von Franz Joseph Rudler (1757–1837), einem elsässischen Juristen, der als „Generalkommissar“ für die neuen Gebiete am Rhein seit Anfang 1798 in Mainz wirkte. Bereits am 23.1.1798 schuf er eine neue Verwaltungsgliederung: Statt 150 verschiedener Herrschaftsbereiche (nur wenige waren echte „Staaten“ gewesen), gab es auf dem linken Rheinufer nun vier französische Departements, deren Grenzen oft alte Territorien zerschnitten: Im Norden das (bevölkerungsreichste) Departement Roer mit der Hauptstadt Aachen, in der Mitte die Departements Saar (Trier) und Rhein-und-Mosel (Koblenz), im Süden das Departement Donnersberg mit der Hauptstadt Mainz; die westliche Eifel gehörte zum Departement der Wälder (Luxemburg), die Südpfalz zum Departement Bas-Rhin (Unterelsass). Die Kantone (Grundlage der späteren Kreise) waren die mittlere, die Communes (Gemeinden) die unterste Verwaltungseinheit. Viele der von Rudler eingesetzten Kantons- und Munizipalitätsbeamten hatten schon unter den Fürsten gedient, doch waren auch etliche „Patrioten“ von 1792/93 darunter; besonders in den fünfköpfigen Zentralverwaltungen der Departements, in denen – neben zwei Franzosen – meist Mainzer Jakobiner oder Cisrhenanen saßen. Auffallend hoch war der Anteil der „Patrioten“ in der ebenfalls vollständig erneuerten Justiz. In ihrem Aufbau streng dem Verwaltungsaufbau angepasst, waren Trennung von der Exekutive (Gewaltenteilung!), strikte Einheitlichkeit und vor allem Öffentlichkeit der Prozesse ihre wichtigsten Merkmale. Am meisten wog aber die neue Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, d.h. die Auf-



**Errichtung eines  
Freiheitsbaumes vor  
dem Speyerer Dom  
am 21. März 1798.  
Radierung von Johann  
Ruland.**

hebung der Ständeordnung und der zahlreichen Sondergerichtsbarkeiten. Neu und fremdartig war auch die Einführung des Revolutionskalenders mit seinen anderen Jahres- und Monatsanfängen sowie mit der Zehntageweche; bis zu seiner Abschaffung (Ende 1805) stieß er gerade am Rhein immer wieder auf offenen oder versteckten Widerstand. Sein Ziel der „Entchristlichung“ der Gesellschaft hat er nicht erreicht. Ebenso wenig gelang das durch die neuen Zivilstandsgesetze, die den Kirchen die Registrierung der wichtigsten Lebensdaten (Geburt, Heirat, Tod) entzogen und zugleich die Ehescheidung ermöglichte, von der jedoch wenig Gebrauch gemacht wurde. Neu und damit fremdartig war zudem die französische Einheits-Währung, ebenso die Einheitlichkeit von Maßen und Gewichten bzw. das Dezimalsystem. Neu (und mühsam!) auch die Integration in den republikanischen Einheitsstaat, die in einem – oft überspitzten – Zentralismus der Verwaltungsvorgänge zum Ausdruck kam; nicht selten wurde in Paris entschieden, ob zwischen zwei rheinischen Dörfern eine Straße mit oder ohne Bäume angelegt wurde! Für die Wirtschaft entscheidend waren Rudlers Verordnungen und Aufrufe vom Frühjahr 1798: Aufhebung der Zünfte, Einführung der Gewerbefreiheit und Verteilung der (rasch steigenden) Steuerlasten auf alle

Gruppen der Bevölkerung. Für die Bauern entscheidend war der Erlass vom 26.3.1798, der das Ende aller „Feudalrechte“, also der Natural- bzw. Geldabgaben und der (Fron-)Dienste verfügte.

Das waren Ansätze zur Bauernbefreiung, die jedoch (noch) nicht ganz durchgeführt wurde, weil – wie man in Paris argumentierte – das (bloß annektierte) linke Rheinufer noch nicht „endgültig“ zu Frankreich gehöre. Deshalb wurden auch nur Teile der französischen Verfassung (von 1795) in Kraft gesetzt, denn man wollte den Rheinländern die (ohnehin eingeschränkten) Mitwirkungsrechte – besonders die Wahl von Beamten – nicht zugestehen, um die reibungslose Durchsetzung der „Revolution“ nicht zu gefährden. So hatten die Rheinländer mit der Annektion von 1797/98 zwar die Gleichheit, nicht aber die Freiheit bekommen, es sei denn, man reduzierte diese auf Gewerbe- und Glaubensfreiheit. Damit die Rheinländer nun alle Rechte eines französischen Bürgers genießen könnten, müssten sie – so hieß es in Paris – sich feierlich für eine „definitive Vereinigung“ mit der Republik entscheiden. Zugleich wollte Frankreich damit auf dem Rastatter Kongreß (1797–99) seiner Forderung nach der „natürlichen“ Rheingrenze eine demokratische Legitimation verschaffen. Vor allem diesem Ziel diente die von Rudler im März 1798 initiierte Kampagne der Reunionsadressen, die in den vier neuen Departements zur Unterzeichnung ausgelegt wurden, begleitet durch die flächendeckende Errichtung von Freiheitsbäumen. Fast immer sprachen die Texte von heißem Verlangen nach der endgültigen Reunion und nach allen Rechten eines „fränkischen Bürgers“. Während viele Unterzeichner darin wohl mehr eine Huldigung an die neue (wenn auch „revolutionäre“) Obrigkeit sahen, stand eine (bisweilen recht große) Minderheit voll hinter dem Wortlaut; besonders die „Patrioten“, die Jakobiner oder Cisrhenanen von 1792/97, in vielen Fällen selbst Verfasser der Adressen. Bemerkenswert ist auch, dass von den insgesamt 55 000 Unterschriften allein 31 000 aus dem Donnersbergsdepartement kamen, obwohl es keineswegs das bevölkerungsreichste war. Das zeigt deutlich, wie sehr Rheinhessen und die Pfalz in-



folgte der „Mainzer Republik“ von revolutionärem Gedankengut durchdrungen waren; zudem wirkten hier mehr als am Mittel- und Niederrhein „Patrioten“ in Verwaltung und Justiz mit.

**Bekanntmachung des Departements Donnersbergs über die Veräußerung von „Nationaleigentum“ in Worms.**

Das änderte sich erst 1800, als die napoleonische Verwaltungsreform alle kollegialen Behörden (wie die Zentral- und Kantonsverwaltungen) abschaffte und sie durch das streng zentralistisch-hierarchische „Präfektursystem“ ersetzte. An die Spitze des Departements trat ein „Präfekt“, an die der Gemeinde ein „Maire“, beide letztlich bloße Befehlsempfänger des Ersten Konsuls bzw. Kaisers in Paris. Von Selbstverwaltung oder Mitbestimmung war keine Rede mehr, denn die Konsultatsverfassung von 1801 kannte kaum mehr demokratische Rechte; Beamte und Richter wurden ernannt, nicht gewählt. So bekamen die Rheinländer die Freiheit auch dann nicht, als sie – aufgrund des Friedens von Lunéville (9.2.1801) – im September 1802 „endgültig“ französische Bürger wurden.

Dass die Akzeptanz der „Revolution“ nach der Revolution seit 1802 doch sprunghaft anstieg, hing vor allem mit Napoleons Kirchenpolitik zusammen, mit seinem Bemühen, Religion und Revolution miteinander auszusöhnen. So gab er die laizistische



nicht das Horrorszenario, das manche Kritiker entwerfen, indem sie nur das Negative von Januar bis Juli 1793 hervorheben. Die erfolgreicherer Anfänge (Oktober bis Dezember 1792) bleiben außen vor, wodurch das Gesamtbild natürlich dunkler wird. Hier nur einige Beispiele.

Die Franzosen praktizierten zum Erstaunen der Zeitgenossen anfangs eine sehr „volksfreundliche“ Besatzungsherrschaft, hielten „gute Mannszucht“, belasteten nur Adel und Klerus mit Kriegsteuern und boten den Bürgern die freie Wahl der Regierungsform an. Ende 1792 war allerdings vieles anders: Die „Neufranken“ wurden immer mehr zu normalen Besatzern, die auch das Volk belasteten. Frankreich gab das Selbstbestimmungsrecht auf und führte nun mit – oft erzwungener – Eidleistung und Wahlen den „Despotismus der Freiheit“ ein. Ziel der Franzosen war die Proklamation einer Rheinisch-Deutschen Republik, die sich sofort Frankreich anschließen sollte. Dem stimmten die Mainzer Jakobiner aufgrund ihres Verfassungspatriotismus („Freiheit vor Einheit!“) zu. Dies als „Separatismus“ zu bezeichnen, ist sehr vereinfachend und letztlich irreführend. Ähnlich die Behauptung, die Mainzer Republik sei nur das Ergebnis französischer Expansionspolitik, ein „Besatzungschild“, das man nicht zu beachten brauche. Da schwingt ein Unterton mit, den man – nach mehr als 50 Jahren deutsch-französischer Verständigung – nicht erwartet hätte. Schon gar nicht in Rheinland-Pfalz, das nur existiert, weil ein französischer General 1946 den Befehl dazu gab.

Fragwürdig auch die Einwände gegen den Mainzer Jakobinerklub, meist ebenso alt wie die Sache selbst. Etwa die Zahl von 492 Mitgliedern unter mehr als 21 000 Mainzern. Waren die „Klubisten“ deshalb ein unbedeutendes (Rand-)Grüppchen? Keineswegs, denn als Maßstab muss der Anteil an den zum Eintritt berechtigten (männlichen) Erwachsenen gelten. Er machte beim Mainzer Klub etwa sechs Prozent aus – ein Wert, den keine der heute im Stadtrat vertretenen Parteien erreicht. Für eine beachtliche Resonanz sprechen auch die vielen Besucher der Klubsit-

zungen im Schloss und später im Komödienhaus. Bei Errichtung des zweiten Freiheitsbaums auf dem Markt sollen 10 000 Mainzer zugeschaut haben. Auch wenn das nicht exakt zu belegen ist, verbietet es sich, nur von „wenigen Jakobinern“ zu sprechen. Auch die 1 500 Unterschriften im „Roten Buch“ für die „Französische Konstitution“ zeigen, dass die Klubisten sozial nicht so isoliert waren, wie oft behauptet. Sie waren eben keine „Clique landfremder Intellektueller“, wenn auch die Führung eindeutig bei Beamten, Professoren und Studenten lag. Selbst auf den Dörfern – zum Beispiel im Rheingau, um Wöllstein und in der Pfalz – gab es „Landjakobiner“, die manchmal radikaler waren als die städtischen.

Beim Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent (17. bis 31. März 1793) ist es natürlich problematisch, von einer „demokratisch“ oder „frei gewählten“ Volksvertretung zu sprechen. Dennoch ist diese im Deutschhaus tagende Versammlung für unsere Demokratiegeschichte wichtig, denn sie war das erste, nach allgemeinem Wahlrecht gewählte Parlament in Deutschland, das einen auf demokratischen Prinzipien (Freiheit, Gleichheit, Volkssouveränität) beruhenden Staat gründete. Alle über 21 Jahre alten Männer – sofern nicht Diener oder Knechte – waren „stimmfähig“ – ein Maß an politischer Partizipation, wie es erst 1848 wieder erreicht wurde. Dieser Fortschritt wurde allerdings durch den bei den Wahlen oft angewandten Zwang fast zunichte gemacht, indem nur die auf ‚Freiheit und Gleichheit‘ Schwörenden wählen durften. Allerdings gab es auch Gemeinden, die völlig freiwillig wählten. Festzuhalten bleibt jedenfalls, dass der Mainzer Nationalkonvent als erstes Parlament in Deutschland einen Herrschafts- und Systemwechsel grundsätzlich von der Zustimmung der Betroffenen beziehungsweise ihrer gewählten Vertreter abhängig machte.

Die vom Nationalkonvent zum Schluss erlassenen Gesetze stellen zweifellos eine Verletzung demokratischer Prinzipien, einschließlich der Menschenrechte, dar. Das soll hier ebenso wenig geleug-

net werden wie die rücksichtslosen Ausweisungen während der von April bis Juli dauernden Belagerung.

Das von vielen geschätzte Goldene Mainz wurde aber nicht – wie noch immer zu hören ist – von französischen Revolutionsoldaten, sondern von Preußen zerstört. Dass die vier Monate der Belagerung eine echte Leidenszeit für alle Mainzer waren, davon hat schon Goethe berichtet; aber auch von der Lynchjustiz vieler Mainzer an den „Klubisten“. Die Pogromstimmung, die angeblich bei der ‚Exportation‘ der ungeschworenen Juden herrschte, gab es nicht, wohl aber gegenüber den nun fast vogelfreien Jakobinern.

Die Mainzer Republik – ein spannendes und zugleich schwieriges Kapitel unserer Stadtgeschichte, oft verklärt, oft verdammt. Sie hatte Mängel und Widersprüche, war ebenso Besatzungsregime wie Demokratieversuch. Für Deutschland war sie einmalig, denn keine andere deutsche Stadt wurde so früh und intensiv von dem aus Westen kommenden Streben nach Bürgerrechten und Demokratie geprägt wie Mainz 1792/93. Die Mainzer Republik sollte deshalb weder historisch entsorgt noch unkritisch bejubelt werden; die Erinnerung an sie ist richtig und notwendig! Deshalb ist auch ein „Platz der Mainzer Republik“ ein Akt historischer Gerechtigkeit.



## NEUN THESEN ZUR MAINZER REPUBLIK

### FRANZÖSISCHER REVOLUTIONSEXPORT UND DEUTSCHER DEMOKRATIEVERSUCH

FRANZ DUMONT

1. Die Mainzer Republik hat ein Doppelgesicht: sie war ein französischer Revolutionsexport und zugleich ein deutscher Demokratieversuch.
2. Grundlage der Mainzer Republik war die französische Besetzung von Mainz, Rheinhessen und der Pfalz; ohne die militärische Expansion des revolutionären Frankreich hätte es den deutschen Demokratieversuch gar nicht gegeben.
3. Frankreichs „expansion révolutionnaire“ hatte von Anfang an zwei Seiten: die der Befreiung und die der Eroberung. Frankreich wollte seinen Nachbarn die Freiheit bringen, ebenso aber seine Grenzen erweitern.

4. Von ihrer neuen Staatsform überzeugt, verkündeten die Franzosen 1792 zunächst das Prinzip der Selbstbestimmung, gaben dieses aber auf, als sich die „Befreiten“ nicht so revolutionär zeigten wie erwartet („Zwangsbefreiung“ 1793).
5. Auf deutscher Seite beweist die Existenz von Jakobinern in den Städten und Dörfern um Mainz, dass die Französische Revolution auch noch in ihrer 2. Phase in allen Schichten Anhänger fand. Die führenden Jakobiner waren allerdings Intellektuelle und Beamte.
6. Widerstand kam in der Mainzer Republik besonders von Zünften, Geistlichen und Großbürgern; Ursachen dafür waren Zufriedenheit mit dem Bestehenden, politische Passivität, Kirchentreue, Nationalismus und Wunsch nach Reformen statt nach Revolution.
7. Als erster deutscher Demokratieversuch scheiterte die Mainzer Republik vor allem an mangelnder Akzeptanz und inneren Widersprüchen (Besatzungsherrschaft, Zwangsbefreiung). Doch die 1793 erreichte Politisierung breiter Schichten war nicht mehr rückgängig zu machen.
8. In der „Franzosenzeit“ (1798–1814) wurden viele Programmpunkte der Mainzer Jakobiner realisiert, allerdings „von oben“. Diese Errungenschaften (u. a. Rechtsgleichheit, Gewerbefreiheit, unabhängige Justiz, Zivilehe) wurden unter der „Restauration“ erfolgreich verteidigt, und Hambacher Fest (1832) sowie 48er Revolution konnten daran anknüpfen.
9. Die Mainzer Republik war stets umstritten: Im Zeitalter des Nationalismus wurde sie in Deutschland verurteilt und von Frankreich vereinnahmt. Die deutsch-französische Aussöhnung (1950er Jahre) und die Demokratiedebatte 1968ff. führten zu einer Aufwertung; zugleich aber wurde sie zum Streitobjekt im Kalten Krieg. Heute wird diskutiert, ob sie ein einmaliger „Ausrutscher“ oder ein aufschlussreicher Testfall für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland war.



## DIE MAINZER REPUBLIK IN DER JÜNGEREN GESCHICHTSKULTUR

DOMINIK KASPER

Über die historische Bedeutung der Mainzer Republik ist in Mainz und überregional viel gestritten worden. Die Kontroverse ist ein wichtiger Teil der historischen Geschichtskultur der Mainzer Republik und wird als Geschichte der Beschäftigung mit den Ereignissen von 1792/93 heute zumeist mit erinnert. Dieser Beitrag möchte zeigen, in welchen Forschungskontexten der Geschichts- und Kulturwissenschaften die Mainzer Republik nach 1993 noch Thema ist und welche Aspekte der Mainzer Republik von 1981 bis heute in Mainz erinnert wurden und werden. In der historischen Wissenschaft gelten die Ereignisse bereits seit 1993 als

Anmerkung der Bearbeiter: Zugunsten des eigentlichen Beitrags musste aus Platzgründen auf den dazugehörigen Beleg- und Anmerkungsapparat verzichtet werden. Die identische, aber mit Anmerkungen versehene Fassung finden Sie online unter: [www.regionalgeschichte.net/bibliothek/texte/aufsaetze/kasper-geschichtskultur-mainzer-republik.html](http://www.regionalgeschichte.net/bibliothek/texte/aufsaetze/kasper-geschichtskultur-mainzer-republik.html)

herausragend detailliert erforscht, eine Leistung, die zu großen Teilen auf das Lebenswerk von Franz Dumont zurück geht. Als Zeugnisse der Erinnerung sollen in diesem Beitrag alle Arten der Beschäftigung mit der Mainzer Republik gelten, einige davon sollen hier beispielhaft vorgestellt werden, auf andere kann nur hingewiesen werden.

Die Mainzer Republik ist im Gegensatz zum 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts längst kein verschmähtes oder stiefmütterlich behandeltes Thema mehr, weder in Forschung und Wissenschaft noch in der Öffentlichkeit. In der Tat wird seit 1980 an der Heunensäule in Mainz an einen Teilaspekt der Mainzer Republik erinnert. 1993 wurde das Jubiläum mit Ausstellungen und einer Festsitzung im Landtag gefeiert. Im selben Jahr erfuhr außerdem ein älteres Monument, das in Erinnerung an den Stationierungsort eines hessischen Regiments während der Belagerung von Mainz 1793 bereits 1858 errichtet wurde, eine Ergänzung um eine Inschriftentafel. 2006 ließ der Landtag eine Informationsstele vor dem Deutschhaus aufstellen, worauf die Ereignisse von 1792/93 zusammenfassend erzählt werden. Hintergrund war die Ausstellung des Stadtarchivs über das Leben Georg Forsters aus Anlass seines 250. Geburtstages, der am 24. November eine Vortragsveranstaltung im Landtag vorausging. Ohne Zweifel mögen die Zeugnisse einer erlebnisorientierten Aufarbeitung des Themas geringer an der Zahl sein, aber auch diese sind in Gestalt von Theaterstücken und Dramen vorhanden. Die meisten Zeugnisse der Geschichtskultur der Mainzer Republik folgen den geschichtskulturellen Leitmustern Geschichte als Nutzen und Geschichte als Bildung.

► Den Auftakt zum Streit um die Mainzer Republik bildete 1976 ein Schlagabtausch in der Allgemeinen Zeitung Mainz zwischen dem Mainzer Kulturdezernenten Dr. Anton Maria Keim und dem Mainzer Professor für Neuere Geschichte, Hermann Weber, über eine Quellenpublikation des DDR-Historikers Heinrich Scheel zur Mainzer Republik. Gegner und Befürworter einer positiven Deu-

tung der Mainzer Republik im Hinblick auf die demokratische Entwicklung in Deutschland begannen einen zum Teil äußerst polemisch geführten Diskurs, der sich heute zwar beruhigt hat, seinerzeit aber zu einer politisch geprägten Lagerbildung führte. Franz Dumont, der bei Hermann Weber als Doktorand zur Mainzer Republik forschte, äußerte sich dabei gegen eine glorifizierende Vereinnahmung der Mainzer Republik als demokratisches Ereignis durch Wissenschaft und Politik. Dagegen stand Heinrich Scheel, der den demokratisch-revolutionären Charakter der Mainzer Republik betonte und die DDR als legitime, demokratische Erbin der „erste[n] bürgerlich-demokratischen Republik auf deutschem Boden“ ansah. Angesichts der Verdammung der Ereignisse von 1792/93 durch die nationalistische Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, in deren Tradition die Geschichtswissenschaft der BRD im Hinblick auf die Beurteilung der Mainzer Republik immer noch stünde, sei man vor allem in der lokalen Mainzer Geschichtsforschung voreingenommen, so der Kern von Scheels Kritik. Vor dem Hintergrund der Existenz von zwei sich ideologisch gegenüberstehenden deutschen Staaten wurde der wissenschaftliche Streit um die Mainzer Republik also in einem schwer aufzulösenden politischen Spannungsfeld geführt. Erst die Wende von 1989/90 löste diese Komponente aus der Diskussion.

Welche Rolle kam und kommt der historischen Deutung und der erinnerungspolitischen Positionierung zur Mainzer Republik von Heinrich Scheel zu? Zweifellos müssen seine Forschungen und Deutungen zu den ‚süddeutschen Jakobinern‘ und zur Mainzer Republik als grundlegend für die Begründung der positiven Deutungstradition der Ereignisse von 1792/93 gelten. Während Dumont sich 1982 gegenüber der Frage, ob man im Zusammenhang mit der Mainzer Republik von einer ‚Demokratie‘ sprechen könne, höchst skeptisch äußerte und schon zu diesem Zeitpunkt für eine Sicht auf die Gesamt Ereignisse von Oktober 1792 bis Juli 1793 plädierte, war für Heinrich Scheel klar, dass es sich bei der Mainzer Republik – er bezog die Bezeichnung hier nur auf den Freistaat von 1793 – um „ein herausragendes Ereignis der

deutschen Geschichte“ handelte, wo „das Neue – die bürgerliche Ordnung – zum erstenmal handgreiflich Gestalt angenommen und demokratische Zeichen gesetzt“ hätte. Damit wurde die Mainzer Republik in seinen Augen zu einem denk- und erinnerungswürdigen Ereignis. Franz Dumont hielt 1993 am ehesten die „freiwillige Revolutionsrezeption von Ende 1792“ für feierungswürdig, weniger die „Institution [den Rheinisch-deutschen Nationalkonvent], deren demokratische Legitimation zumindest fragwürdig ist.“ In den folgenden Jahren hat Franz Dumont seine Position allerdings gewandelt und das demokratische Element der Mainzer Republik ebenfalls stärker betont, bis hin zu der Auffassung, dass die gesamte Mainzer Republik selbst stärker gewürdigt und damit positiv erinnert werden sollte.

Scheel und Dumont hätten ihre wissenschaftlichen Differenzen möglicherweise beilegen können, entgegen des ersten Eindrucks waren sie sich sogar in vielen Punkten einig. Wäre da nicht zum einen der dem marxistischen Geschichtsbild verhaftete Deutungsanspruch Heinrich Scheels gewesen, den er mit Statements wie diesem mehrfach verdeutlichte: „Die Basis für eine objektive und umfassende Würdigung solcher Ereignisse wie der Mainzer Republik ist einzig der proletarische Klassenstandpunkt.“ Zum anderen griff er in seinen Polemiken die fachliche Kompetenz Franz Dumonts auf das Schärfste an. Verschiedene Deutungen von Demokratieverständnis und Massenbasis, die lediglich auf unterschiedlichen Begriffsdefinitionen basierten, wurden von Scheel zum Anlass genommen, Dumonts Position in Rede und Druck als „schrecklicher Galimathias“, „schlicht Unsinn“ und „völlig abstrus“ zu bezeichnen, während er ihm gleichzeitig „grobe Geschichtsfälschung“ und „unlautere Zahlenmanipulation“ vorwarf. In der Schärfe der Vorwürfe mag die Ursache dafür liegen, dass sich Scheel und Dumont trotz gleichzeitiger Archivarbeit in Mainz niemals persönlich ausgesprochen haben. 1993 zollte Scheel seinem vermeintlichen Antipoden jedoch im Nachhinein Respekt. Er halte Dumont für einen ernsthaften Forscher, dessen Veröffentlichungen stets auf guter Quellenkenntnis

beruhten, so Scheel 1993 in einem Interview.

► Wie steht nun die heutige Forschung zur Mainzer Republik? In der Geschichtswissenschaft hat sich heute Franz Dumonts Auffassung durchgesetzt, unter dem Begriff Mainzer Republik „die insgesamt neun Monate französischer Okkupation, in denen sich die Besatzungsmacht zusammen mit ihren deutschen Anhängern bemühte, Mainz und sein linksrheinisches Hinterland zu einer Republik umzugestalten und diese mit Frankreich zu vereinigen“ zu verstehen. Seine neun Thesen haben allgemeine Anerkennung in der Forschung gefunden. Der zentrale Punkt seiner Position ist, dass die Mainzer Republik sowohl ein französisches Expansionsunternehmen als auch ein deutscher Demokratieversuch war. Was in den 1980er Jahren noch bestritten wurde, gilt heute ebenfalls als gesichert: Die Kontinuität auf personell-familiärer Ebene von der Mainzer Republik zum Hambacher Fest von 1832.

Für den im Bereich der französischen Revolutionskultur maßgeblichen Forscher Rolf Reichardt liegt die historische Bedeutung der Mainzer Republik heute in den dort vorzufindenden „Ansätzen einer demokratischen Akkulturation“, die er hauptsächlich an der politischen Soziabilität und der volksnahen Publizistik festmacht. Diese Deutung betont den Versuch der Mainzer Akteure in Klub und Administration, mit erzieherischen Maßnahmen ein Umfeld freiheitlich-demokratischer Kultur zu vermitteln, während gleichzeitig die sozialen Schranken der Ständegesellschaft dem Prinzip der Gleichheit wichen. Ersteres lässt sich an zahlreichen Schriften der Mainzer ‚Jakobiner‘ deutlich machen, während die soziale Zusammensetzung des Mainzer Klubs beispielhaft die zweite These verdeutlicht. Eine Detailuntersuchung der an die Landbevölkerung gerichteten Aufklärungsschriften von Gunter Mahlerwein hat aber Unterschiede zum heute vorherrschenden Verständnis einer auf Dialogpartizipation ausgerichteten Demokratie aufgezeigt, da der „belehrende volksaufklärerische Charakter der Schriften“, der mit der Revolutionierung der Landbevölkerung beauftragten Mainzer ‚Jakobiner‘, eher „eine passive,

nachvollziehende Aufnahme als gewünschte Rezeption“ erkennen lässt, „aber keinesfalls zum Dialog einlädt.“

Die neuere literatur- und kulturgeschichtliche Forschung untersuchte außerdem den Zusammenhang von Sprache und Handlung anhand der Publizistik der Mainzer ‚Jakobiner‘. Dabei erfuh die Mainzer Republik Würdigung, als ein Versuch „eine kritische politische Öffentlichkeit zu installieren und diese, nicht zuletzt mittels persuasiver Sprachverwendung, zu demokratischem Handeln zu motivieren.“ Gleichzeitig wird aber vor „einer einseitigen Vereinnahmung der Mainzer Republik – etwa im Sinne einer Traditionsbildung parlamentarisch-demokratischen Sprechens“ gewarnt. Die Mainzer Republik kann als erste Erprobung demokratischer Öffentlichkeit angesehen werden, muss aber zugleich wiederum als Beispiel für „administrative Sprachregulierung“ gelten, so der Standpunkt des Sprachwissenschaftlers Joachim Herrgen.

Schon seit längerem wurde auf die Heterogenität im Hinblick auf Zusammensetzung und Zielsetzung der zahlreichen in Opposition zum Alten Reich stehenden politischen Gruppen und Individuen des süddeutschen Raumes hingewiesen, sodass der Sammelbegriff ‚Jakobiner‘ einen stark generalisierenden Charakter hat. Die Bezeichnung ‚Jakobiner‘ ist allerdings zeitgenössisch für die revolutionären Akteure und insofern natürlich nicht völlig von der Hand zu weisen. Dass es überhaupt so etwas wie ein breites Phänomen ‚Deutscher Jakobinismus‘ gibt, welches diese Bezeichnung in Anlehnung an Frankreich verdient, wurde in jüngerer Zeit vor dem Hintergrund der Kulturtransferforschung generell bestritten. So unterstellt Anne Cottebrune den deutschen Historikern den Versuch einer Aufwertung deutscher demokratischer Traditionen vor 1848, gleichsam die Schaffung eines Mythos vom deutschen ‚Jakobiner‘, um ein neues Geschichtsbild der deutschen Demokratiegeschichte zu erzeugen. Der Handlungsspielraum der Mainzer Klubmitglieder sei auf politische Aufklärungsarbeit durch revolutionäre Publizistik und die Vorbereitung der

Wahlen zum Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent beschränkt geblieben, während die wichtigen Entscheidungen der französischen Besatzungsmacht oblagen. Daher seien die Ereignisse in Mainz nicht vergleichbar mit der Radikalisierung der Revolutionsanhänger in Frankreich und deren inneren Konflikten, welche dort den Kern der jakobinischen Kultur ausmachten. Gegen eine Umbenennung der deutschen Vertreter in amis de la révolution und damit der deutlichen Abgrenzung von den französischen Jakobinern, wurde wiederum zu Recht eingewandt, dass es beim Kulturtransfer „um die produktive Aneignung und Umformung eines Phänomens in einem neuen Kontext geht und nicht um die vollständige und unveränderte Übertragung oder Implementierung.“

Es bleibt also die Frage, ob französische und deutsche Revolutionäre in ihren Bestrebungen, Tätigkeiten, Zielen und Problemen genügend Gemeinsamkeiten aufweisen, um mit dem gemeinsamen Begriff ‚Jakobiner‘ bezeichnet werden zu können. Diese Fragestellung der Kulturtransferforschung verdeutlicht den Wandel in den Forschungsinteressen der kognitiven Dimension (= Geschichtswissenschaft) der Mainzer Republik in der Geschichtskultur im Hinblick auf ihre prorevolutionären Hauptakteure. Möglicherweise liegt darin auch die Ursache begründet, dass an die Jakobiner als Gruppe in Mainz heute kaum mehr öffentlich erinnert wird, sondern die Institution ‚Nationalkonvent‘ in den Mittelpunkt gerückt wurde.

Gestützt auf Rolf Reichardts Forschungen wird heute auch wieder auf die revolutionäre Eigendynamik der Region geblickt, ohne die Abhängigkeit der Geschehnisse von den militärischen Ereignissen zu verwerfen. Als überholt kann heute die Ansicht gelten, dass es im Linksrheinischen nicht die Spur einer revolutionären Bewegung gegeben hätte. Diese Forschungen konstatierten eine fast ausschließlich revolutionsfeindliche – also nicht nur unpolitische – Haltung der Bevölkerung. Dass die Forschung zur Mainzer Republik insgesamt einen „revolutionären Mythos von

Mainz“ erschaffen hat, ist aber weit übertrieben. Franz Dumont hatte stets auf einem Verständnis der Mainzer Vorgänge als „Revolutionierung“ insistiert, worunter er „die bewußte, geplante und gezielte Beeinflussung einer Gesellschaft (oder ihrer Teile), um eine radikale Systemveränderung zu bewirken“ verstand. Dass es möglich sei, ein geschlossenes Bild der französischen Außenpolitik zur Revolutionszeit zu zeichnen, wurde vor dem Hintergrund der Kontroverse zwischen Dumont und Scheel, der den Charakter der Mainzer Ereignisse als ‚Revolution‘ stärker betonte, generell bestritten. Dieses Eingeständnis der Geschichtswissenschaft hat wohl auch dazu beigetragen, die Kontroverse zu entschärfen und zu dem heute mehrheitlich sachlichen Umgang mit der Mainzer Republik in Wissenschaft und Öffentlichkeit beigetragen.

► Als Ergebnis der Kontroverse zur Mainzer Republik lässt sich im Hinblick auf die (lokale) Geschichtskultur festhalten: Zunächst einmal lieferte sie den Anstoß für eine Reihe von weiteren Forschungen und Publikationen, sodass Franz Dumont bereits 1993 feststellen konnte: „Kein anderer vergleichbarer Abschnitt der Mainzer Geschichte ist mittlerweile so gut erforscht wie jener von Oktober 1792 bis Juli 1793.“ Wir verfügen also heute über ein sehr differenziertes Bild der Mainzer Republik, vor allem die Thesen (siehe S. 95 in diesem Heft) von Franz Dumont sind hier hervorzuheben. Weiterhin wurde eine sozialdemokratisch-linker Traditionslinie der Erinnerung an die Mainzer Republik begründet, die sich über Anton Maria Keim, den Rechtswissenschaftler Axel Azzola, den Mainzer AStA, den Bonner Historiker Klaus Tervooren, den Publizisten Helmut G. Haasis, bis hin zu den Landtagspräsidenten Christoph Grimm und Joachim Mertens ziehen lässt und die sich zunächst gegen die ablehnende Haltung des Mainzer Lehrstuhls, die Mainzer Republik sei kein Teil der demokratischen Geschichte Deutschlands, aussprach und später eine positive Erinnerung an die Ereignisse forcierte. Durch Publikation, Stellungnahmen zur verfassungsrechtlichen Einordnung, Vortragsveranstaltungen, Dokumentationen und Festakte, begleitet

von der regionalen Presse, wurde die Mainzer Republik in der kollektiven Identität der Stadt Mainz integriert.

Eingang in die rheinland-pfälzischen Lehrpläne und Schulbücher hat die Mainzer Republik ebenfalls längst genommen. In den vom Mainzer Rabanus-Maurus-Gymnasium eingereichten Arbeiten zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten waren Themen aus dem Umfeld der Mainzer Republik mehrfach vertreten. Der französischen Zeit in Mainz widmen beide neueren Stadtgeschichten von 1998 und 2010 jeweils einen Artikel, auch in stadtführerartigen Veröffentlichungen wird sie spätestens seit den 1990er Jahren nicht ausgespart. Selbstverständlich reihte sich das Thema in die im letzten Semester an der Uni Mainz angebotene Ringvorlesung zur Stadtgeschichte ein. Die Mainzer Republik ist im World Wide Web vielfach zu finden, eine Reihe der Websites stammen von Anbietern aus Mainz.

Anders als die Geschichtswissenschaft fokussierte der Landtag von Rheinland-Pfalz in seiner Erinnerungsarbeit primär die engere Bedeutung der Mainzer Republik. So zielten sowohl die Festakte zum 200-jährigen Jubiläum von 1993 als auch die diesjährige Veranstaltung, der Schüler- und Jugendwettbewerb 2013 „Mitgedacht – Mitgemacht“ der Landeszentrale für politische Bildung und des Landtags alleine schon wegen der Jubiläumstage auf die Mainzer Republik von 1793, also vorwiegend auf die parlamentarische Zeit der Ereignisse von 1792/93. Die Beschäftigung mit der Mainzer Republik außerhalb der Geschichtswissenschaft setzt also andere Akzente. Der Geschichtskultur ist eigen, dass sie andere Deutungen vollzieht, fiktionale Elemente ergänzt, kontrafaktisch arbeitet, Erkenntnisse selektiv thematisiert, andere unterschlägt. Keineswegs soll aber behauptet werden, dass die Geschichtswissenschaft nicht auch ein Teil der Geschichtskultur wäre. Angesichts ihrer methodischen Vorgehensweise, die in permanenter Reflexion und Diskussion verhandelt wird, beansprucht die Geschichtswissenschaft allerdings die Deutungshoheit über die Vergangenheit. Aber auch innerhalb der professionellen Aus-

einandersetzung mit Geschichte werden konkurrierende Thesen vertreten, es entstehen Kontroversen, die je nach Thema auch in der Öffentlichkeit ausgetragen werden und spätestens dann Historie zum Politikum werden lassen.

Die nachweisbar demokratischen Grundzüge des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents stehen heute im Mittelpunkt der Erinnerung an die Mainzer Republik. Mit einigem Abstand folgen die Wahrnehmung der herausragenden Rolle des berühmten Naturforschers und Mainzer Universitätsbibliothekars Georg Forster sowie die Belagerung von Mainz 1793 als europäisches Medienereignis und Tragödie für die Stadt. Eine Erinnerung an die Opfer von Deportation und Enteignung während der Mainzer Republik oder der Lynchjustiz an den Mainzer ‚Jakobinern‘ nach der Kapitulation der Stadt findet sich außerhalb der Forschungsliteratur allerdings kaum.

Bereits 1981 war eine Ausstellung zu den Mainzer ‚Jakobinern‘ ausgerichtet worden. Die parallel und bewusst als Gegenveranstaltung vom Mainzer AStA organisierte ‚Jakobinerwoche‘ bestand aus mehreren Vorträgen und einer Podiumsdiskussion im Rathaus, die aber weniger als wissenschaftlicher Austausch, denn als politische Positionsbestimmung verlief. Die Wanderausstellung des Goethe-Instituts zur Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution widmete der Mainzer Republik 1989 eine eigene Rubrik und war ebenfalls im Mainzer Rathaus zu sehen. Die Mainzer Republik nahm im Katalog zur Revolutionsausstellung zwanzig Seiten ein, die Exponate auf insgesamt acht Tafeln zeigen.

Seit 1980 gibt es in Mainz ein Denkmal für ein Ereignis vom 13. Januar 1793: Die 1975 auf dem Mainzer Marktplatz aufgestellte Heunensäule bekam zur Einweihung am 27.2.1980 einen künstlerisch gestalteten Bronzesockel. Neben der Karikatur einer Jakobinermütze als fastnachtliche Narrenkappe ist eine Seite der Bronzeumfassung mit einer Inschrift versehen, die verkürzt von



einem Aspekt der Alltagskultur der Mainzer Republik erzählt: „1793 wurde auf diesem Platz der Freiheitsbaum der Mainzer Republik errichtet.“ Darüber findet sich die Darstellung eines Freiheitsbaums, flankiert von den charakteristischen Piken der Sansculotten, in einem bronzenen Wappenschild. Freiheitsbaumerrichtungen gab es nachweislich in ca. 50 Orten, zwei fanden in Mainz statt (siehe S. 83 in diesem Heft). Die Inschrift relativiert daher das Ausmaß dieser Revolutionskultur erheblich, zumal sie auch das – der Überlieferung nach – stark besuchte Freiheitsfest vom 13. Januar, in dessen Raum der Baum errichtet wurde, gänzlich unterschlägt. Allerdings sind Inschrift und Gravur die einzigen, direkten Erinnerungen in Denkmalform an die revolutionäre Agitation der Jakobiner in puncto Festkultur in Mainz.

**Die Heunensäule mit dem Bronzesockel und der an die Errichtung des Freiheitsbaums erinnernde Inschrift sowie die Darstellung der Narrenkappe/Jacobinermütze.**

In das Jahr 1858, dem 65. Jahrestag der Belagerung von Mainz, fällt die Errichtung eines Denkmals am Lagerplatz der 1793 an der Umzingelung der Stadt beteiligten hessen-darmstädtischen Truppen unter der Führung des Landgrafen Ludwig X. Als Stifter tritt der amtierende Großherzog Ludwig III. auf. Der „Denkstein“ steht heute in Mainz-Finthen, abseits am Sertoriusring. Die Vermutung, dass der amtierende Herzog seinen politisch-herrschaftlichen Anspruch auf Mainz und Rheinhessen durch einen öffentlichen Gedenkakt an seinen ruhmreichen Großvater untermauern wollte, liegt nahe. Dieses Monument erinnert aber lediglich an die Kriegsmonate Mai, Juni und Juli, also die rein militärischen Aspekte der Ereignisse von 1793 und ist – im geschichtskulturellen Kontext seiner Entstehungszeit – dem Leitmotiv Geschichte als Nutzen zuzuordnen. Selbst die Erinnerung an die Belagerung geschah zunächst nur indirekt, da es sich primär um ein Ehrenmal für einen militärischen Truppenverband handelt. Erst mit der Modifikation des Denkmals im Jahr 1993 durch die Ergänzung einer weiteren Inschriftentafel wurde es zu einem Monument, das expressis verbis auf die Belagerung Bezug nimmt.

**Das 1858 errichtete Denkmal, das seitdem an die Belagerung von Mainz erinnert ...**

Die Tafel erinnert dabei an mehr als die Belagerung von 1793. Erstens wird der gesamte Zeitraum zwischen den militärischen



Eckpunkten als ‚Mainzer Republik‘ bezeichnet. Der rheinisch-deutsche Freistaat oder dessen Parlament, für welches der Ausdruck Mainzer Republik im öffentlichen Sprachgebrauch und einer Reihe von Darstellungen teils synonym Verwendung findet, wird hier gar nicht erwähnt. Zweitens weist die Inschrift auf den Klub als Kern der Mainzer Republik hin. Drittens relativiert die Thematisierung der französischen Besatzung und der genannte Versuchscharakter die Eigenständigkeit des Klubs, ohne den demokratischen Charakter der Bestrebungen außen vor zu lassen. Durch die Abbildung der Jakobinermütze als Freiheits- und Revolutionssymbol unten links, gegenüber einem französischen Militärhelm als Zeichen der Unterdrückung und Besatzung unten rechts, drückt die Tafel dies auch symbolisch aus. Die Befürworter einer differenzierenden Lesart der Mainzer Republik haben hier somit auch ein Monument erhalten.

**... mit der 1993 geschaffenen und das Monument ergänzenden Inschriftentafel.**

Das Jahr 1993 bildet nicht nur im Hinblick auf die Inschriftentafeln, sondern insgesamt einen Höhepunkt der Beschäftigung mit der Mainzer Republik, was sich an einer Reihe von Ausstellungen, Publikationen, einer festlichen Jubiläumsveranstaltung im rheinland-pfälzischen Landtag und der breiten Rezeption in der regionalen und überregionalen Presse erkennen lässt (siehe hierzu S. 116 in diesem Heft).

Am 18. März 1993 trat der Landtag von Rheinland-Pfalz zu einer festlichen Sitzung zusammen, um an die vor genau zweihundert Jahren am selben Ort geschehenen Ereignisse zu erinnern. In der Sitzung wurde durch den Landtagspräsidenten Christoph Grimm die Wichtigkeit der Partizipation der Bürger und Bürgerinnen am demokratischen Prozess betont, ein Punkt für den die Mainzer Republik gerade nicht uneingeschränkt als Paradebeispiel herhalten kann. Deshalb ist es bemerkenswert, dass sein Schlusswort auf die Ambivalenz von Demokratie als Staatsform verwies, auch wenn die Deutung der Beteiligten, „die für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gelebt haben“ zu Recht von der Geschichtswissenschaft erheblich stärker differenziert wird. Der Bezug zur Gegenwart und der hoffnungsvolle Blick auf die Zukunft der Demokratie als eine Art ‚Schuldigkeit‘ der Erben der Mainzer Republik, die von Grimm eindeutig mit den Bürgern der Bundesrepublik identifiziert wurden, stand für den Landtagspräsidenten im Mittelpunkt der Erinnerung an den Ereignissen von 1792/1793.

Die Bewertung der Mainzer Republik in der politischen Öffentlichkeit von Rheinland-Pfalz fällt spätestens seit der Jubiläumsveranstaltung generell positiv aus, weist aber keine eindeutigen Glorifizierungselemente im Bezug auf die Ereignisse auf, da die Vorgänge kritisch mit der Gegenwart in Kontext gesetzt werden.

► Wie steht es um die Erinnerung an die Anfänge der Demokratie in Deutschland auf nationaler Ebene? Begleitet von pathetischer Musik und Glockenschlägen verkündet der Sprecher der ZDF-Serie „Die Deutschen“ in der Folge „Robert Blum und die Revolution“ den traditionsstiftenden Satz: „Am 18. Mai 1848 schlägt die Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland.“ Die Sendung kann als Zeugnis der Geschichtskultur verstanden werden, die in diesem Fall das gewissermaßen offizielle Geschichtsbild der Demokratiegeschichte in Deutschland widerspiegelt. Ein Blick in die Schulbücher oder die Publikationsverzeichnisse von Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung zeigt:

Im Hinblick auf die demokratische Tradition in Deutschland weist das bundesrepublikanische Geschichtsbild auf das 19. Jahrhundert. Die Anfänge der Demokratiegeschichte in Deutschland werden vorwiegend am Wartburgfest, am Hambacher Fest, dem Vormärz und dem Paulskirchenparlament erzählt und erinnert. Eine Ausnahme jüngerer Datums bildet die Rede des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert zur Bundesversammlung am 18. März 2012, der seine historische Zusammenfassung der freiheitlich-demokratischen Bewegung in Deutschland in einem anderen Kontext beginnt: „Am 18. März 1793 wurde die Mainzer Republik proklamiert. Sie war unter dem Eindruck und unter dem Einfluss der Französischen Revolution der erste radikaldemokratische Versuch deutscher Jakobiner, eine Republik zu gründen.“ Ebenso wie die ZDF-Produktion der Serie „Die Deutschen“ richtet sich das neue Handbuch zur Geschichte des rheinland-pfälzischen Raumes an ein „breites historisch interessiertes“ Publikum, wobei der hier entscheidende Unterschied ist, dass die TV-Sendung bundesweit ausgestrahlt wurde, während das Handbuch „Kreuz – Rad – Löwe“ wohl vorwiegend die rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger ansprechen dürfte. Zum Ursprung der Demokratie in Deutschland ist darin zu lesen, dass Mainz vor den Revolutionen von 1848 und 1918 der einzige Ort in Deutschland war „an dem die Ideale von Freiheit, Gleichheit und Volkssouveränität jedenfalls dem Anspruch nach verwirklicht wurden“ und dort das „erste moderne Parlament auf deutschem Boden“ zusammentrat.

Die auf ein regionales Zielpublikum ausgerichtete Erzählung setzt also im Hinblick auf die demokratische Tradition Deutschlands andere Akzente als die Darstellung in der Sendung „Die Deutschen“, in der die Mainzer Republik in keiner Folge erwähnt wird.

Das Fehlen der Mainzer Republik in einer größeren historischen Darstellung zur Französischen Revolution im Rheinland würde heute von den Rezensenten der Historikerzunft zweifellos als Lücke empfunden. Das Gleiche lässt sich über Darstellungen

der lokalen und regionalen Geschichte von Mainz, Rheinhessen und den linksrheinischen Gebieten sagen. In die allgemeine Geschichtskultur der Bundesrepublik hat die Mainzer Republik allerdings noch nicht vollends Einzug gehalten. Anzeichen, wie die Rede von Norbert Lammert, deuten jedoch darauf hin, dass sich dies in absehbarer Zeit ändern wird.

Als jüngstes Zeugnis der Geschichtskultur muss der neue Platz der Mainzer Republik gelten. Die Platzumbenennung wurde dabei einstimmig vom Stadtrat beschlossen, auch wenn sich der gesamte Prozess über Jahre hinzog, da innerhalb der Stadtratsfraktionen Diskussionsbedarf bestand (siehe S. 120 und 121 in diesem Heft). Nicht nur daran lässt sich erkennen, dass die Kontroverse zu einem festen Bestandteil im lokalen Umgang mit der Mainzer Republik wurde.

Unlängst wurde bei einer Vortragsveranstaltung die Frage gestellt, ob das Deutschhaus, der heutige Sitz des Landtags von Rheinland-Pfalz und Tagungsort des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents, als Erinnerungsort im Sinne des Konzepts der *lieux de memoire* des französischen Historikers Pierre Nora gelten kann. Dabei wurde festgestellt, dass das größte Potential dazu in der Mainzer Republik zu sehen ist, es aber bisher noch kein Erinnerungsort „im Vollsinn dieses Begriffes“ sei. Letzterer wäre erfüllt, wenn es sich um einen Ort der Erinnerung eines nationalen Kollektivs handeln würde. Obwohl sich eine Reihe von Verweisen auf das Deutschhaus als Sitz des Rheinischen Nationalkonvents finden, sind diese natürlich vorwiegend im regionalen Rahmen getätigt worden, vor allem in der Erinnerung an die Mainzer Republik in Ausstellungen und Vorträgen. Allerdings sah der Redner, Prof. Michael Kißener, unter Bezugnahme auf den Festakt von 1993, die Chance gekommen, dass das Deutschhaus nun endlich zu einem Erinnerungsort für die deutsch-französische Geschichte insgesamt werden könne. Zumindest in der lokalen Geschichtskultur ist es heute bereits ein Ort der Erinnerung für den Sitz des ersten Parlaments auf deutschem Boden.



## DIE MAINZER REPUBLIK, DER LANDTAG RHEINLAND-PFALZ UND EIN ERINNERUNGORT FÜR DIE ANFÄNGE DER MODERNEN DEMOKRATIE

HANS-PETER HEXEMER

Am 18. Mai 2011 fand die konstituierende Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz für dessen 16. Wahlperiode statt. Die Sitzung wurde vom Alterspräsidenten Carsten Pörksen mit einer Rede eröffnet, der danach die beiden jüngsten Mitglieder zu schriftführenden Abgeordneten berief. Daran schlossen sich der Namensaufruf der Mitglieder des Landtags und die Wahl des Parlamentspräsidenten an. Das alles vor den Augen der Öffentlichkeit.

So beginnt eine Wahlperiode des Landtags im Deutschhaus heute genau in der gleichen Form wie sie sich schon bei der Konstituierung des ersten Parlaments auf deutschem Boden an gleicher Stelle am 17. März 1793 vollzog. Damals handelte es sich

bei der Eröffnung des Nationalkonvents beim Alterspräsidenten um den 81-jährigen Mainzer Johann Martin Eckel. Er berief die jüngsten Deputierten zu provisorischen Konventssekretären und leitete mit ihnen die Sitzung bis zur Wahl von Andreas Josef Hofmann zum Konventspräsidenten. Und auch dies geschah öffentlich – ein ungeheuer fortschrittlicher Vorgang.

Dieses heute so selbstverständliche und bewusste Anknüpfen an die Mainzer Republik und ihr Parlament war auch für den Landtag nicht von Anfang an selbstverständlich. Bei der Begründung des Landes wurde mehr auf die mittelalterlichen Anknüpfungspunkte Wert gelegt. Weder beim Richtfest für das wiederaufgebaute Deutschhaus am 15. Februar 1951 noch als der Landtag sich am 18. Mai 1951 zum ersten Mal im Deutschhaus konstituierte, wurde auf die Mainzer Republik und deren Verbindung zum Deutschhaus Bezug genommen. Es dauerte Jahrzehnte, bis der Landtag bewusst an diese demokratische Traditionslinie angeknüpft hat.

In verschiedenen historischen Publikationen zur Geschichte des Landes oder des Deutschhauses aus den ersten Jahrzehnten des Landes kamen die Ereignisse bestenfalls am Rande vor. So ist etwa in dem 1961 erschienenen Band von Fritz Arens über das Deutschhaus nur in einer Randbemerkung von der „französischen Revolutionszeit“ die Rede. Das von der Stadt 1962 herausgegebene Buch „Zweitausend Jahre Mainz“ benennt die Entwicklungen, die 1981 erschienene „Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz“ geht dagegen schon ausführlicher auf die Mainzer Republik ein. Der Landtag selbst würdigt in dem 1990 zur 250-Jahrfeier des Deutschhauses veröffentlichten Buch „Die erste Adresse des Landes Rheinland-Pfalz“ erstmals durch die Beiträge von Franz Dumont und Helmut Mathy ausführlicher die Mainzer Republik.

Im Jahre 1993 wird aus Anlass des 200. Jahrestages der Proklamation der Mainzer Republik durch zahlreiche Veranstaltungen an die Entwicklungen der Jahre 1792/93 erinnert. In der



damaligen Einladung heißt es: „Mainzer Republik und Rheinisch-Deutscher Nationalkonvent sind eine Keimzelle der Demokratie in Deutschland. Ihr Jubiläum verpflichtet, sich mit der Entstehung, Geschichte und Tradition der Demokratie in Deutschland zu beschäftigen.“ Zu den Veranstaltungen des Jahres 1993 gehörten Aktivitäten der Stadt und des Landtags. Bei einer Festsitzung im Deutschhaus sprach Professor Alfred Grosser. Dem schloss sich ein Fest für Bürgerinnen und Bürger an, bei dem Lieder und Musik aus der Zeit der Mainzer Republik erklangen sowie Spielszenen die Ereignisse in Erinnerung brachten. Im Rathaus und im Landesmuseum fanden Ausstellungen statt. Zum Jubiläum gab der Landtag einen Sammelband mit vierzig Beiträgen heraus. Zur Ausstellung „Die Publizistik der Jakobiner und ihrer Gegner“ erschien ein Katalog. Seitdem knüpft der Landtag immer wieder bewusst an diese demokratischen Traditionen an, die bereits vor mehr als 200 Jahren aus seinen Mauern verkündet worden waren.

Am 24. November 2004 regt Klaus Harpprecht bei einer Vortragsveranstaltung im Deutschhaus aus Anlass des 250. Geburtstages von Georg Forster an, Georg Forster und der Mainzer Republik etwa mit einem Denkmal auf dem Deutschhausplatz

**Festsitzung 200 Jahre Mainzer Republik am 18. März 1993 mit Ministerpräsident Rudolf Scharping, Landtagspräsident Christoph Grimm und Prof. Alfred Grosser, eingerahmt von dem Sängerduo Hein und Oss Kröher**

zu würdigen. In Überlegungen der Öffentlichkeitsarbeit des Landtags zur Würdigung Georg Forsters und der Mainzer Republik vom 17. Dezember 2004 wird der Gedanke modifiziert und u. a. vorgeschlagen: „Es könnte bei der Stadt angeregt werden, den Deutschhausplatz in ‚Platz der Mainzer Republik‘ umzubenennen“.

Am 15. Mai 2006 erfolgt die Enthüllung der vom Landtag gestifteten Infotafel über das Deutschhaus auf dem Deutschhausplatz im Rahmen des historischen Leitsystems der Stadt Mainz. Auf der Infosteile wird auch auf die Bedeutung Georg Forsters und der Mainzer Republik hingewiesen. Ebenso ist dort das Portrait Georg Forsters abgebildet. Im Text der Infosteile heißt es: „1792–1793: Französische Truppen erobern Mainz und Teile des heutigen Rheinland-Pfalz. Die Mainzer Republik entsteht. Im Deutschhaus tagt der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent, das

erste Parlament auf deutschem Boden, das auf demokratischen Grundsätzen beruht. Zu den bekanntesten Abgeordneten gehört der Weltumsegler, Wissenschaftler

**Enthüllung der Infosteile zur  
Geschichte des Deutschhauses  
am 15. Mai 2006.**



und Schriftsteller Georg Forster. Im Juli 1793 erobern deutsche Truppen Mainz zurück; Ende der Mainzer Republik“.

Die Diskussion um eine Umbenennung des Deutschhausplatzes nimmt im Jahre 2009 Fahrt auf, als der Ortsbeirat Mainz-Altstadt vorschlägt, den Deutschhausplatz und den Ernst-Ludwig-Platz in „Platz der Mainzer Republik“ umzubenennen. Am 25. November 2009 schreibt Landtagspräsident Joachim Mertes Oberbürgermeister Jens Beutel an und unterstützt die Initiative. Zugleich regt er an, dass die Umbenennung auch Ausgangspunkt für die weiterreichende Überlegung sein könne, Georg Forster in diesem Bereich durch ein sichtbares Zeichen, wie etwa mit einem Denkmal zu würdigen. Der Präsident macht sich auch öffentlich für die Umbenennung stark.

Die beiden Initiativen führen im Jahre 2010 zu einem ausführlichen Schriftwechsel zwischen Land und Stadt. Es werden durchaus erwägenswerte Argumente gegen eine schnelle Umbenennung vorgetragen, darunter etwa der laufende städtebauliche Wettbewerb „Deutschhausplatz und Ernst-Ludwig-Platz“ sowie mögliche Widerstände von Anwohnern und Institutionen. Im Jahre 2011 unterstützt auch Ministerpräsident Kurt Beck das Vorhaben des Ortsbeirats Mainz-Altstadt und die Initiative des Landtagspräsidenten zur Umbenennung und teilt der Stadt mit: „... von der Landesregierung wird das Vorhaben grundsätzlich ausdrücklich begrüßt.“ (Schreiben vom 9. August 2011). Im Juli 2011 hatte der Landtagspräsident in einem Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Mainz erneut für die Umbenennung des Deutschhausplatzes und des Ernst-Ludwig-Platzes in „Platz der Mainzer Republik“ plädiert. Das Schreiben geht auch an die Mainzer Kultur- und Baudezernentin Marianne Grosse und wird den Landtagsfraktionen und dem Ministerpräsidenten zur Kenntnis gegeben.

Am 9. August 2011 findet ein Vortrag von Prof. Dr. Michael Kißner im Rahmen der Reihe „Mainzer Erinnerungsorte“ im Landtag



**Vortragsveranstaltung über das Deutschhaus als Erinnerungsort mit Prof. Dr. Michael Kißener (Mitte), Landtagspräsident Joachim Mertes und Prof. Dr. Matthias Schnettger.**

statt zum Thema: „Anfänge der modernen Demokratie in Mainz – das Deutschhaus als Erinnerungsort“. Bei dieser Gelegenheit plädiert der Landtagspräsident öffentlich für die Umbenennung und macht auch

deutlich, dass eine Würdigung der Mainzer Republik im Mainzer Straßenraum „nicht kleinlaut und halbherzig ausfallen“ dürfe. Der Bilderkalender des Landtagspräsidenten für das Jahr 2012 dient mit dazu, das Thema der Mainzer Republik in der Öffentlichkeit bekannter zu machen und zusätzliche Informationen zu geben.

Unterdessen werden kritische Stimmen gegen die Umbenennung in den Mainzer Medien laut. Sie halten die Umbenennung für zu weitgehend oder gar für grundfalsch. Andere bringen ihre Unterstützung zum Ausdruck. Eine öffentliche Diskussion kommt in Gang. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Leserbrief von Dr. Franz Dumont, allgemein anerkannter Experte zum Thema Mainzer Republik, abgedruckt in der AZ am 19. September 2011. Der entscheidende Satz darin lautet: „Dies alles vorausgesetzt, halte ich eine Umbenennung des Deutschhausplatzes für durchaus angebracht“.

Am 20. Oktober 2011 wird seitens der Landtagsverwaltung beim Kulturamt der Stadt Mainz nach dem Stand der Umbenennung

nachgefragt. Dort wird auf die Rückmeldung der am Deutschhausplatz beheimateten Institutionen verwiesen, die eine Umbenennung ablehnen würden.

Wegen der ablehnenden Haltung der Kommunalen Spitzenverbände zur Änderung ihrer Adresse Deutschhausplatz 1 beginnt die Suche nach einem Kompromiss. Die Stadt schlägt dem Landtagspräsidenten nunmehr vor, eine Trennung des gesamten Platzes dahingehend vorzunehmen, dass der Teil des Platzes, der dem Landtag zugeordnet ist, die von ihm unterstützte Bezeichnung „Platz der Mainzer Republik“ trägt, während die Häuser auf der anderen Seite ihre bisherige Bezeichnung „Deutschhausplatz“ beibehalten. Auf diesen Vorschlag geht der Landtagspräsident unter Zurückstellung von Bedenken ein.

In einer gemeinsamen Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Mainz und des Ortsbeirates Mainz-Altstadt am 5. Juni 2012 wird dieser Kompromiss durchaus noch einmal kontrovers diskutiert. Den Kritikern geht er nach wie vor zu weit, den Befürwortern nicht weit genug. Als Kompromiss findet der von einem Arbeitskreis, in dem auch Fachleute mitwirkten, erarbeitete Vorschlag der Verwaltung, den zur Großen Bleiche hin gelegenen Teil künftig „Platz der Mainzer Republik“ zu nennen und für die anderen Bereiche die bisherige Bezeichnung beizubehalten, einstimmige Zustimmung. Der Stadtrat folgt schließlich am 13. Juni 2012 bei drei Enthaltungen einstimmig diesem Votum. Landtagspräsident Mertes begrüßt öffentlich die Entscheidung und kündigt die Umsetzung für den 220. Jahrestag am 18. März 2013 an.

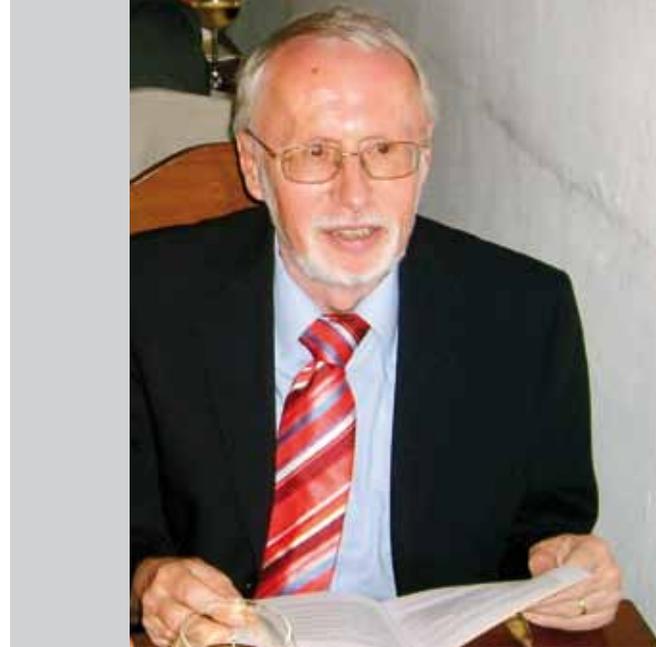
Bereits in der Bundesversammlung am 18. März 2012 zur Wahl von Joachim Gauck, die zufällig auf den 219. Jahrestag der Ausrufung der Mainzer Republik fiel, war Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert auf die Mainzer Republik eingegangen und hatte sie als „den ersten radikaldemokratischen Versuch deutscher Jakobiner eine Republik zu gründen“, gewürdigt. Am 18. März 2013 wird nunmehr in Anwesenheit des Bundestagsprä-

sidenten der offizielle Akt der Umbenennung vollzogen und in einem Festakt daran erinnert werden, dass in Mainz wichtige demokratische Wurzeln Deutschlands liegen.

Im März 2013 lotet zudem eine gemeinsame Ausstellung von Stadtarchiv und Landtag im Deutschhaus mit dem Titel „Der Beginn einer neuen Zeit: Die Mainzer Republik und die Ideen der Demokratie bis 1848“ die Bedeutung des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents und der Mainzer Republik für die Demokratiegeschichte in Deutschland aus. Zahlreiche historische Dokumente, Urkunden, Gemälde u. a. legen von den Spuren der Demokratie Zeugnis ab, die von der Mainzer Republik über die zweite Franzosenzeit und das Hambacher Fest 1832 bis hin zum Frankfurter Paulskirchenparlament 1848/49 ausgestrahlt haben.

Zur Erinnerung an die Anfänge der Demokratie wird der Landtag Rheinland-Pfalz weiterhin seinen Beitrag ebenso leisten wie zur Diskussion und Entscheidung aktueller politischer Fragen. Demokratie und frei gewählte Parlamente sind uns heute eine Selbstverständlichkeit. Aber sie mussten erkämpft werden und sie können nur bewahrt werden durch aktive Bürgerinnen und Bürger. Mut und Optimismus gehörten vor 220 Jahren dazu, sich für die freie Selbstbestimmung des Volkes einzusetzen. Die Ideen von damals tragen unser politisches System bis in die Gegenwart mit und stehen symbolhaft für den Beginn einer neuen Zeit.

Worum es allerdings heute gehen muss, hat Landtagspräsident Christoph Grimm bei der Festsitzung im Jahre 1993 zutreffend dargelegt: „Wir wissen, es gibt keine vollkommene Staatsform. Deswegen wird es auch keine vollkommene Demokratie geben. Sie wäre wahrscheinlich sogar nicht einmal wünschenswert; denn sie ist utopisch und trägt wohl auch den Kern der Unfreiheit in sich. Aber, in Gang halten wollen wir sie und, wo es erforderlich ist, verbessern. Dies schulden wir den Frauen und Männern der Mainzer Republik, die für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gelebt haben. Dies schulden wir allerdings auch uns selbst.“



## DR. FRANZ DUMONT: EIN FORSCHERLEBEN FÜR DIE MAINZER REPUBLIK

FERDINAND SCHERF

### 1.

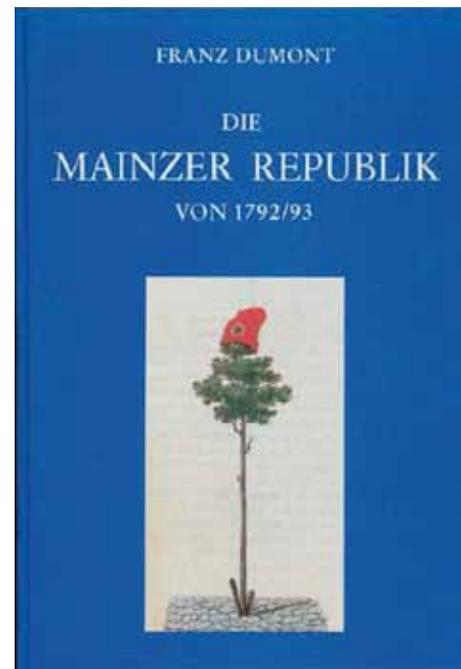
Keines der vielen Themen, die Franz Dumont bearbeitete, hat ihn so lange und so intensiv beschäftigt, ja, immer wieder herausgefordert wie die Mainzer Republik 1792/93 und die „Zweite Franzosenzeit“ von Ende 1797 bis 1814 mit ihren herausragenden Persönlichkeiten. Noch kurz vor seinem Tode verfasste Dumont Gliederung und einleitendes Kapitel zu einer Veröffentlichung, die er als persönliche Bestandsaufnahme zum Thema Mainzer Republik verstanden wissen wollte. Anlass war die für den 18. März 2013 terminierte Umbenennung des Platzes vor dem rheinland-pfälzischen Landtag in „Platz der Mainzer Republik“. Dazu ist es nicht mehr gekommen.

## 2.

Schon als Oberstufenschüler des Mainzer Rabanus-Maurus-Gymnasiums beschäftigte sich Franz Dumont auf Empfehlung seines Geschichtslehrers mit der Mainzer Geschichte des späten 18. Jahrhunderts einschließlich der „Klubistenzeit“. Diese Facharbeit führte ihn nach eigenem Bekunden Jahre später zur Wahl des von Prof. Hermann Weber betreuten Dissertationsthemas „Mainzer Republik“. Jahrelange Archivarbeiten am Stadtarchiv Mainz sowie Archivreisen folgten, u. a. nach Paris und in die damalige DDR nach Lübben. Sie prägten Dumonts Arbeitsweise als Historiker nachhaltig: Grundlage aller Erkenntnis ist die historische Quelle; keine qualifizierte Aussage kann ohne das Fundament der Quelle erfolgen; sie bedarf einer kritischen Analyse und multiperspektivischer Einordnung. So ist Dumonts stets differenzierte, ohne Polemik und Aufgeregtheit geleistete Forschungsarbeit zu erklären.

Die Arbeit im Pariser Nationalarchiv vermittelte dem Mainzer Historiker zudem einen europaweiten Blick auf die Zeit des Ancien Régime, der Revolution sowie der napoleonischen Zeit. Folgerichtig wurde ihm die Ehre zuteil, auf dem Weltkongress der Revolutionshistoriker anlässlich des Bicentenaire de la Révolution im Juli 1989 in Paris/Sorbonne vorzutragen. Europaweite wissenschaftliche Kontakte waren entstanden.

Doch Mainz blieb Dumonts wichtigster Arbeitsplatz, hier vermittelte er sein Wissen und seine jeweils neuesten Forschungen bei Ausstellungsvorbereitungen (1981, 1989, 1993), Vorträgen im Landtag, in der Universität, im Mainzer Altertumsverein, in auswärtigen Geschichtsvereinen und in Schulen. In seinen Arbeiten waren ihm Hermann Weber und Helmut Mathy wichtige wissenschaftliche Partner. Heftigen, z. T. in rüdem Ton vorgetragenen Kontroversen besonders von der zweiten Hälfte der 1970er bis Anfang der 1990er Jahre über die Beurteilung der Mainzer Republik wich Franz Dumont nicht aus; zuletzt von ihm in der Mainzer Zeitschrift 2011/2012 (S.295 f.) dargestellt. Dabei wurde er nie



**Titelseite der 546 Seiten umfassenden Dissertation von Franz Dumont, Erstausgabe 1982.**

ideologisch oder persönlich verletzend. Es liegt gewiss nicht an Dumont, dass nicht alle Wunden dieser Jahre verheilt sind. Seine letzte zusammenfassende Darstellung zu einigen der am meisten umstrittenen Aspekte ist in dieser Schrift abgedruckt.

Franz Dumont hat durch seine Veröffentlichungen, Vorträge, Radio- und Fernsehbeiträge einen erheblichen Anteil daran, dass Wissen und historische Einordnung der Mainzer Republik, der Wissenschaftsgeschichte der Goethezeit und der für die Mainzer Stadtgeschichte so wichtigen Franzosenzeit nach 1797 in Deutschland Beachtung fanden – bis hinein in die großen Lexika, in Universitätsseminare, in Schulbücher und in Lehrpläne der gymnasialen Oberstufe. Jüngere Historiker suchten Rat bei Franz Dumont und wurden zur Beschäftigung mit dem Thema angeregt, so z.B. Dominik Kasper in dieser Ausgabe.

Letztendlich geht es immer wieder um die Frage nach den Wurzeln unserer Demokratie und um ihren schwierigen Weg über annähernd 160 Jahre bis zu unserer heutigen parlamentarischen Demokratie.

### 3.

Franz Dumonts Forscherleben weist weit über die Zeit der neun Monate 1792/93 hinaus. Durch seine wissenschaftliche Arbeit an der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur – sein Arbeitszimmer befand sich im Medizinhistorischen Institut – begegnete ihm bedeutende Köpfe der Wissenschaftsgeschichte Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts. Herausragend war dabei der große Mediziner, Naturforscher und Erfinder Samuel Thomas Soemmerring, dessen Werken, Briefen und Tagebüchern sich Dumont im Rahmen der Soemmerring-Forschungsstelle von 1979 an über 33 Jahre widmete. Die Ernte: insgesamt erschienen – einschließlich der Soemmerring-Forschungen – 21 der 25 geplanten Bände, viele von ihnen wurden von Franz Dumont bearbeitet oder herausgegeben.

Standardwerke zur Mainzer Medizingeschichte gab Dumont mit Gunter Mann und Werner Kümmel heraus – mit zahlreichen eigenen Beiträgen zur Mainzer Medizingeschichte in verschiedenen Jahrhunderten. Diese Arbeiten zeigen wie viele andere, dass ihr Verfasser die Kunst des Schreibens beherrschte. Trockene Wissenschaftssprache war ihm fremd; er wollte Menschen aller Bildungsschichten mit seiner Sprache und mit didaktischem Können erreichen.

1998 und 2010 erschienen zwei Standardwerke der Mainzer Stadtgeschichte, die Franz Dumont mit Ferdinand Scherf und Friedrich Schütz (1998) und mit Ferdinand Scherf (2010) herausgab. Eine große Zahl namhafter Autoren wirkte bei beiden Büchern mit. Es gelang den Herausgebern, auch jüngere Historiker einzubeziehen. Dumont verfasste in beiden Werken wichtige Kapitel, u. a. auch zur Mainzer Nachkriegsgeschichte.

Als Dank an seine ehemalige Schule gab Dumont 2007 zusammen mit Ferdinand Scherf und Meike Hensel-Grobe die Geschichte seines 450 Jahre alten Gymnasiums heraus, ebenfalls mit zentralen eigenen Beiträgen, u. a. zum 19. Jahrhundert.



### 4.

Am 3. Dezember 2008 ehrte die Stadt Mainz den Historiker mit dem Römischen Kaisermedaillon, eine der höchsten städtischen Auszeichnungen, für seine außerordentlichen Verdienste und in Würdigung seiner Forschungs- und Publikationstätigkeit. „Moguntia aurea hielt mich gefesselt“: diese Aussage Soemmerrings zitierte er, auf sein eigenes Forscherleben übertragend, am Ende seiner Dankesrede vor einem großen Publikum.

Die bewegte und bewegende Mainzer Geschichte zog Dumont immer wieder in ihren Bann. Ohne Zögern kann man diese Worte auch auf andere Territorien in Rheinland-Pfalz beziehen. Dumonts wissenschaftliche Ergebnisse weisen weit über Mainz hinaus in verschiedene Teile des Landes.

Als Beispiel möge der letzte von ihm verfasste Aufsatz in der erwähnten Mainzer Zeitschrift mit dem Titel „Von Mainz nach

**Dr. Franz Dumont beim Symposium im Landtag am 21. Mai 2008 zum Thema „Parlamentarismus in der französischen Republik und dem Empire“ mit (von links) Dr. Michael Martin, Prof. Dr. Rolf Reichardt, Prof. Dr. Michael Kißener und PD Dr. Johannes Dillinger.**

London. Eine unbekannte Reisebeschreibung von Samuel Thomas Soemmerring“ dienen. Er zeigt, wie wichtig Dumonts Arbeiten für die Erforschung der deutschen Geschichte und der gesamten Geschichte des Westens sind. Im Zentrum vieler Beiträge steht dabei das wechselhafte deutsch-französische Verhältnis, das über Jahrhunderte hinweg am Mainzer Beispiel besonders verständlich wird.

So verdanken wir dem Historiker Franz Dumont nicht nur eine Fülle neuer Kenntnisse und Zusammenhänge, sondern auch die Überzeugung, wie Geschichte zu erforschen ist: Unbestechliche Wahrheitsfindung geschieht über den Weg der kritischen Quellenarbeit. Der Historiker ist von der Einsicht geleitet, dass es die absolute Wahrheit nicht gibt, dass auch eigene Positionen überprüft werden müssen. Voreingenommenheit und Oberflächlichkeit sind die Feinde jeder historischen Arbeit.

Am 3. November 2012 verstarb der weit über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus geschätzte Historiker Dr. Franz Dumont im Alter von 67 Jahren. Auf den Tag genau vor 220 Jahren wurde in Mainz der erste Freiheitsbaum errichtet – eines der großen Themen seines Forscherlebens.

## Dr. Franz Dumont 1945–2012

Am 22. Januar 1945 wurde Franz Dumont in Waldbröl geboren.

- 1964 Abitur am Rabanus-Maurus-Gymnasium Mainz  
Studium in Bonn und Mainz (Geschichte, Klass. Philologie, Geographie. Politikwissenschaft)
- 1971– Assistent/wiss. Mitarbeiter am Historischen Seminar
- 1977 Mainz; Beginn der Arbeit an der Dissertation zur Mainzer Republik bei Prof. Weber
- 1979 wiss. Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz; Edition der Soemmerring-Forschungen und der Briefe und Tagebücher Soemmerrings
- 1982 erschien die Dissertation „Die Mainzer Republik 1792/93“ (Verlag der Rhein Hessischen Druckwerkstätte Alzey, 2. Aufl. 1993)
- 1998 Hrsg. (mit Ferdinand Scherf und Friedrich Schütz): Mainz. Die Geschichte der Stadt (2. A.1999)
- 2002 Mithrsg.: Moguntia medica
- 2007 Ruhestand
- 2007 Hrsg. (mit Meike Hensel-Grobe und Ferdinand Scherf): Rabanus-Maurus-Gymnasium Mainz. Die Geschichte der Schule
- 2008 Die Stadt Mainz ehrt Franz Dumont mit dem Römischen Kaisermedaillon
- 2010 Hrsg. (mit Ferdinand Scherf): Mainz. Menschen, Bauten, Ereignisse

Am 3. November 2012 verstarb Dr. Franz Dumont.

## ZUM WEITERLESEN

### AUSGEWÄHLTE LITERATUR

#### ZUR MAINZER REPUBLIK 1792/93

Aretin, Karl Otmar von: Französische Revolution in Deutschland: Die Mainzer Republik 1792/93. In: Aufstände, Unruhen, Revolutionen. Hrsg. von Hans Sarkowicz. Frankfurt am Main 1999, S. 69–85.

Blanning, Timothy C. W.: Reform and Revolution in Mainz, 1743–1803. Cambridge 1974.

Blisch, Bernd; Bömelburg, Hans-Jürgen: 200 Jahre Mainzer Republik. Von den Schwierigkeiten des Umgangs mit einer sperrigen Vergangenheit. In: Mainzer Geschichtsblätter 8 (1993), S. 7–29.

Buddruss, Eckhard: Daniel Dumont und die Konstitutionsvorschläge des Handelsstandes. In: Mainzer Zeitschrift 79/80 (1984/85), S. 155–168.

Buddruss, Eckhard: Die Mainzer Zünfte in der Mainzer Republik. In: Die Mainzer Republik. Der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent. Mainz 1993, S. 134–139.

Cottebrune, Anne: Mythe et réalité du «Jacobinisme allemand». Des «amis de la Révolution» face à l'épreuve de la réalité révolutionnaire. Limetes des transferts culturels et politiques du Jacobinisme. Lille 2005.

Deutsche Jakobiner. Mainzer Republik und Cisleithanien 1792–1793. Hrsg. vom Bundesarchiv Koblenz und der Stadt Mainz. 3 Bde, Mainz 1981.

Deutschland und die Französische Revolution 1789/1989. Eine Ausstellung des Goethe-Instituts zum Jubiläum des welthistorischen Ereignisses. Stuttgart 1989.

Die Mainzer Republik. Der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent. Hrsg. vom Landtag Rheinland-Pfalz. Mainz 1993.

Die Publizistik der Mainzer Jakobiner und ihrer Gegner. Revolutionäre und gegenrevolutionäre Proklamationen und Flugschriften aus der Zeit der Mainzer Republik (1792/93). Ausstellungskatalog Mainz 1993.

Dumont, Franz: Das Ende der Mainzer Republik in der Belagerung. In: Mainzer Zeitschrift 75 (1980), S. 159–186.

Dumont, Franz: Okkupation und »Revolution«. Der Bericht des französischen Regierungskommissars Simon über seine Tätigkeit in Mainz 1793. In: Mainzer Zeitschrift 83 (1988), S. 123–143.

Dumont, Franz: Von Mainz nach Hambach? Kontinuität und Wandel im Lebensweg rheinischer und pfälzischer Jakobiner. In: Rödel, Volker (Hrsg.): Die Französische Revolution und die Oberrheinlande. (1789–1798) (= Oberrheinische Studien 9). Sigmaringen 1991, S. 205–221.

Dumont, Franz: Faszination und Distanz. Lichtenberg, Forster, Soemmerring und die Französische Revolution. In: Georg Christoph Lichtenberg 1742–1799. Wagnis der Aufklärung. Ausstellungskatalog. Hrsg. v. d. Lichtenberg-Gesellschaft München, Wien 1992, S. 285–300.

Dumont, Franz: Die Mainzer Republik von 1792/93. Studien zur Revolutionierung in Rheinhessen und der Pfalz 1982, 2. erw. Aufl. Alzey 1993.

Dumont, Franz; Klapheck, Helmut: Als die Revolution an den Rhein kam. Die Mainzer Republik 1792/93. Jakobiner, Franzosen, Cisleithanien. Beiträge und Materialien für den Unterricht. Mainz 1994.

Dumont, Franz: Georg Forster als Demokrat. Theorie und Praxis eines deutschen Revolutionärs. In: Georg-Forster-Studien I. Berlin 1997, S. 125–155.

Dumont, Franz: Mayence. Das französische Mainz (1792/98–1824) In: Dumont, Franz; Scherf, Ferdinand; Schütz, Friedrich: Mainz. Die Geschichte der Stadt. Mainz 2. Aufl. 199, S. 319–374.

Dumont, Franz: Revolutionäre Diaspora. Die Auswirkungen des Mainzer Jakobinismus auf Hessen. In: B. Heidenreich (Hrsg.): Aufklärung in Hessen. Facetten ihrer Geschichte. Wiesbaden 1999, S. 139–150.

Dumont, Franz: Der Anfang vom Ende. Die Mainzer Republik und der Untergang des Erzbistums Mainz. In: V. Walter et al. (Hrsg.): Zerfall und Wiederbeginn. Vom Erzbistum zum Bistum Mainz (1792/97–1830). Ein Vergleich. Festschrift für Friedhelm Jürgensmeier. Würzburg 2002, S. 41–62 (= Beiträge zur Mainzer Kirchengeschichte, Bd. 7).

Dumont, Franz: Das napoleonische Mainz: Boulevard de la France et bonne ville de l'Empire. In: Paas, Sigrun/Mertens, Sabine (Hrsg.): Beutekunst unter Napoleon. Die französische Schenkung 1803 an Mainz, Mainz 2003, S. 81–89.

Dumont, Franz: „Sein Leben der Wahrheit widmen“. Adam Lux als historische Gestalt. In: Stefan Zweig: Adam Lux. Mit Essays von Franz Dumont und Erwin Rotermund, einer Zeittafel und einer Bibliographie. Obernburg a. M. 2003, S. 113–146

Dumont, Franz: Der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent, das erste Parlament in Deutschland. In: Parlamentarismus in der französischen Republik und dem Empire im Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz, hrsg. von Monika Storm. Mainz/Koblenz 2013.

Grab, Walter: Ein Volk muss seine Freiheit selbst erobern. Zur Geschichte der deutschen Jakobiner. Frankfurt am Main u. a. 1984.

Hansen, Joseph (Hrsg.): Quellen zur Geschichte des Rheinlandes im Zeitalter der Französischen Revolution. (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde 42) Bd. 2–4. Bonn 1933–1938.

Hauck, Gerhard: Die personelle Zusammensetzung des Mainzer Jakobinerklubs verglichen mit der des Landauer Jakobinerklubs. In: Die Mainzer Republik. Der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent. Mainz 1993, S. 165–171.

Herrgen, Joachim: Die Sprache der Mainzer Republik (1792/93). Historisch-semantiche Untersuchungen zur politischen Kommunikation. Tübingen 2000 (= Reihe germanistische Linguistik 216).

Hübel, Marlene: Jakobinerinnen in Mainz. In: Die Mainzer Republik. Der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent. Mainz 1993, S. 219–225.

Kurzke, Hermann (Hrsg.): Untergang einer Reichshauptstadt. Goethes „Belagerung von Mainz 1793“. Frankfurt am Main 2006.

Landtag Rheinland-Pfalz, Der Präsident (Hrsg.): Festsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz zum 200jährigen Jubiläum der Mainzer Republik am 18. März 1993. Mainz 1993.

Landtag Rheinland-Pfalz, Der Präsident (Hrsg.): Nur freie Menschen haben ein Vaterland! Georg Forster und die Mainzer Republik, Vortragsveranstaltung mit Klaus Harpprecht. Mainz 2004.

Landtag Rheinland-Pfalz, Der Präsident (Hrsg.): Anfänge der modernen Demokratie in Mainz – Das „Deutschhaus“ als Erinnerungsort,

Vortragsveranstaltung mit Prof. Dr. Michael Kißener. Mainz 2011.

Neugebauer-Wölk, Monika: Das Rote und das Schwarze Buch – zur politischen Symbolik der Mainzer Republik. In: Behrens, Klaus (Bearb.): Die Publizistik der Mainzer Jakobiner und ihrer Gegner. Mainz 1993, S. 52–68.

Reber, Horst (Hrsg.): Goethe: „Die Belagerung von Mainz 1793“. Ursachen und Auswirkungen. [Ausstellungskatalog Landesmuseum Mainz]. Mainz 1993.

Reichardt, Rolf: Roche, Geneviève (Hrsg.), Weltbürger – Europäer – Deutscher – Franke. Georg Forster zum 200. Todestag. Mainz 1994.

Reichardt, Rolf: Französische Revolutionskultur in Mainz 1792–1801. In: Behrens, Klaus (Bearb.): Die Publizistik der Mainzer Jakobiner und ihrer Gegner. Mainz 1993, S. 11–51.

Reichardt, Rolf: Das Blut der Freiheit. Französische Revolution und demokratische Kultur. Frankfurt am Main 1998 (= Europäische Geschichte).

Reichardt, Rolf: Mainzer Republik. In: Enzyklopädie der Neuzeit 7, Stuttgart/Weimar 2008, Sp.1116-1119.

Rund um den Freiheitsbaum. 200 Jahre Mainzer Republik (= Mainzer Geschichtsblätter, Heft 8). Hrsg. v. Verein für Sozialgeschichte Mainz e.V. Mainz 1993.

Scheel, Heinrich (Hrsg.): Die Mainzer Republik. Bd. 1: Protokolle des Jakobinerklubs, Bd. 2: Protokolle des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents, Bd. 3: Die erste bürgerlich-demokratische Republik auf deutschem Boden. Berlin (Ost) 1975, 1981, 1989.

Schütz, Friedrich (Hrsg.): Von Blau-Weiß-Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Mainz vom Beginn der napoleonischen Herrschaft bis zur Revolution von 1848. (Beiträge zur Geschichte der Stadt Mainz 32) Mainz 1998.

Schweigard, Jörg: „Die Liebe zur Freiheit ruft uns an den Rhein“. Aufklärung, Reform und Revolution in Mainz. Gernsbach 2005.

Schweigard, Jörg: Felix Anton Blau. Frühdemokrat, Theologe, Menschenfreund. Obernburg am Main 2007.

Struck, Bernhard; Gantet, Claire: Die Mainzer Republik: Revolution auf deutschem Boden?. In: Dies.: Revolution, Krieg und Verflechtung (WBG Deutsch-französische Geschichte 5), Darmstadt 2008.

## Die Bearbeiter und Autoren des Heftes

### Stefan Dumont

geb. 1983 in Mainz. 2003–2011 Magisterstudium der Mittleren und Neueren Geschichte, Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität. 2006–2007 Studium der Geschichte an der Université de Bourgogne in Dijon. Verschiedene Veröffentlichungen, Vorträge und Führungen zur Mainzer Festungs- und Stadtgeschichte. Seit 2007 Beiratsmitglied im Mainzer Altertumsverein. 2003–2011 studentischer Projektmitarbeiter am Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz, u.a. bei „regionalgeschichte.net“. Seit Sommer 2011 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften im Bereich der digitalen Geisteswissenschaften.

### Hans-Peter Hexemer

geb. 1952 in Nierstein. Studium der Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaft in Mainz, 1978/79 Persönlicher Referent des Vorsitzenden, 1979 bis 1987 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, von 1988 an Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Landtag Rheinland-Pfalz, von 1991 bis 1997 zugleich Pressesprecher des Landtags, 2007 Leiter der Öffentlichkeitsarbeit beim Landtag Rheinland-Pfalz. Seit 1998 auch verantwortlich für die inzwischen 55 Bände umfassende Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz zu parlamentarischen und politisch-historischen Themen.

### Dominik Kasper

geb. 1985 in Neuwied. Seit 2006 Studium der Geschichte, Philosophie und Germanistik an der Johannes Gutenberg-Universität. Seit 2008 studentischer Projektmitarbeiter am Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz in den Projekten „Inschriften Mittelrhein-Hunsrück“ und „regionalgeschichte.net“. Stadtführungen zur NS-Zeit und Demokratiegeschichte in Mainz für den Verein für Sozialgeschichte seit 2008. Im Jahr 2009 Einstieg als freier Mitarbeiter am Projekt „Deutsche Inschriften Online“ der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz, ab 2011 als wissenschaftliche Hilfskraft der „Digitalen Akademie“. Initiierung und Herausgeberschaft der Zeitschrift „Skriptum – studentische Onlinezeitschrift für Geschichte und Geschichtsdidaktik“ gemeinsam mit Max Grüntgens seit Oktober 2010.

### Ferdinand Scherf

geb. 1943 in Mayen. Studium der Geschichte und Germanistik in Bonn und Mainz, 1970 bis 2007 Lehrer für Geschichte und Deutsch am Rabanus-Maurus-Gymnasium Mainz, von 1986 an stellv. Schulleiter. Arbeiten zur Mainzer Geschichte, zur Schulgeschichte, zur Fachdidaktik Geschichte, hier besonders zu „Schule und Archiv“. Redaktion der Schulschrift „Gymnasium Moguntinum“ von 1975 bis 2007. Hrsg. (mit Franz Dumont und Friedrich Schütz): Mainz. Die Geschichte der Stadt. 1998, 2. A. 1999; Mainz. Menschen, Bauten, Ereignisse (mit Franz Dumont), 2010; Rabanus-Maurus-Gymnasium Mainz. Die Geschichte der Schule (mit Franz Dumont und Meike Hensel-Grobe), 2007. Seit 2007 Geschäftsführer und 2. Vorsitzender der „Freunde der Universität“.

## Bildnachweise

Bundesarchiv – Gedenkstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt: Titel und S. 19  
Melanie Bauer: S. 7  
Deutscher Bundestag: S. 11  
Dr. Michael Kläger: S. 15 links und S. 123  
Sven Treder: S. 15 rechts  
Stadtmuseum Zweibrücken: S. 21  
Stadtarchiv Mainz: S. 24, 31, 34/35, 37, 47, 48/49, 50, 51, 53, 54, 57, 59, 69, 70, 79, 81  
Franz Dumont: S. 27, 52 rechts (Rekonstruktion nach Archivmaterial), J.J. Ihlée: Tagebuch von der Einnahme Frankfurts, 1793: S. 28, 97  
Pfälzische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Pfalzatlas: S. 40/41  
Hessisches Landeshauptarchiv, Wiesbaden: S. 42  
Bildarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz: S. 55  
Stadtbibliothek Mainz: S. 56  
Justus-Liebig-Universität Gießen, Historisches Seminar, Lexikon der Revolutionsikonographie: S. 67  
„Geschichte der Familie von Boehmer“, Wiesbaden 1978: S. 68  
Staatsarchiv Würzburg: S. 71  
akg-images: S. 72  
Revolutionsalmanach 1793: S. 85  
Historisches Museum der Pfalz: S. 89  
Landesarchiv Speyer: S. 91  
Allgemeine Zeitung Mainz: S. 93  
Landtag Rheinland-Pfalz: S. 99 links, 125  
Carl Nikolaus: S. 99 rechts, 117  
Wikicommons: S. 109 links oben: CC BY-SA 3.0 DE, Immanuel Gieb; S. 110, 111: CC BY-SA 2.0 DE, Ingo Schlösser  
Dominik Kasper: S. 109 rechts oben und unten  
Klaus Benz: S. 115, 118, 120, 127

## Danksagung

Wir danken dem Verlag Philipp von Zabern für die freundliche Genehmigung zum Abdruck des Beitrages „Die munteren Bäume der Freiheit“.

In der Schriftenreihe des Landtags sind bisher erschienen:

Heft 1

Sondersitzung des Landtags Rheinland-Pfalz  
zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus  
Mainz 1998  
(vergriffen)

Heft 2

Privatisierung und parlamentarische Rechte  
Mainz 1998  
(vergriffen)

Heft 3

„Eure Freiheit ist unsere Freiheit, und unsere Freiheit ist die Eure“  
1848 – eine europäische Revolution?  
Mainz 1998  
(vergriffen)

Heft 4

Parlamentsreform  
Bericht der Enquete-Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz  
Mainz 1998  
(vergriffen)

Heft 5

Sozialpolitik auf dem Prüfstand  
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung  
aus Anlaß der Tage der Forschung 1998  
Mainz 1998  
(vergriffen)

Heft 6

Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus,  
Dokumentation der Veranstaltung am 27. Januar 1999  
Mainz 1999  
(vergriffen)

Heft 7

Kirche und Staat.  
Partner am Wendepunkt?  
Podiumsdiskussion  
Mainz 1999  
(vergriffen)

Heft 8

Gedenkveranstaltung  
zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges  
Mainz 1999  
(vergriffen)

Heft 9

Verfassungsreform  
Der Weg zur neuen Landesverfassung vom 18. Mai 2000  
Mainz 2000  
(vergriffen)

Heft 10

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer  
des Nationalsozialismus am 27. Januar 2000  
Kinder und Jugendliche im Holocaust  
Mainz 2000  
(vergriffen)

Heft 11

Parteienfinanzierung im internationalen Vergleich  
Mainz 2000  
(vergriffen)

Heft 12

Volk oder Parteien – wer ist der Souverän?  
Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 20. Juni 2000  
Mainz 2000  
(vergriffen)

Heft 13

Politik mit der Bibel?  
Diskussionsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 14. Dezember 2000  
Mainz 2001  
(vergriffen)

Heft 14

Länderverfassungen im Bundesstaat  
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 19. Dezember 2000  
Mainz 2001  
(vergriffen)

Heft 15

Haushaltsreform und parlamentarisches Budgetrecht in Rheinland-Pfalz  
Mainz 2001  
(vergriffen)

Heft 16

Leidensstätten der Opfer des Nationalsozialismus in Mainz  
Mainz 2001  
(vergriffen)

Heft 17

Was kann, was darf der Mensch?  
Symposium zu aktuellen Fragen der Bioethik  
Mainz 2001  
(vergriffen)

Heft 18

Verfassungsentwicklung in Europa nach Nizza:  
Die Rolle der Regionen  
Internationale Tagung in Trier am 7. und 8. Dezember 2001  
Mainz 2002  
(vergriffen)

Heft 19

Russlanddeutsche im Strafvollzug  
Anhörung der Strafvollzugskommission des Landtags Rheinland-Pfalz  
am 29. Oktober 2002  
Mainz 2002  
(vergriffen)

Heft 20

Wider das Vergessen – Für die Demokratie  
Abgeordnete des Landtags im Dialog mit Schülerinnen und Schülern  
aus Anlass des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus  
am 27. Januar 2003  
Mainz 2003  
(vergriffen)

Heft 21

Streitfall Pflege  
Lösungsansätze und Perspektiven in Rheinland-Pfalz  
Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 1. April 2003  
Mainz 2003  
(vergriffen)

Heft 22

Mit den Augen des Anderen  
Die jüdisch-arabische Verständigungsinitiative Givat Haviva  
Ausstellung und Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz  
am 3. Dezember 2003  
Mainz 2003  
(vergriffen)

Heft 23

„Einzig hoffe ich noch auf Buonaparte, der ein großer Mann ist!“  
Napoleons und Dalbergs Mainzer Treffen im September 1804  
Vortragsveranstaltung am 22. September 2004  
Mainz 2004  
(vergriffen)

Heft 24

Nahe am großen Krieg – Rheinpreußen und die Pfalz 1914  
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz  
am 29. September 2004  
Mainz 2004  
(vergriffen)

Heft 25

Nur freie Menschen haben ein Vaterland  
Georg Forster und die Mainzer Republik  
Vortragsveranstaltung  
Mainz 2004

Heft 26

Der 27. Januar – Zerfall – Wendepunkt – Hoffnung  
Gedenksitzung des Landtags Rheinland-Pfalz aus Anlass des  
Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2005  
Mainz 2005

Heft 27

20. Schüler-Landtag Rheinland-Pfalz 2004  
Dokumentation  
Mainz 2005

Heft 28

Stand und Perspektiven des Leistungsauftrags Rheinland-Pfalz  
Workshop zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben im Haushalt  
im Landtag Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005  
Mainz 2005  
(vergriffen)

Heft 29

Friedrich Schillers Politischer Blick  
Eine Veranstaltung in der Reihe „Literatur im Landtag“  
im Landtag Rheinland-Pfalz am 4. Oktober 2005  
Mainz 2006  
(vergriffen)

Heft 30

Christoph Grimm  
Reden 1991-2006  
Eine Auswahl aus der Amtszeit des rheinland-pfälzischen  
Landtagspräsidenten  
Mainz 2006

Heft 31

Die Präsidenten des Landtags 1946-2006  
Biographische Skizzen aus sechs Jahrzehnten  
rheinland-pfälzischer Parlamentsgeschichte  
Mainz 2006

Heft 32

Die „Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes“  
und seine demokratische Entwicklung  
Eine Veranstaltung des Landtags und der  
Landesregierung Rheinland-Pfalz zur Landesgründung  
am 30. August 2006 im Plenarsaal des Landtags in Mainz  
Mainz 2007

Heft 33

60 Jahre Parlament in Rheinland-Pfalz  
Festveranstaltung aus Anlass des 60. Jahrestages  
der Konstituierung der Beratenden Landesversammlung  
am 22. November 2006 im Stadttheater Koblenz  
Mainz 2007

Heft 34

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer  
des Nationalsozialismus 2007  
Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz  
Plenarsitzung, Vorträge und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz  
Mainz 2007  
(vergriffen)

Heft 35

„Packt an! Habt Zuversicht!“  
Über die Entstehung des Landes Rheinland-Pfalz  
und seinen Beitrag zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland  
Mainz 2007  
(vergriffen)

Heft 36

„Was bedeutet uns Hambach heute?“  
Podiumsdiskussion am 24. Mai 2007 und Präsentation  
des Sonderpostwertzeichens „175 Jahre Hambacher Fest“  
am 2. Mai 2007 im Landtag Rheinland-Pfalz  
Mainz 2007  
(vergriffen)

Heft 37

„(...) Den sittlich, religiösen, vaterländischen Geist der Nation zu heben (...)“  
Die Reformen des Freiherrn vom Stein  
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz  
am 13. September 2007  
Mainz 2007

Heft 38

„700 Jahre Wahl Balduins von Luxemburg zum Erzbischof von Trier“  
Eine Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz  
am 7. Dezember 2007 im Kurfürstlichen Palais in Trier  
Mainz 2008

Heft 39

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer  
des Nationalsozialismus 2008  
Plenarsitzung, Ausstellung und Lesung mit Musik  
im Landtag Rheinland-Pfalz  
Mainz 2008

Heft 40

60 Jahre Israel –  
zwischen Existenzrecht und Existenzbedrohung  
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 5. Mai 2008  
Mainz 2008

Heft 41

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens  
an die Opfer des Nationalsozialismus 2009  
Plenarsitzung im Pfalzklitorium Klingenmünster,  
Ausstellung und Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz  
Mainz 2009

Heft 42

60 Jahre Grundgesetz:  
Fundament geglückter Demokratie  
Festakt am 18. Mai 2009 im Landtag  
aus Anlass der Zustimmung des Landtags Rheinland-Pfalz zum Grundgesetz  
am 18. Mai 1949  
Mainz 2009

Heft 43

Auswanderung nach Amerika  
Vortragsveranstaltungen zur Auswanderung aus Gebieten des  
heutigen Rheinland-Pfalz nach Brasilien am 10. Juli 2009  
und zur Auswanderung in die USA am 15. September 2009 im Landtag  
Mainz 2009

Heft 44

Die Folgen des Klimawandels für Rheinland-Pfalz  
Aus der Arbeit der Enquete-Kommission „Klimawandel“ des Landtags  
Mainz 2010

Heft 45

„Wir sind das Volk!“  
Freiheit, Einheit und Europa vom Hambacher Fest bis Heute  
Podiumsdiskussion am 6. Oktober 2009  
im Plenarsaal des Landtags Rheinland-Pfalz  
Mainz 2010

Heft 46

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens  
an die Opfer des Nationalsozialismus 2010  
Plenarsitzung und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz,  
Vortragsveranstaltung in Mainz  
Mainz 2010

Heft 47

„Dass diese Entscheidung sich auswirken möge zum Wohl von  
Volk und Land“ 60 Jahre Hauptstadtbeschluss des Landtags  
Eine Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz, der Landesregierung und  
der Landeshauptstadt Mainz am 17. Mai 2010 im Plenarsaal des Landtags  
Mainz 2010

Heft 48

Auf einem guten Weg!

20 Jahre Deutsche Einheit – Rheinland-Pfalz

Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 15. September 2010

Mainz 2011

Heft 49

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer  
des Nationalsozialismus 2011

Plenarsitzung in der Synagoge der Jüdischen Gemeinde Mainz

Ausstellungen im Landtag Rheinland-Pfalz

Mainz 2011

Heft 50

Volksentscheide, Demokratie und Rechtsstaat

Das rheinland-pfälzische Reformprojekt

„Mehr Bürgerbeteiligung wagen“

im Lichte schweizerischer und deutscher Erfahrungen.

Diskussionsveranstaltung in der Reihe „Partner im Dialog“

am 14. Juni 2011 im Plenarsaal des Landtags Rheinland-Pfalz

Mainz 2011

Heft 51

Anfänge der modernen Demokratie in Mainz –

Das „Deutschhaus“ als Erinnerungsort

Vortrag im Landtag Rheinland-Pfalz am 9. August 2011

zum Abschluss der Reihe „Verborgen – Verloren –

Wiederentdeckt. Erinnerungsorte in Mainz von der

Antike bis zum 20. Jahrhundert“

Mainz 2011

Heft 52

„Kreuz – Rad – Löwe“

Vortragsveranstaltungen anlässlich der Autorentage des Projektes

„Handbuch der Geschichte von Rheinland-Pfalz“

am 24. April 2009 und am 17. September 2010

Mainz 2012

Heft 53

„Landauf – Landab“

Fünf Abgeordnete und 200 Jahre Demokratie- und

Parlamentsgeschichte

Mainz 2012

Heft 54

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer  
des Nationalsozialismus 2012

Plenarsitzung und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz

Konzert in der Kirche St. Bonifaz in Mainz

Mainz 2012